



Siebter Bericht der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur

Fakten, Projekte, Perspektiven
Berichtszeitraum Januar bis Dezember 2025



Inhalt

Vorwort	4
1. Antisemitismus 2025	6
1.1 Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen 2025	8
2. Schwerpunkte der Arbeit	10
2.1 Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus	10
2.1.1 Bildung	10
Interview mit Shila Erlbaum, Abteilungsleiterin Politik und Religion beim Zentralrat der Juden in Deutschland	14
2.1.2 Universitäten	16
2.1.3 Staatliche Institutionen	18
Interview mit Dr. Haydée Mareike Haass, Fachgebiet I.6. Polizeigeschichte und Politische Bildung, DHPol-Projektleitung DISKURS und Antisemitismusbeauftragte	21
2.1.4 Interreligiöses/Begegnung	24
Interview mit Thomas Frings, Referent Erzbistum Köln, Fachbereich Dialog	26
2.1.5 Netzwerke	28
Interview mit Micha Neumann, ADIRA – Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus, Teamleitung	29
2.1.6 Bund-Länder-Kommission	31
Interview mit Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus	32

2.2 Jüdisches Leben	33
Interview mit Dr. Inna Goudz, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.	35
2.2.1 Jüdische Kultur	38
Interview mit Claudia Hessel, Vorstandsvorsitzende, Kölner Forum für Kultur im Dialog e. V.	39
2.3 Erinnerungskultur	41
Interview mit Janine Gieles, Projektleiterin „we, the six million“	49
2.4 Israel	50
2.4.1 60 Jahre deutsch-israelische diplomatische Beziehungen	51
Interview mit Dr. Alexandra Nocke, Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin der Ausstellung „Deutschland. Israel. Einblicke“	54
Interview mit André Kuper MdL, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen	57
2.4.2 Erinnerungen an den 7. Oktober	59
3. Geförderte Projekte	62
4. Studien	72
5. Handlungsempfehlungen	75
6. Anlage: IHRA-Definition	79

Vorwort

*„Hass schachtelt ein – wie hoch
die Fackel auch mag schlagen!“*

Else Lasker-Schüler

Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser,

die Lage im Bereich des Antisemitismus blieb im Jahr 2025 sehr angespannt – das machen die im Bericht erläuterten Daten für das Berichtsjahr deutlich: Wir haben erneut einen Anstieg der gemeldeten Straftaten und Vorfälle, es gibt vermehrte Zuwächse bei allen Erscheinungsformen des Antisemitismus. Dieser Befund zeigt sich vergleichbar auch in den Statistiken anderer Bundesländer und des Bundes.

Besonders besorgniserregend ist die verzeichnete gestiegene Schwere der erfassten Vorfälle, und ich kann dem Leiter von RIAS-NRW Herrn Rensmann nur nachdrücklich beipflichten, dass wir uns an diese Lage nicht gewöhnen dürfen. Judenhass darf nicht zur Normalität werden, mit der wir uns abfinden, die wir zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Hinter jeder einzelnen Zahl steht eine konkrete Tat gegenüber einem Menschen, einer jüdischen Institution, einer Gedenkstätte. Das bedeutet das Verbreiten von Hetze im öffentlichen Raum und die Leugnung oder Verharmlosung der Verbrechen der deutschen Geschichte. Das sind Angriffe auf Jüdinnen und Juden, das sind gleichzeitig aber auch Angriffe auf die Grundwerte unserer Demokratie.

In diesem Sinne mag uns auch das Zitat von Else Lasker-Schüler mahnen, die unsere Gesellschaft prägende Polarisierung, den Hass als das schleichende Gift zu identifizieren, das unsere Werte, unser Miteinander zerstört. Die universelle jüdische Dichterin, Malerin, die Begründerin der Avantgarde, die so unter der Nazi-Diktatur gelitten hat, will uns den Weg in eine andere, eine bessere Zukunft weisen – bis dahin, dass es zum friedlichen Miteinander der Religionen keine Alternative gibt.

Daher ist es mir auch so wichtig, einen Kerngedanken im Kampf gegen den Antisemitismus herauszustellen:

Es geht darum, *jede* Form des Antisemitismus zu betrachten, zu analysieren und zu bekämpfen: rechtsextrem, linksextrem, islamistisch, religiös und bis in die Mitte der Gesellschaft.

Das mag für einzelne Gruppen unserer Gesellschaft schmerzhaft sein, weil es nicht zur eigenen Sozialisation und politisch-gesellschaftlichen Beheimatung passt. Es ist aber unausweichlich, weil wir sonst unglaublich werden und den Gegnern der Demokratie in die Hände spielen.

Wer eine Art Ranking innerhalb der Ausprägungen des Antisemitismus vornimmt oder die eine Variante als gravierender darstellt als die andere, trägt damit mehr zum Problem und gerade nicht zur Lösung bei. Denn das externalisiert das Problem, schiebt es von uns oder beteiligten Gruppen weg, statt *alle* in die Verantwortung zu nehmen und zu halten.

Ich bin dankbar, dass die Landesregierung, die demokratischen Kräfte im Parlament sowie eine breit aufgestellte Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen diesen Ansatz teilen und unmissverständlich deutlich machen, dass sie trotz der gewachsenen Herausforderungen nicht nachlassen wollen im umfassenden Kampf gegen Antisemitismus und für den Respekt und die Anerkennung jüdischen Lebens in unserem Land.

Dieses Commitment konnte ich in den vielen Gesprächen und Terminen, den Veranstaltungen und Projekten immer wieder erfahren. Es spiegelt sich auch im hiermit vorgelegten Bericht für das Jahr 2025 wider. Das ist ermutigend, und darauf können und müssen wir weiter aufbauen.

Fünf Entwicklungen bzw. Beobachtungen möchte ich herausstellen:

1. Bemerkenswert ist die Breite des Engagements hinsichtlich der Bereiche und beteiligten Gruppen.
2. Erfreulich ist, dass jüdische Perspektiven – wo immer möglich – bewusst einbezogen und beteiligt werden.
3. Etliche Formate und Projekte werden wiederholt, entwickeln also Kontinuität und Regelmäßigkeit.
4. Vielfach werden Netzwerke genutzt oder gebildet, wodurch die Reichweite erhöht wird.
5. Fast überall werden junge Menschen aktiv in die Gestaltung und oder als Zielgruppe einbezogen.

Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen die Interviews oder Beiträge beteiligter Partnerinnen und Partner sowie geförderter Projekte und beschriebener Begegnungen. Hier zeigen sich das große Engagement, die Beharrlichkeit und die Leidenschaft aller, die mitwirken: in den Behörden und Institutionen sowie in der breit gefächerten Zivilgesellschaft unseres Landes.

Das können wir nicht hoch genug wertschätzen, und dafür möchte ich von ganzem Herzen danken.

Danken möchte ich auch für die offenen Türen und das breite Engagement in Landtag und Landesregierung – über alle Ebenen hinweg, von der Arbeitsebene bis hin zu den Hausspitzen.

Und last but not least gilt mein großer Dank dem Team – Dörte Eisenhauer, Christian Klaka, Said Koumbaz, Delia Schwamborn – im Beauftragten-Büro, das sich dem breiteren Arbeitsprofil – Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur – und der gewachsenen Nachfrage bei Terminen, Anfragen und Projekten engagiert und sachkundig gestellt hat und ohne dessen Unterstützung das Ehrenamt nicht zu leisten wäre.

Ich wünsche Ihnen eine anregende und erkenntnisreiche Lektüre und baue auf Ihr weiteres Mit-tun in herausfordernden Zeiten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre



Sylvia Löhrmann



Foto: Land NRW/ Sondermann

1. Antisemitismus 2025

Für das Jahr 2025 zeigt die Statistik der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) in Deutschland sowohl bei der Gesamtzahl der Straftaten wie auch bei den antisemitischen Straftaten einen erneuten Anstieg. Laut den Fallzahlen wurden 2025 insgesamt 6.548 antisemitische Straftaten registriert, was einem Anstieg um fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dies wiederum bedeutet, dass im Jahr 2025 durchschnittlich knapp 18 antisemitische Straftaten am Tag begangen wurden. Nach 2023 mit 5.164 antisemitischen Straftaten und 2024 mit 6.236 Straftaten setzt sich im Berichtsjahr die seit dem 7. Oktober 2023 und dem folgenden Nahostkonflikt besonders stark sichtbar gewordene Dynamik fort, auch wenn sich die Entwicklung im Jahresverlauf teils abgeschwächt hat. Die Zahlen bestätigen damit einen strukturell verfestigten Höchststand.¹

Inhaltlich dominiert weiterhin der Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt: 47,2 Prozent der antisemitischen Straftaten wurden 2025 diesem Bezug zugeordnet. Die Fallzahlen im Bereich PMK – ausländische Ideologie² – stiegen besonders stark an (+18,2 Prozent). Das zeigt, dass antisemitische Ressentiments nicht nur in klassischen politischen Milieus auftreten, sondern sich auch in aktuellen Konfliktlagen ausdrücken. Nach Phänomenbereichen macht der Rechtsextremismus den größten Einzelbereich antisemitischer Straftaten (rund 46 Prozent) aus, zugleich spielen aber auch andere ideologische Motive eine relevante Rolle. Im Berichtsjahr zeigte sich auch wieder, dass besonders der digitale Raum für antisemitische Delikte relevant ist und immer mehr an Bedeutung gewinnt. So wurden rund 40 Prozent der Straftaten online begangen oder verbreitet. Die aktuellen Zahlen machen deutlich, dass Antisemitismus in unterschiedlichen politischen und sozialen Kontexten auftritt und deshalb nicht auf ein einziges Lager reduziert werden kann.³

RIAS Bund

Neben der offiziellen PMK-Statistik, in der die angezeigten Straftaten dokumentiert sind, ist es wichtig, auch antisemitische Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu erfassen. Denn Antisemitismus ist nicht automatisch strafbar. Solange sich diese antisemitischen Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze bewegen, bleiben sie für die Täter oftmals folgenlos. Es ist wichtig, dass alle antisemitischen Vorfälle erfasst werden, darüber informiert und dafür sensibilisiert wird, wo die legitimen Grenzen der Meinungsfreiheit überschritten und Menschen wegen ihres Glaubens oder ihrer Ethnie diskriminiert werden.

Daher wurde die Meldestelle Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus, kurz RIAS, eingerichtet, die antisemitische Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeit dokumentiert.

¹ Vgl. Bundeskriminalamt: Politisch motivierte Kriminalität 2025: Sicherheitslage bleibt angespannt, Berlin 2025, online: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen/PMKZahlen_node.html

² Dies sind Straftaten, die dadurch gekennzeichnet sind, dass eine aus dem Ausland stammende, nichtreligiöse Ideologie entscheidend für den Tathergang war.

³ Vgl. Bundeskriminalamt: Politisch motivierte Kriminalität 2025: Sicherheitslage bleibt angespannt, Berlin 2025, online: https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen/PMKZahlen_node.html

Für das Jahr 2025 hat der Bundesverband RIAS mit 8.725 antisemitischen Vorfällen weiterhin ein hohes Niveau festgestellt. Dies entspricht durchschnittlich knapp 24 Vorfällen am Tag. Die Anzahl der Vorfälle, die sich unmittelbar gegen Jüdinnen und Juden richtete, war mit 825 Vorfällen anhaltend hoch. Im Vergleich zum Jahr 2022 haben sich die Vorfälle verdreifacht. Damit wird die angespannte Situation seit dem Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 auch in Deutschland deutlich. Mit Blick auf den Jahresverlauf zeigt sich, dass einzelne Entwicklungen des Konflikts wie die Waffenruhe keine Auswirkungen auf die Vorfallszahlen hatten. Der Anteil von 68 Prozent beim israelbezogenen Antisemitismus im Berichtsjahr ist unverändert hoch.⁴

Fast die Hälfte (49 Prozent) der Vorfälle ereignete sich im öffentlichen Raum – auf der Straße, in öffentlichen Verkehrsmitteln, öffentlichen Gebäuden oder auf Plätzen. Daher betont RIAS auch für 2025 den „alltagsprägenden“ Charakter von Antisemitismus für Jüdinnen und Juden in Deutschland. Auch der digitale Raum wird immer häufiger Tatort von antisemitischen Vorfällen. So ereigneten sich 2025 mit 2.314 Vorfällen im Internet 27 Prozent online. Mit einem Anteil von 43 Prozent waren bei Bedrohungen Online-Vorfälle besonders hoch.⁵ Für Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, sind die Befunde keine statistischen Ausreißer, sie seien die bedrückende Realität in Deutschland: „Die inzwischen fast alltägliche Präsenz des Judenhasses führt zur Bildung einer ‚neuen Normalität‘, in der jüdisches Leben aus der Öffentlichkeit gedrängt wird und nur unter immensen Schutzanstrengungen möglich ist.“⁶

Lagebild des Zentralrats der Juden

Der Zentralrat der Juden in Deutschland beschreibt in seinem Lagebild die angespannte Situation der jüdischen Gemeinden. Zweieinhalb Jahre nach dem 7. Oktober 2023 wird der damalige Ausnahmezustand von den befragten 102 Gemeinden und Landesverbänden nicht mehr als vorübergehende Krise wahrgenommen, sondern vielmehr als dauerhafte Belastung. Besonders alarmierend seien der Rückgang gesellschaftlicher Solidarität und die zunehmende Verdrängung jüdischen Lebens aus der Öffentlichkeit. Viele Gemeinden berichten, dass das Gefühl, mit antisemitischen Erfahrungen auf sich gestellt zu sein, zunimmt. Während 2023 noch 62 Prozent der Gemeinden Unterstützung aus der Zivilgesellschaft wahrnahmen, sind es 2026 nur noch 35 Prozent. Gleichzeitig berichten 68 Prozent der Gemeinden, dass sich das Leben für Jüdinnen und Juden in Deutschland unsicherer anfühlt als vor dem Hamas-Massaker.⁷

Auch die Sicherheitslage bleibt angespannt. In den vergangenen zwölf Monaten meldeten 46 der 102 befragten Gemeinden antisemitische Vorfälle, darunter Drohungen, Hasskommentare und Sachbeschädigungen. 21 Prozent mussten Veranstaltungen aus Sicherheitsgründen absagen. Zwar wird die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden überwiegend positiv bewertet, doch für viele Gemeinden bleibt der Alltag von Schutzmaßnahmen, Angst und Einschränkungen geprägt.⁸

⁴ Vgl. Bundesverband RIAS e.V.: Antisemitische Vorfälle in Deutschland Jahresbericht 2025, Berlin 2025

⁵ Vgl. ebd.

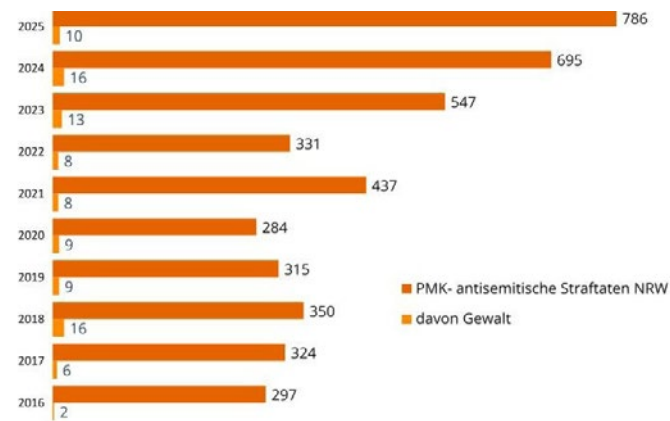
⁶ Vgl. Jüdische Allgemeine: Antisemitismus: Bundesverband Rias erfasst 8725 Vorfälle, Berlin 2025, online: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/antisemitismus-bundesverband-rias-erfasst-8725-vorfaelle/>

⁷ Vgl. Zentralrat der Juden in Deutschland: Lagebild der jüdischen Gemeinden in Deutschland 2026: Zentralrat, Berlin 2026, online: <https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/lagebild-der-juedischen-gemeinden-2026-dauerhafte-bedrohung-draengt-juedisches-leben-aus-der-oeffentlichkeit/>

⁸ Vgl. ebd.

Das Lagebild macht auch die psychische Belastung sichtbar, die mit dieser Entwicklung einhergeht. Viele Jüdinnen und Juden erleben ihren Alltag nicht mehr als selbstverständlich geschützt, sondern als von ständiger Sorge geprägt. Synagogen, Gemeindezentren und Schulen sind zu Orten geworden, bei denen Fragen der Sicherheit und der latenten Bedrohung stets präsent sind. Damit verändert sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern auch die Möglichkeit, jüdisches Leben offen und sichtbar zu gestalten. Auch der Blick in die Zukunft wird eher negativ gezeichnet. Nur ein kleiner Teil der Gemeinden blickt noch optimistisch auf die Perspektiven für jüdisches Leben in Deutschland. Das Lagebild zeigt, dass Antisemitismus für viele nicht mehr als Ausnahme wahrgenommen wird, sondern als belastende Realität, die Teilhabe und Sichtbarkeit nachhaltig beeinträchtigt.⁹

1.1 Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen 2025



Antisemitische Straftaten in Nordrhein-Westfalen im 10-Jahres-Vergleich

Quelle: Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen 2025

Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Zahl der antisemitischen Straftaten im Jahr 2025 erneut auf einen Höchststand gestiegen. Laut PMK-Statistik wurden 786 antisemitische Straftaten registriert, nach 695 Fällen im Jahr 2024. Dies entspricht einem Anstieg von 13 Prozent und bedeutet, dass es alleine in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich 2 antisemitische Straftaten pro Tag gab. Damit setzte sich auch in Nordrhein-Westfalen der seit 2023 deutlich sichtbare Anstieg fort.¹⁰

Der Verfassungsschutzbericht ordnet diese Entwicklung in den allgemeinen Anstieg politisch motivierter Kriminalität ein, die sich auf einem hohen Niveau verfestigt habe, und verweist auf die hohe Relevanz des Antisemitismus als Gefährdung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Besonders auffällig ist, dass sich antisemitische Tatmotive nicht auf einen einzelnen Bereich beschränken. Nach wie vor werden mit 333 die meisten antisemitischen Straftaten dem Phänomenbereich PMK – rechts – zugeordnet, was einem Anteil von 42 Prozent entspricht, damit sank er jedoch im Vergleich zu den Vorjahren (2024: 51 Prozent, 2023: 50 Prozent). Gleichzeitig wurde ein deutlicher Anstieg in den Phänomenbereichen PMK – ausländische Ideologie – und PMK – religiöse Ideologie – registriert.¹¹

Die häufigsten Deliktgruppen waren Volksverhetzungen (337 Straftaten), Propagandadelikte (185 Straftaten) sowie Sachbeschädigungen (97 Straftaten). Der Anstieg wird mit einer zunehmenden Normalisierung von antisemitischen Stereotypen und einer Emotionalisierung des Nahostkonflikts im gesellschaftlichen Diskurs in Verbindung gebracht.¹²

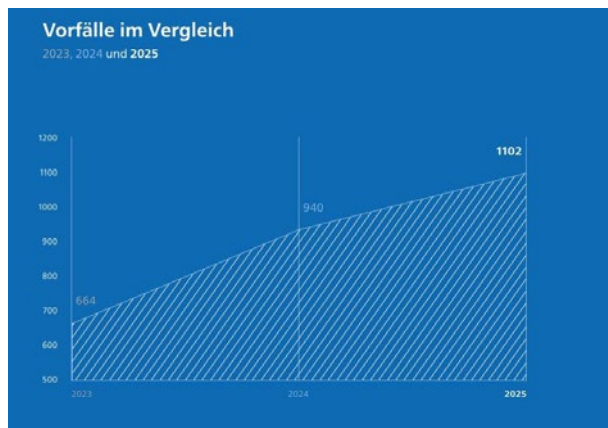
⁹ Vgl. ebd.

¹⁰ Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2025, Düsseldorf 2026, online: https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/vsb2025_online_0.pdf

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. ebd.

RIAS NRW



Quelle: RIAS NRW Bericht 2025

Der RIAS-NRW-Jahresbericht 2025 zeigt mit 1.102 dokumentierten Vorfällen einen erneuten Höchststand antisemitischer Vorfälle in Nordrhein-Westfalen. Das entspricht einem Anstieg um 17 Prozent (2024: 940 Vorfälle) auf im Schnitt 21 Vorfälle pro Woche. Seit der Gründung von RIAS NRW im Jahr 2022 stieg die Zahl der dokumentierten Vorfälle jährlich an.¹³

Besonders alarmierend ist die Verschärfung bei Gewaltdelikten. RIAS NRW erfasste 32 (versuchte) tätliche Angriffe und 33 Bedrohungen; beides liegt merklich über dem Vorjahr, wobei die Angriffe um

rund 78 Prozent und die Bedrohungen um 50 Prozent zunahmen. Zusätzlich wurden 60 gezielte Sachbeschädigungen dokumentiert.¹⁴

Inhaltlich dominierte weiterhin israelbezogener Antisemitismus, der laut Bericht in mehr als der Hälfte aller Fälle vorkam. Als besonders belastete Orte werden der öffentliche Raum, Bildungseinrichtungen und das Internet genannt; zudem fiel ein starker Anstieg von Vorfällen im Wohnumfeld auf. Somit sind die Vorfälle insbesondere im öffentlichen und alltagsprägenden Raum vorgefallen. Der Bericht verweist außerdem auf 89 Vorfälle an und in Gedenkstätten und -initiativen, was die breite räumliche Verankerung des Problems zeigt.¹⁵

Der Bericht verdeutlicht, dass es zu einer weiteren Normalisierung und Verhärtung antisemitischer Einstellungen und Handlungen in Nordrhein-Westfalen gekommen ist.

Die Beauftragte sieht die Entwicklung mit Sorgen: „Die erneut gestiegenen Zahlen antisemitischer Straftaten und Vorfälle in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen erfüllen mich mit großer Sorge und tiefer Bestürzung. Wir beobachten einen stetigen Anstieg antisemitisch motivierter Taten – auf der Straße, im digitalen Raum, in Schulen und in alltäglichen Begegnungen. Diese Entwicklung ist ein Alarmzeichen für unsere Gesellschaft. Antisemitismus ist kein Randphänomen, sondern ein Angriff auf unsere demokratischen Grundwerte und auf das friedliche Zusammenleben in unserem Land. Wir dürfen nicht gleichgültig hinnehmen und uns gar daran gewöhnen, dass Jüdinnen und Juden in Nordrhein-Westfalen heute in ihrem Alltag Antisemitismus ausgesetzt sind und zunehmend in Sorge um ihre Sicherheit leben.“

Politik und Gesellschaft dürfen in ihrem gemeinsamen Einsatz gegen Antisemitismus nicht nachlassen. Dafür ist es unerlässlich, antisemitischen Vorfällen und Äußerungen entschieden entgegenzutreten, Haltung zu zeigen und konsequent einzugreifen. Es braucht eine entschlossene Strafverfolgung, umfassende Bildungs- und Aufklärungsarbeit sowie eine klare und sichtbare Solidarität mit jüdischem Leben.“

¹³ Vgl. RIAS NRW: Antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen. Jahresbericht 2025, Düsseldorf 2025, online: <https://report-antisemitism.de/rias-nrw/#publications>

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. ebd.

2. Schwerpunkte der Arbeit

Im Berichtsjahr bildete neben den Themen Bekämpfung des Antisemitismus, Sichtbarkeit des jüdischen Lebens und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur auch wieder das Thema des israelbezogenen Antisemitismus einen der Schwerpunkte der Arbeit der Beauftragten. Durch aktuelle politische Entwicklungen sowie durch neue Netzwerke und deren Verstärkung entwickelten sich breite Aufgabenbereiche. Neben der Förderung zahlreicher Projekte in den Themenbereichen folgte die Beauftragte auch vielen Einladungen zu Veranstaltungen insbesondere der Zivilgesellschaft, um dort für die Themen zu sensibilisieren. Die Veranstaltungen und Projekte waren vielfältig und über das ganze Landesgebiet verteilt. Im Folgenden werden zu den einzelnen Themenbereichen daher auch durch die Vorstellung verschiedener Veranstaltungen die Breite und Vielfalt des Engagements aller Ebenen sichtbar.¹⁶

2.1 Bekämpfung und Prävention des Antisemitismus

2.1.1 Bildung

Dem Bildungsbereich kommt bei der Prävention und Bekämpfung von Antisemitismus eine zentrale Bedeutung zu. Daher stellten Bildungsaspekte und systematische Strukturverbesserungen im Bildungsbereich wieder einen Schwerpunkt der Arbeit der Beauftragten dar. Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch Räume, in denen demokratische Grundhaltungen vermittelt und gefestigt werden. Dadurch bieten Schulen aber auch eine große Chance: Sie erreichen nahezu alle jungen Menschen und können somit frühzeitig präventiv wirken. Durch eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit jüdischem Leben in Vergangenheit und Gegenwart, mit der Geschichte des Holocaust sowie mit aktuellen Erscheinungsformen von Antisemitismus können Schülerinnen und Schüler für die Problematik sensibilisiert und zur kritischen Reflexion befähigt werden. Besonders wirksam sind dabei ganzheitliche Ansätze, die über den Fachunterricht hinausgehen, Projekte sowie außerschulische Kooperationen einbeziehen.

Doch gerade vor dem Hintergrund zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung, der Verbreitung antisemitischer Narrative in sozialen Medien sowie der Sichtbarkeit von antisemitischen Vorfällen im schulischen Kontext¹⁷ stehen Bildungseinrichtungen vor erheblichen Herausforderungen. Lehrkräfte sehen sich häufig mit komplexen Erscheinungsformen von Antisemitismus konfrontiert, die von offenen Anfeindungen bis hin zu subtilen, codierten Ausdrucksweisen reichen und nicht immer leicht zu erkennen oder einzuordnen sind. Besonders im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt haben Lehrkräfte immer wieder berichtet, dass Unsicherheiten im Umgang mit antisemitischen Narrativen und Vorfällen bestehen. Diese betreffen sowohl die inhaltliche Einordnung als auch angemessene Reaktionsweisen. Gerade in auch multikulturell und multiethnisch wie religiös und weltanschaulich heterogenen Klassen müssen unterschiedliche Perspektiven und Konfliktlagen berücksichtigt werden.

¹⁶ Bei über 200 Veranstaltungen, welche die ehrenamtlich arbeitende Beauftragte besuchte, können leider nicht alle dargestellt werden; das soll jedoch nicht als fehlende Wertschätzung gegenüber den nicht genannten verstanden werden.

¹⁷ Im Jahr 2025 gab es laut RIAS NRW 141 antisemitische Vorfälle am Tatort „Bildungseinrichtungen“. Vgl. Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Nordrhein-Westfalen (RIAS NRW) (Hrsg.): Antisemitische Vorfälle in Nordrhein-Westfalen. Jahresbericht 2025, Düsseldorf 2025, online: <https://report-antisemitism.de/rias-nrw/#publications>

Lehr- und Lernmittel



v. l. Sylvia Löhrmann, Abraham Lehrer, Ministerin
Dorotee Feller, Christoph Pienkoss
Foto: Büro der Beauftragten

Gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland und dem Verband Bildungsmedien e. V. hat die Bildungsministerkonferenz eine Erklärung und gemeinsame Empfehlungen zur Darstellung des Judentums in Schulbüchern entwickelt, die bei einem Fachtag in der Kölner Synagoge im Januar 2025 vorgestellt wurden. Entwickelt wurde die Erklärung auf Grundlage der Ergebnisse der Studie des Georg-Eckert-Instituts zu „Darstellungen der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion in Schulbüchern des Landes Nordrhein-Westfalen“¹⁸ von 2023. Die Darstellungen in den 252 untersuchten nordrhein-westfälischen Schulbüchern zum Judentum, jüdischen Leben und Israel zeigen Licht und Schatten. Neben angemessenen gibt es auch Darstellungen, die nicht dem fachlichen Anspruch eines Lehrmittels genügen, da sie sich in einzelnen Elementen an anti-jüdische Vorurteile

anlehnen und antisemitische Einstellungen befördern können. Dies zeigt sich beispielsweise in einseitigen, stereotypen Darstellungen von Jüdinnen und Juden, die Klischees reproduzieren, indem ihnen subtil bestimmte Merkmale oder Begrifflichkeiten zugewiesen werden.¹⁹

Da davon auszugehen ist, dass die Ergebnisse auch auf Schulbücher anderer Bundesländer übertragbar sind, wurden in der in Köln vorgestellten Erklärung²⁰ allgemeine Standards formuliert. Auch wenn – oder gerade, weil – Schulbildung in den Bereich der Länderkompetenzen fällt, war ein Austausch über Ländergrenzen hinweg wichtig. Diese Empfehlungen richten sich sowohl an die Ersteller von Bildungsmedien als auch an die Schulverwaltung und die Lehrkräfte. Die Erklärung umfasst zwölf zentrale Punkte, die für eine fachlich korrekte, didaktisch angemessene und vorurteilsfreie Darstellung des Judentums und damit verbundener Themenbereiche von entscheidender Bedeutung sind. Zu den wichtigsten Aspekten zählen:

- Das jüdische Leben darf nicht nur in Konflikten oder im Kontext von Antisemitismus behandelt oder dargestellt werden.
- Das vielfältige jüdische Leben war und ist Teil der Gesellschaft, es sollte in seiner Breite und Vielfalt sichtbar und erlebbar werden.
- Jüdische Geschichte sollte nicht nur aus der Außenperspektive vermittelt werden. Jüdische Perspektiven und Stimmen sollten möglichst in allen behandelten Epochen einbezogen werden.
- Die Aktualität des Antisemitismus zeigt: Das Wissen über den Holocaust ist wichtig. Es muss aber auch vermittelt werden, dass der Antisemitismus nicht erst 1933 begann und nach 1945 nicht vorbei war bzw. ist.
- Ausgewogene sensible Darstellungen des Staates Israel. Israel darf nicht nur als Kriegs- und Krisenstaat behandelt werden.

¹⁸ Vgl. Georg-Eckert-Institut – Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung (GEL): Darstellungen der jüdischen Geschichte, Kultur und Religion in Schulbüchern des Landes Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht (Januar 2023), Braunschweig 2023, online: <https://www.schulministerium.nrw/antisemitismus-abschlussbericht-gei>

¹⁹ Vgl. Fünfter Bericht der Antisemitismusbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen 2023, Düsseldorf 2024, online: https://antisemitismusbeauftragte.nrw/sites/default/files/2025-04/2023_Fuenfter_Antisemitismusbericht_NRW.pdf

²⁰ Vgl. Zentralrat der Juden in Deutschland, Verband Bildungsmedien und Kultusministerkonferenz: Darstellung des Judentums in Bildungsmedien. Gemeinsame Erklärung und gemeinsame Empfehlungen, Berlin 2024, online: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2024/2024_12_13-Darstellung-Judentum-in-Bildungsmedien.pdf

Den zwölf Punkten der Erklärung folgen detaillierte, praxisnahe Empfehlungen zu den zentralen Themenbereichen „Jüdisches Leben heute“, „Jüdische Religion, Ethik und Kultur“, „Jüdische Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart“, „Der Staat Israel“ und „Historischer und gegenwärtiger Antisemitismus“. Des Weiteren werden themenübergreifende pädagogische und methodisch-didaktische Aspekte wie Sprache, Materialien und Quellen sowie Aufgabenstellungen adressiert.

Die Beauftragte begrüßt die Erklärung ausdrücklich, machte in ihrem Grußwort auf der Fachtagung in Köln aber gleichzeitig auch deutlich, dass für alle Stellen, die mit der Erstellung und Zulassung von Bildungsmaterialien befasst sind, zur Anwendung der Empfehlungen eine kontinuierliche Weiterbildung im Bereich Antisemitismus erforderlich sei.

Ganz aktuell – konkrete Wirkung: Auf die gemeinsame Erklärung bezog sich unter anderem aktuell das Netzwerk jüdischer Hochschullehrender in einem offenen Brief an den Rektor der Ruhr-Universität Bochum, Herrn Prof. Martin Paul, in Bezug auf die Kritik an dem von der Ruhr-Universität Bochum herausgegebenen Lehrwerk „Arabisch Intensiv Grundstufe“ (A1/A2). In diesem sei auf der Landkarte des Nahen Ostens mit der Überschrift „Die arabischen Länder“ (Seite 37) der Staat Israel nicht verzeichnet. Stattdessen fände sich dort ausschließlich die Bezeichnung „Falastin“ (arabisch: فلسطين). Die Ruhr-Universität Bochum reagierte zeitnah und erkannte den Fehler an.

In zukünftigen Auflagen werde der Fehler korrigiert, und es würden Übergangslösungen, zum Beispiel Korrektur-Aufkleber für bereits im Umlauf befindliche Exemplare, umgesetzt.²¹

Um Lehrkräften neben dem klassischen Schulbuch weitere Unterrichtsmaterialien und Vertiefungslektüre anzubieten, arbeiten der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Kultusministerkonferenz (KMK) eng zusammen und haben die Homepage www.kmk-zentralratderjuden.de entwickelt, die 2025 einen Relaunch erfahren hat. Sie soll dazu dienen, Bildung über das Judentum und jüdisches Leben in der Gegenwart zu stärken, die Erinnerungskultur zu fördern und Antisemitismus in schulischen Kontexten wirksam entgegenzutreten.

Die Homepage bietet umfangreiche Informationen zu folgenden Schwerpunkten:

- Gemeinsame Empfehlungen bzw. Erklärungen der Kultusministerkonferenz und des Zentralrats der Juden
- Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur in der Schule
- Umgang mit Antisemitismus in der Schule (mit der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten)
- Darstellung des Judentums in Bildungsmedien (mit dem Verband Bildungsmedien)
- Eine kommentierte Materialsammlung mit didaktisch aufbereiteten Materialien für den Unterricht, sortiert nach Themen wie jüdische Geschichte und Gegenwart, Antisemitismus oder Israel

²¹ Vgl. Netzwerk Jüdischer Hochschullehrender e. V.: Offener Brief: Fehlerhafte Kartendarstellung im Lehrbuch „Arabisch Intensiv Grundstufe“ (A1/A2) des LSI, Frankfurt am Main 2023, online: <https://n-j-h.de/offener-brief-kartendarstellung-arabisch-intensiv/>

Lehrkräftebildung



Gemeinsame Erklärung

Quelle: KMK

Mit der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Lehrkräften beschäftigte sich auch die gemeinsame Arbeitsgruppe Antisemitismus der Kultusministerkonferenz, des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten, bei der die Beauftragte Co-Vorsitzende ist. Das Engagement im Kampf gegen Antisemitismus an Schulen darf nicht von einzelnen Lehrkräften abhängig sein. Jede Lehrkraft muss in der Lage sein, Antisemitismus – in allen seinen Formen – zu erkennen und diesem entschlossen entgegenzutreten zu können. Schon in der Lehrkräfteausbildung muss das Thema verankert werden, um alle Lehrkräfte erreichen zu können. Darüber hinaus ist eine fortlaufende Beschäftigung mit dem Thema essenziell.

Die AG Antisemitismus hat daher in Abstimmung mit der Kommission zur Lehrkräftebildung eine Erklärung zur Verankerung des Themas Antisemitismus in allen drei

Phasen der Lehrkräftebildung – Studium, Vorbereitungsdienst und Fortbildung – erarbeitet und verabschiedet.²² Die Erklärung ist ein strategischer Leitfaden, der darauf abzielt, angehende Lehrkräfte durch verbindliche Fortbildungsstandards zu befähigen, Antisemitismus im Schulalltag zu erkennen, präventiv zu wirken und professionell darauf zu reagieren. Die erarbeitete Handreichung ist ein wichtiger bildungspolitischer Impuls und Meilenstein. Sie unterstreicht, dass Antisemitismus nicht allein als Thema einzelner Fächer behandelt werden darf, sondern als Querschnittsaufgabe in der ersten, zweiten und dritten Phase der Lehrkräftebildung systematisch mitzudenken und zu behandeln ist. Entscheidend ist dabei, dass angehende und bereits tätige Lehrkräfte Wissen über historische und moderne Ausprägungen des Antisemitismus sowie über den konkreten Umgang damit im Unterricht und auf dem Schulhof erhalten.²³ Außerdem gilt es, die Handlungs- und Interventionskompetenz zu stärken.

²² Beschluss der 36. Kommission Lehrkräftebildung am 15./16.05.2025 und der 3. Schulkommission am 09.10.2025.

²³ Vgl. Zentralrat der Juden in Deutschland, Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten und Kultusministerkonferenz: Handreichung der gemeinsamen Arbeitsgruppe Antisemitismus zur Verankerung des Themas Antisemitismus in der Lehrkräftebildung. Gemeinsame Empfehlung zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule, Berlin 2021, online: https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2025-10-09_Handreichung-Antisemitismus-Lehrkraeftebildung.pdf

Interview



Foto: Zentralrat der Juden in Deutschland

mit Shila Erlbaum, Abteilungsleiterin Politik und Religion beim Zentralrat der Juden in Deutschland

Wieso ist die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus für Lehrkräfte in der Aus- und Fortbildung wichtig?

Lehrkräfte begegnen antisemitischen Äußerungen, Vorurteilen oder Verschwörungsmythen im schulischen Alltag in zunehmendem Maße – sowohl offen als auch in subtiler Form – und das bereits verstärkt in der Grundschule. Um Antisemitismus erkennen und darauf angemessen reagieren zu können, benötigen Lehrkräfte fachliches Wissen, Handlungssicherheit und pädagogische Strategien. Gleichzeitig zeigen aktuelle Entwicklungen, dass antisemitische Einstellungen und Äußerungen teilweise auch von Lehrkräften selbst ausgehen. Umso wichtiger ist es, in der Aus-, Fort- und Weiterbildung Räume für Reflexion, Sensibilisierung und die kritische Auseinandersetzung mit eigenen Denkmustern zu schaffen. Darüber hinaus hat Schule einen zentralen Bildungs- und Erziehungsauftrag: Sie soll demokratische Werte, Menschenrechte und ein respektvolles Miteinander fördern. Antisemitismus widerspricht diesen Grundwerten. Lehrkräfte tragen daher Verantwortung dafür, Diskriminierung frühzeitig zu erkennen und ihr entgegenzuwirken. Aus diesen Gründen sollte das Thema Antisemitismus verpflichtend in der Lehrkräftebildung verankert werden.

Welche Aspekte sind Ihnen in der Vermittlung dabei besonders wichtig?

Besonders wichtig ist mir die Medienkompetenz, die heute unverzichtbar ist. Antisemitische Inhalte verbreiten sich häufig digital, oft indirekt oder codiert. Schülerinnen und Schüler müssen befähigt werden, Quellen kritisch zu hinterfragen und antisemitische Narrative zu erkennen. Dafür benötigen auch Lehrkräfte entsprechende Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien.

Wichtig ist außerdem eine reflektierte Darstellung des Judentums im Unterricht. Jüdisches Leben sollte nicht primär im Zusammenhang mit Antisemitismus und Schoah thematisiert werden, sondern auch in seiner Vielfalt und Gegenwart sichtbar sein. Dabei spielen auch Bildungsmedien eine zentrale Rolle: Werden jüdische Perspektiven angemessen dargestellt? Werden antisemitische Stereotype reproduziert? Lehrkräfte müssen lernen, problematische Inhalte zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

Welche Angebote hat der Zentralrat der Juden in Deutschland für Lehrkräfte?

Im Zentrum stehen die gemeinsamen Empfehlungen und Handreichungen des Zentralrats der Juden in Deutschland und der Kultusministerkonferenz (KMK). Sie bieten Lehrkräften konkrete Orientierung für den Unterricht: zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule, zur Vermittlung jüdischer Geschichte, Religion und Kultur sowie zur Darstellung des Judentums in Bildungsmedien. Besonders hervorgehoben wird dabei, jüdisches Leben authentisch, differenziert und vielfältig zu vermitteln. Sämtliche Empfehlungen, Materialien und weiterführenden Informationen sind zentral auf der Plattform www.kmk-zentralratderjuden.de gebündelt. Dort findet sich auch eine kommentierte Materialsammlung, die Lehrkräfte unterstützt, passende Lehrmaterialien zu identifizieren.

Ergänzend dazu bietet der Zentralrat praxisnahe Bildungsformate an. Das Projekt „Meet a Jew“ (<https://lernen.meetajew.de>) ermöglicht persönliche Begegnungen zwischen Jüdinnen und Juden und nichtjüdischen Schülerinnen und Schülern, um jüdisches Leben zu vermitteln. Auch die neue Lernplattform „sich be-kennen“ unterstützt Schulen und Lehrkräfte in der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit. Der Onlinekurs richtet sich an Lerngruppen und behandelt Themen wie jüdisches Leben in Deutschland heute, Religion und Traditionen, jüdische Geschichte sowie Antisemitismus. Im Mittelpunkt stehen persönliche Perspektiven: Jüdinnen und Juden berichten selbst von ihrem Alltag, ihren Erfahrungen und ihrer Identität – unter anderem durch Texte, Audioformate und interaktive Lernmodule.

Last but not least hat der Zentralrat der Juden ein Lehr- und Lesebuch zur jüdischen Ethik herausgegeben, das nicht nur eine ganz andere Sichtweise auf das Judentum eröffnet, sondern zudem jüdische Perspektiven auf ethische Fragen bietet, die auch in der Gesamtgesellschaft verhandelt werden, wie Organspende oder Sterbehilfe („Lehre mich, Ewiger, Deinen Weg.“ Ethik im Judentum“, Berlin, 2015).

Fachtagungen

Mit den Chancen und Herausforderungen der Schulen und der Bildungsarbeit beschäftigten sich im Berichtsjahr auch viele Fachtagungen, insbesondere auf kommunaler Ebene. „Demokratie (...) beginnt in den Städten und Gemeinden und wächst von unten auf,“²⁴ diese Aussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bringt auf den Punkt, was die Fachtage in Oberhausen, Dortmund und Köln – die die Beauftragte jeweils gefördert hat – gemeinsam thematisierten: Lokales Engagement, Bildungsarbeit und zivilgesellschaftliche Vernetzung sind die erste Verteidigungslinie gegen Antisemitismus und für die Stärkung demokratischer Kultur. Die drei Fachtage zeigten unterschiedliche Zugänge zur kommunalen Arbeit gegen Antisemitismus: praxisorientierte Workshops und Vernetzungsformate in Oberhausen, dokumentierte Bildungsansätze für Schulen in Dortmund und kultur- sowie theaterbasierte Perspektiven in Köln.

Der zweite **Oberhausener Fachtag „Antisemitismuskritische Arbeit in Bildung und Kultur“** wurde von Oberbürgermeister Daniel Schranz eröffnet. Die Beauftragte betonte in ihrem Grußwort die Bedeutung eines starken und tragfähigen Netzwerks. Der Fachtag richtete sich insbesondere an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus dem Bildungsbereich, pädagogische Fachkräfte in der außerschulischen Bildung, Lehrkräfte und Beschäftigte öffentlicher Institutionen. Neben verschiedenen Workshops gab es einen Markt der Möglichkeiten, auf dem sich vielfältige Initiativen und Institutionen, wie etwa Gedenkstätten, Service- und Beratungsstellen, vorgestellt haben, die im Themenfeld Antisemitismus arbeiten. Das Büro der Beauftragten war dort ebenfalls mit einem Stand vertreten und hat unter anderem über die Arbeit der Beauftragten und Fördermöglichkeiten informiert.

²⁴ Vollständig lautet das Zitat: „Demokratie spielt sich nicht nur hier in Berlin und in den Hauptstädten der Bundesländer ab, sondern sie beginnt in den Städten und Gemeinden und wächst von unten auf.“ Vgl. Rede von Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier beim „Demokratieforum Kommunalpolitik: Stadt- und Gemeinderäte – Engagiert vor Ort“, Bulletin der Bundesregierung, Nr. 27-1, Berlin 2025; online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundespraesident-dr-frank-walter-steinmeier-2340912>



v. l. Micha Neumann, Sharon Adler, Sylvia Löhrmann, Stephan Straub

Foto: Büro der Beauftragten

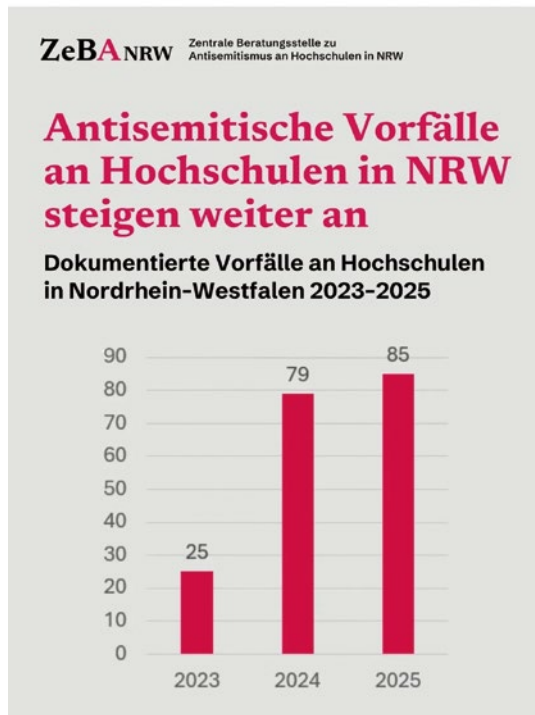
In **Dortmund** wurde der Fachtag „**Antisemitismus in Bildungseinrichtungen**“ durch den Sonderbeauftragten des Oberbürgermeisters der Stadt Dortmund für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und den Direktor der Volkshochschule sowie durch ein Grußwort der Beauftragten eröffnet. Zielgruppe des Fachtags waren insbesondere Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung. In einer Keynote zu „Leerstellen, Strukturmerkmale und Bedarfe im Umgang mit Antisemitismus in Bildungseinrichtungen“ führte Marina Chernivsky

inhaltlich in den Fachtag ein. Praxisnahe Impulse für die Bildungsarbeit gegen Antisemitismus wurden in Workshops zu Antisemitismusprävention und zum Umgang mit Antisemitismus – von Kindertagesstätten über die Grundschule bis zu den Hochschulen – vorgestellt und diskutiert. Antisemitismusprävention als Aufgabe der Erwachsenenbildung und der Volkshochschulen wurde ebenfalls hervorgehoben.

„**Widerstand gegen Antisemitismus: Kreative Methoden in Bildung und Kultur**“ lautete der Titel einer internationalen Konferenz, die über fünf Tage in **Köln** stattgefunden hat. Mit Grußworten durch den Bereichsleiter Gegenwart im NS-Dokumentationszentrum, Herrn Hans-Peter Killguss, den Bürgermeister der Stadt Köln und ersten Stellvertreter von Oberbürgermeisterin Henriette Reker, Herrn Andreas Wolter, und die Beauftragte wurde die Konferenz eröffnet. Dabei wurden kreative und wissenschaftlich fundierte Methoden im Kampf gegen Antisemitismus – aus Schule, Hochschule, Theater, Kultur und Social Media – in einem vielfältigen Workshopangebot präsentiert. Den Abschluss der Konferenz bildete ein Podiumsgespräch zum Thema „Netzwerke des Empowerments, Bündnisse des Widerstands, Chancen der Zukunft“. Das Panel endete mit einem Appell zur Fortsetzung der Arbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen bei gleichzeitiger kritischer Reflexion der bisherigen Ansätze und strukturellen Rahmenbedingungen.

2.1.2 Universitäten

Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 wurde die Lage für jüdische Studierende und jüdische Dozentinnen und Dozenten immer angespannter. Sie sahen und sehen sich in ihrem universitären Umfeld zunehmend aggressiverer propalästinensischer bzw. antiisraelischer Agitation, Demonstrationen, Raumbesetzungen und sog. „Protestcamps“, linksextremen antikolonialistischen Narrativen, antisemitischen Äußerungen und Veranstaltungen, antisemitischen Aufklebern und Graffiti bis hin zu persönlichen Beleidigungen, Mobbing und Bedrohungen ausgesetzt. Diese besorgniserregende Entwicklung setzte sich im Jahr 2025 auch an nordrhein-westfälischen Hochschulen und Universitäten fort. Darüber hinaus würden Boykottaufrufe zunehmend verfangen und z. B. durch Ausladen oder Nichteinladen zu Fachkonferenzen, fehlende Publikationsmöglichkeiten oder auch Schwierigkeiten, Gutachter für Promotions- oder Habilitationsvorhaben zu finden, eine akademische Isolierung bewirken und das berufliche und wissenschaftliche Fortkommen jüdischer Studierender und Dozierender behindern.



Quelle: ZeBA NRW

In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits seit 2024 eine Zentrale Beratungsstelle für Antisemitismus an Hochschulen NRW („ZeBA NRW“)²⁵, deren Einrichtung von der Beauftragten seinerzeit ausdrücklich begrüßt wurde und mit der das Büro der Beauftragten in regelmäßigem Austausch zur Lage an den Hochschulen steht. Der von ZeBA NRW für das Jahr 2025 erstmals vorgestellte Lagebericht²⁶ dokumentierte 85 antisemitische Vorfälle und damit einem erneuten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2024 wurden 79 Vorfälle dokumentiert, im Jahr 2023 waren es 25. Dies zeigt, wie schwierig die Situation an Hochschulen und Universitäten Nordrhein-Westfalens nach wie vor ist. Der israelbezogene Antisemitismus wird von ZeBA NRW als vorherrschende Erscheinungsform benannt und macht deutlich, dass die Akteure und Gruppierungen zunehmend fester etabliert sind und besser vernetzt agieren.

Dies zeigt sich zum Beispiel beim Ausloten und Ausnutzen rechtlicher Spielräume bei

antisemitischen Veranstaltungen in Universitätsnähe, aber außerhalb der Reichweite des universitären Hausrechts oder auch bei der bewussten Ausnutzung der hohen Autonomie von Fachschaften sowie studentischer Selbstverwaltung bei der Raumvergabe und der inhaltlichen Ausgestaltung von Veranstaltungsformaten, z. B. im Dezember 2025 bei einem vom ASTA organisierten Weihnachtsmarkt an der Kunsthochschule für Medien Köln, bei dem Waren, Handwerkskunst und Merchandise verkauft wurden, deren Inhalte in vielfältiger Form das Existenzrecht Israels negierten. Kritische Besucher des Marktes wurden nach eigenen Angaben verbal attackiert.

Die Beauftragte machte sich 2024 und auch 2025 deshalb gegenüber Hochschulen, Universitäten und ihren Institutionen immer wieder dafür stark, zentrale Stellen und Vertrauenspersonen als Anlaufpunkte für Betroffene von antisemitischen Vorfällen zu benennen. Diese sollen das Thema Antisemitismus im Kontext der jeweiligen Hochschule oder Universität besser adressieren und im Dialog mit der jeweiligen Hochschulleitung schneller und adäquater reagieren können. Mittlerweile sind zahlreiche Universitäten und Hochschulen in Nordrhein-Westfalen diesen Aufruf gefolgt und haben Antisemitismusbeauftragte oder zentrale Anlaufstellen benannt, an die sich Betroffene wenden können.

Die Hochschulrektorenkonferenz hat mit der Koordinierungsstelle (KoNHAP – Kompetenznetzwerk Hochschulische Antisemitismusprävention) eine bundesweit zentrale Stelle geschaffen, mit der – zunächst bis 2027 – die Antisemitismusbeauftragten der Hochschulen bundesweit vernetzt werden sollen und ihnen ein gemeinsamer Wissensaustausch zu Antisemitismusprävention und -forschung ermöglicht werden soll.

²⁵ Die Einrichtung der Anlaufstelle für ganz Nordrhein-Westfalen geht unmittelbar auf den fraktionsübergreifenden Landtagsbeschluss vom 29. November 2023 zurück. Vgl. Landtagsdrucksache 18/6843.

²⁶ Vgl. Zentrale Beratungsstelle zu Antisemitismus an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen (ZeBA NRW): Antisemitische Vorfälle an NRW-Hochschulen bleiben auf hohem Niveau, Düsseldorf 2026, online: https://www.uni-muenster.de/Rektorat/PK_Antisemitismus_an_Hochschulen2025.html



Referierende der Veranstaltung „Aufklärung statt Ausgrenzung“
Foto: Büro der Beauftragten

Darüber hinaus wirkten und wirken die Beauftragten und zuständigen Stellen durch Initiierung von Vorlesungen und Informationsveranstaltungen über Wissensvermittlung und Dialogformate der Radikalisierung der Auseinandersetzung beim Thema Antisemitismus entgegen. Damit leisteten sie wichtige Beiträge, um Meinungs-, Wissenschafts- und Forschungsfreiheit an ihren Universitäten und Hochschulen zu gewährleisten und gleichzeitig dem alltäglichen Antisemitismus entgegenzutreten. An der RWTH Aachen wurde beispielsweise die Veranstaltungsreihe „Aufklärung statt Ausgrenzung: Antisemitismus im Fokus“ ins Leben gerufen,

die sich an Dozierende und Studierende sowie Hochschulpersonal gleichermaßen wandte, zu der auch die Beauftragte eingeladen wurde. Sie betonte in ihrer Rede: „Weder im Namen der Wissenschafts- noch der Meinungsfreiheit dürfen antisemitische Narrative gesellschaftsfähig werden und Studierende, Dozenten oder Forscher boykottiert, belästigt, bedroht oder attackiert werden.“ Prof. Groß moderierte die anschließende Diskussionsrunde mit dem Rektor – mit Julia Goldberg-Katz vom Büro zur Bekämpfung von Judenhass und Ausgrenzung, Wohlfahrtsverband der jüdischen Kultusgemeinde Wuppertal, Ludger Hiepel, dem Antisemitismusbeauftragten der Universität Münster, sowie Andreas Stahl von der Beratungsstelle an Universitäten der RIAS NRW – darüber, wie an Universitäten Antisemitismus und antisemitischen Vorfällen, Boykott- und Einschüchterungsversuchen entgegengewirkt werden kann.

Solche Maßnahmen sollen auch darauf hinwirken, die „schweigende Mehrheit“ der Studierenden und Dozierenden von der Notwendigkeit eines stärkeren Engagements beim Kampf gegen Antisemitismus zu überzeugen und darauf mehr Solidarität mit den Betroffenen zu zeigen. Wie dies gelingen kann, darüber sprach Sylvia Löhrmann unter anderem auf der Landesdelegiertenversammlung des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) NRW Ende Juni 2025 mit zahlreichen Studierenden in Düsseldorf.

2.1.3 Staatliche Institutionen

Nicht nur Bildungseinrichtungen, auch alle weiteren staatlichen Institutionen sollten für und in ihren Institutionen alle Möglichkeiten nutzen, um ihre Mitarbeitenden in den vielfältigen Arbeitsbereichen für Antisemitismus zu sensibilisieren und über Antisemitismus aufzuklären. Die Landesregierung stellt sich mit ihrem Regierungshandeln klar gegen Antisemitismus und bekennt sich zur IHRA-Definition. Den (Landes-)Behörden kommt dabei mit ihren inhaltlich vielfältigen Abteilungen eine besondere Aufgabe und Verantwortung zu. Staatliche Behörden müssen dabei Antisemitismus klar entgegentreten und sich für demokratische Werte einsetzen; nur so erhöhen sie auch das Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Das heutige Berufsethos des öffentlichen Dienstes und die Bindung an die freiheitlich-demokratische Grundordnung dürfen keine bloßen Formalien sein. Sie verlangen im täglichen Verwaltungshandeln Haltung, Verantwortungsbewusstsein und demokratische Wachsamkeit.

Viele Behörden widmen sich der Aufarbeitung der eigenen NS-Geschichte und den Lehren, die daraus gezogen werden müssen. Die Beauftragte nahm beispielsweise gemeinsam mit dem Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Düsseldorf, Thomas Schürmann, an der Führung „Die Bezirksregierung Düsseldorf als ehemalige NS-Täterbehörde – Verbrechen, Kontinuitäten, Aufarbeitung“ teil. Die von Sabine Mansour, Christiane Pflug-Schimmel und Stella Hoppmann konzipierte und durchgeführte Führung setzt sich kritisch mit der Rolle des damaligen Regierungspräsidiums während der Zeit des Nationalsozialismus auseinander. Anhand historischer

Dokumente, Fotografien und ausgewählter Täterbiografien wird aufgezeigt, wie die Behörde aktiv in die Umsetzung nationalsozialistischer Verbrechen eingebunden war. Dabei wird insbesondere die Verantwortung der einzelnen Mitarbeitenden und Entscheidungsträger hervorgehoben und deutlich gemacht, dass Verwaltungshandeln maßgeblich zur Durchsetzung der NS-Ideologie beitrug. Besonders eindrücklich verdeutlicht die Führung, wie Unterstützung von Folter, Verfolgung und Mord nüchtern, routiniert und in bürokratisch-verwaltungssprachlicher Form innerhalb von Verwaltungsstuben pflichtbewusst „abgearbeitet“ wurde. Gerade für Angehörige des öffentlichen Dienstes macht die Führung auf beklemmende Weise nachvollziehbar, welche Verantwortung staatlichen Institutionen und individuellem Verwaltungshandeln in einer Demokratie zukommt.



Grußwort der Beauftragten
Foto: Büro der Beauftragten

In den Räumlichkeiten der Bezirksregierung Düsseldorf fand auch die von der Beauftragten initiierte Fachtagung „Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der kommunalen Integrationsarbeit“ statt. Vor dem Hintergrund steigender antisemitischer Vorfälle sowie weiterer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf kommunaler Ebene widmete sich die Fachtagung insbesondere der Frage, wie kommunale Akteurinnen und Akteure in ihrer Präventions- und Integrationsarbeit gestärkt und besser vernetzt werden können. Im Mittelpunkt standen dabei die Sensibilisierung für antisemitische Erscheinungsformen, die Auswirkungen des aktuellen Nahostkonflikts auf Nordrhein-Westfalen sowie Herausforderungen und Chancen im Kontext von Migrationsgesellschaft und kommunaler Integrations-

arbeit. Ein besonderer Fokus lag auf der Rolle der Kommunalen Integrationszentren und der kommunalen Integrationsarbeit. Beide Strukturen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Demokratieförderung. Die Tagung machte deutlich, dass die Prävention von Antisemitismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere auf kommunaler Ebene nachhaltige Netzwerke, fachliche Unterstützung und kontinuierliche Sensibilisierung erfordert. An der Fachtagung nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommunalen Integrationszentren, der kommunalen Integrationsarbeit, Integrationsräten sowie weitere Fachakteurinnen und Fachakteure aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf teil. Die hohe Resonanz verdeutlichte das große Interesse sowie den wachsenden Bedarf an Austausch und Unterstützung im Umgang mit Antisemitismus und gesellschaftlicher Polarisierung auf kommunaler Ebene.

Polizei

Gerade für Angehörige der Polizei, die täglich Verantwortung für Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Minderheiten tragen, ist die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der eigenen Institution von zentraler Bedeutung. Denn Geschichte ist nicht abgeschlossen – sie wirkt in die Gegenwart hinein und prägt das Verständnis von beruflicher Verantwortung und demokratischer Haltung.

Die Rolle der Polizei im Nationalsozialismus gehört zu den besonders sensiblen Kapiteln deutscher Polizeigeschichte. Die Polizei war nicht bloß Randakteurin, sondern ein wesentlicher Bestandteil des nationalsozialistischen Gewalt- und Vernichtungsapparates. Sie wirkte aktiv an Entrechtung, Deportationen und Morden mit und trug damit maßgeblich zur Stabilisierung des NS-Terrorregimes bei. Daher ist die Aufarbeitung der Behörden über ihre eigene Vergangenheit und auch die Auseinandersetzung der Polizeikräfte mit dieser von großer Bedeutung. So ist für neue Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter in Nordrhein-Westfalen die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte verpflichtender Teil der Ausbildung, ergänzt durch Exkursionen

und Auseinandersetzung an einem Gedenkort. Aus dieser historischen Verantwortung erwächst für die heutige Polizei eine besondere Verpflichtung zu Wachsamkeit, Selbstreflexion und demokratischer Haltung.

Vor diesem Hintergrund kommt der Polizei auch in der Gegenwart eine Schlüsselrolle zu: Sie ist Ermittlungsbehörde, Schutzinstanz, Ansprechpartnerin und gesellschaftliche Signalgeberin zugleich. Ihre Sensibilität und ihr Handeln entscheiden mit darüber, ob antisemitische Straftaten und Vorfälle erkannt, konsequent verfolgt und Betroffene wirksam geschützt werden. Kontinuierliche Aus-, Fort- und Weiterbildung im Themenfeld Antisemitismus bleiben daher unverzichtbar.

Im Februar 2025 war die Beauftragte auf Einladung von Dr. Haydée Mareike Haass im Rahmen der Fortbildung „Antisemitismus als Herausforderung für Polizei und Gesellschaft“ der Deutschen



v. l. Dr. Haydeen Haass, Thomas Köhler,
Sylvia Löhrmann
Foto: Büro der Beauftragten

Hochschule der Polizei (DHPol) in der Villa ten Hompel in Münster zu Gast. Die Veranstaltung richtete sich an Polizeibeamtinnen und -beamte in Führungspositionen sowie an Lehrende polizeilicher Bildungseinrichtungen. Ziel der Fortbildung war es, vertieftes Wissen über historische und aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus zu vermitteln sowie den Austausch über jüdisches Leben in Deutschland und gegenwärtige jüdische Perspektiven zu fördern. Die Initiative der Deutschen Hochschule der Polizei setzt mit dieser Fortbildung ein wichtiges und nachhaltiges Zeichen für die Stärkung demokratischer Verantwortung innerhalb der Polizei. Neben Fachvorträgen umfasste das Programm auch Workshops und Exkursionsformate. Für die Beauftragte war es eine besondere Gelegenheit, an diesem geschichtsträchtigen Ort über ihre Arbeit, ihre Perspektiven und die Herausforderungen im Umgang mit Antisemitismus zu sprechen. Sie begrüßte außerdem ausdrücklich, dass die Fortbildung künftig als feste Plattform für fachlichen Austausch, Vernetzung und die nachhaltige Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Polizei und Gesellschaft etabliert werden soll.

Interview

mit Dr. Haydée Mareike Haass, Fachgebiet I.6. Polizeigeschichte und Politische Bildung, DHPol-Projektleitung DISKURS und Antisemitismus-beauftragte



Foto: Dr. Haass

Warum ist die Auseinandersetzung von Polizeikräften mit dem Thema Antisemitismus und mit jüdischem Leben von besonderer Bedeutung?

Wenn wir heute an jüdisches Leben und Polizei denken, fallen den meisten von uns zwei Dinge gleichzeitig ein. Zum einen sehen wir Polizist:innen, die vor Synagogen oder jüdischen Museen stehen und dort jüdisches Leben und Kultur schützen. Dass diese Zusammenarbeit heute vielfach funktioniert, ist eine Errungenschaft, die auf langjährigen Kommunikations- und Abstimmungsprozessen zwischen jüdischen Gemeinden, kulturellen Einrichtungen, Museumsdirektor:innen und Polizeiführungen beruht. Zum anderen denken manche an die rechts-

extremen Chatgruppen, die in Nordrhein-Westfalen bekannt wurden. Über Monate hinweg teilten Polizeibeamte dort menschenfeindliche, demokratiefeindliche und antisemitische Inhalte. Damit werden zwei Problemfelder sichtbar.

Einerseits verweist diese Entwicklung auf einen Wandel in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Institutionen, die mit jüdischem Leben verbunden sind. Andererseits wird deutlich, dass es auch innerhalb der Polizei antisemitische und rechtsextreme Einstellungen geben kann. Zwar deuten Studien wie die MEGAVO-Untersuchung²⁷ darauf hin, dass antisemitische Einstellungen unter Polizeibeschäftigten weniger verbreitet sind als in der Gesamtbevölkerung, dennoch stellen sie ein ernst zu nehmendes Problem dar. Die historische Forschung hat seit den 1990er-Jahren aufgezeigt, dass der Holocaust ohne die Mitwirkung der Polizei nicht möglich gewesen wäre. Dieses Erkenntnis ist für viele Polizeistudierende erschütternd. Vor der Polizei liegen daher große Aufgaben: Sie muss antisemitische Straftaten erkennen, richtig einordnen und verfolgen. Ebenso muss sie antisemitische Codes und Ausdrucksformen identifizieren und zugleich jüdisches Leben wirksam schützen. Zwischen historischer Verantwortung und den Anforderungen der Gegenwart bewegt sich damit ein zentrales Aufgabenfeld moderner Polizeiarbeit.

Welche aktuellen Herausforderungen sehen Sie in der Demokratiebildung bei Polizeikräften und welche Haltung braucht es dabei?

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus umfasst sowohl die Analyse seiner Auswirkungen auf die Betroffenen als auch seiner Folgen für die Demokratie. Neben einer demokratischen Haltung ist die Sensibilisierung für die Geschichte und Gegenwart des vielfältigen jüdischen Lebens in Deutschland zentral. Zu oft wird jüdisches Leben ausschließlich im Zusammenhang mit Verfolgung, Antisemitismus oder dem Holocaust wahrgenommen. Jüdisches Leben ist jedoch weit mehr als die Geschichte seiner Ausgrenzung. Es umfasst religiöse, kulturelle, soziale und politische Praktiken sowie vielfältige individuelle, queere und selbstbewusste Lebensentwürfe. Die Lebensrealitäten sind ebenso vielfältig wie die der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft. Gleichzeitig prägen historische Erfahrungen, gegenwärtige Formen des Antisemitismus sowie Fragen von Zugehörigkeit und Sicherheit vielfach den Alltag jüdischer Menschen in

²⁷ Deutsche Hochschule der Polizei: Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO, Berlin 2025, <https://www.polizeistudie.de/>

Deutschland. Eine differenzierte Beschäftigung mit jüdischem Leben bedeutet daher, Jüdinnen und Juden nicht allein als Opfer von Antisemitismus wahrzunehmen, sondern vor allem als Akteur:innen der Gegenwart. Dies kann insbesondere die Wahrnehmung jüdischen Lebens innerhalb der Polizei und die Kommunikation mit Betroffenen verbessern.

Welche Rolle spielen „Täterorte“ in der heutigen und zukünftigen erinnerungskulturellen Arbeit als Orte der Demokratiebildung?

Erinnerungskultur in Deutschland ist bis heute von der Perspektive der Täter geprägt. Nach 1945 dominierten lange Zeit die Biografien und Handlungsspielräume der Täter. Diese Fokussierung hatte Auswirkungen auf die Erinnerungskultur und die strafrechtliche Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen. Erst mit Verfahren wie dem Demjanjuk-Prozess kam es zu einer grundlegenden Neubewertung strafrechtlicher Verantwortung. Für die Polizeiarbeit spielen Täterorte eine besondere Rolle. Das Lernen an authentischen Orten ermöglicht es, historische und institutionelle Dynamiken sowie individuelle Handlungsspielräume nachvollziehbar zu machen. Erinnerungsorte wie die Villa ten Hompel vermitteln dabei nicht allein die Perspektive der Täter. Sie thematisieren ebenso die Erfahrungen der Betroffenen, die Rolle von Mitläufer:innen sowie konkrete Entscheidungssituationen. Auf diese Weise werden Fragen nach moralischen Grenzen und Verantwortlichkeiten aufgeworfen: Wann schreite ich ein, wenn Menschenrechte verletzt werden? Welche Handlungsmöglichkeiten habe ich in hierarchischen Organisationen? Wo verlaufen meine persönlichen „roten Linien“? Solche Fragen sind insbesondere für angehende Polizeiführungskräfte von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig bleibt es eine wesentliche Aufgabe historisch-politischer Bildung, die Erinnerung aus jüdischer Perspektive zu stärken und zu erzählen. Jüdische Autor:innen, Berichte von Überlebenden sowie internationale Bildungseinrichtungen zeigen, dass Erinnerungskultur erweitert werden muss. Hier können die Erfahrungen der Verfolgten und ihre Nachgeschichte stärker berücksichtigt werden. Eine solche Perspektive trägt dazu bei, Geschichte nicht als „Geschichte der Täter“, sondern als Geschichte der Betroffenen, Überlebenden und ihrer Nachkommen zu erzählen und zu verstehen.

Im Rahmen eines Austauschs mit Akteuren des Programms „Wegweiser“ des Ministeriums des Innern stellte die Beauftragte die Arbeit ihres Amtes sowie aktuelle Herausforderungen im Themenfeld Antisemitismus vor und erhielt zugleich vertiefte Einblicke in die Arbeit dieses Präventionsprogramms. Das seit Jahren vom nordrhein-westfälischen Innenministerium koordinierte und finanzierte Programm „Wegweiser“ richtet sich insbesondere an Jugendliche und junge Erwachsene und deren Umfeld, bei denen Radikalisierungsprozesse im Bereich des Islamismus erkennbar werden oder drohen. Dabei verfolgt das Programm einen frühzeitigen und ganzheitlichen Präventionsansatz. Ergänzt wird das Angebot durch Bildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, Workshops sowie Informations- und Fortbildungsangebote für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Mit inzwischen 24 Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen sowie ergänzenden digitalen Beratungsangeboten hat sich Wegweiser in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Baustein der Extremismusprävention entwickelt. In ihrem Vortrag betonte die Beauftragte die große Bedeutung des kontinuierlichen Austauschs zwischen Prävention, Sicherheitsbehörden und demokratischer Bildungsarbeit. Gerade im Umgang mit extremistischen Ideologien seien vertrauensvolle Zusammenarbeit, frühzeitige Sensibilisierung und gesellschaftliche Vernetzung von zentraler Bedeutung. Besonders hervorgehoben wurde die wichtige Arbeit der Wegweiser-Mitarbeitenden, die gefährdete junge Menschen und deren Umfeld begleiten, beraten und alternative Perspektiven aufzeigen. Sie zeigten beispielhaft, dass Demokratie nicht abstrakt ist, sondern täglich durch Engagement, Professionalität und Menschlichkeit gelebt und geschützt werden muss. Im anschließenden Austausch wurden gemeinsame Herausforderungen –

etwa mit Blick auf digitale Radikalisierungsprozesse und antisemitische Narrative im Kontext extremistischer Ideologien – und die Möglichkeit, bestehende Kooperationen weiter zu vertiefen, diskutiert.

Justiz



Referierende des Anwaltssymposiums
Foto: Büro der Beauftragten

Die Beauftragte warb auch in 2025 bei Veranstaltungen wie zum Beispiel auf dem siebten Amtsanwalts-Symposium der Fachhochschule für Rechtspflege Nordrhein-Westfalen in Bad Mönster-eifel oder in ihrem Grußwort für die Veranstaltung des nordrhein-westfälischen Justizministeriums in der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf „Die Bekämpfung des Antisemitismus mit den Mitteln des Strafrechts“ stets darum, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Justiz, Strafverfolgungs- und auch Strafvollzugsbehörden kontinuierlich zu schulen und fortzubilden. Für die Verfolgung antisemitischer Straftaten ist unerlässlich, Umstände, die auf eine antisemitische Tat hindeuten, schnell zu erfassen und einzuordnen. Der antisemitische Kontext ist jedoch nicht immer direkt zu erkennen. Doch dies ist unbedingt notwendig, damit antisemitischen Straftaten erkannt und erfasst werden, eine an-

gemessene Beurteilung der Sach- und Rechtslage sowie eine strafrechtliche Ahndung des betreffenden Vorfalls erfolgen kann. Dabei sind schon einige strukturelle Weichen gestellt worden: In der Ausbildung von Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren in Nordrhein-Westfalen finden zum Beispiel verpflichtende dreitägige Unterrichtseinheiten zum Umgang mit NS-Unrecht statt, ergänzt durch Ausstellungen, Tagungen, Workshops oder Gedenkstättenfahrten. Auch für Rechtspflegeanwältinnen und -anwälte ist ein Besuch einer Gedenkstätte oder sonstigen Einrichtung zur Erinnerung und Aufbereitung von NS-Unrecht im Rahmen der Ausbildung vorgesehen. All dies sind von der Beauftragten begrüßte wichtige Schritte.

Den Antisemitismusbeauftragten bei den Staatsanwaltschaften und Generalstaatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen kommt dabei eine wesentliche Rolle zu. Sie sollen mit ihrer Expertise helfen, die Codes und Hinweise auf antisemitische Taten einzuordnen. Sie stehen darüber hinaus in kontinuierlichem Kontakt mit den jüdischen Gemeinden vor Ort und als Ansprechpartner für Betroffene zur Verfügung und leisten damit einen wichtigen Beitrag, um das Vertrauen der Betroffenen in die Justiz zu stärken.

Für bundesweites Aufsehen und Entsetzen sorgte die von einem Neusser Auktionshaus angesetzte bis dato rechtlich zulässige Versteigerung einer Privatsammlung von Gegenständen und Dokumenten aus der NS-Zeit, darunter Lagerpost, Täterbriefe, Gestapo-Karteikarten, Lagergeld und ein sog. „Judenstern mit Gebrauchsspuren“. Es gelang der nordrhein-westfälischen Landesregierung durch die Initiative von Minister und Chef der Staatskanzlei Liminski eine Absage der Auktion zu erwirken sowie einen Teil der Privatsammlung durch öffentliche (Landtagspräsident Kuper) und zivilgesellschaftliche Unterstützung (v. a. Bethe-Stiftung) Gedenkstätten zu übergeben. Das Land Nordrhein-Westfalen hat eine Bundesratsinitiative „zur Einschränkung des Handels mit Gegenständen von Opfern aus der Zeit des Nationalsozialismus“²⁸ angestoßen, die am 8. Mai 2026 in den Bundesrat eingebracht und dort einstimmig verabschiedet wurde. Die Beauftragte wie auch der Kreis der Bund/Länder-Beauftragten hat diese Initiative unterstützt.

²⁸ Vgl. Bundesratsdrucksache 248/26.

2.1.4 Interreligiöses/Begegnung

Die Bekämpfung des Antisemitismus ist nicht allein eine Frage der Reaktion auf Vorfälle, sondern eine dauerhafte gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Begegnung und interreligiöser Austausch leisten hierzu einen unverzichtbaren Beitrag, weil sie Vorurteile abbauen, Wissen vertiefen und persönliche Beziehungen schaffen, die antisemitischen Zuschreibungen und Feindbildern nachhaltig entgegenwirken. Antisemitismus entsteht und verfestigt sich dort besonders leicht, wo Unkenntnis, Distanz und Sprachlosigkeit überwiegen.

Im Mittelpunkt steht dabei die Erfahrung, dass jüdisches Leben nicht abstrakt oder ausschließlich als historische Erinnerung wahrgenommen wird, sondern als selbstverständlicher, sichtbarer, lebendiger Teil unserer Gegenwart. Jüdisches Leben ist mehr als jüdisches Leiden. Die Schoah darf niemals verschwiegen oder gar vergessen werden, doch gerade die junge jüdische Community möchte nicht nur im Kontext von Verfolgung und zu Gedenktagen wahrgenommen werden.

Begegnungen auf Augenhöhe eröffnen Räume, in denen Fragen gestellt, Stereotype hinterfragt und gemeinsame Verantwortlichkeiten sichtbar gemacht werden können. Interreligiöser Austausch schafft dabei nicht nur gegenseitiges Verständnis, sondern stärkt auch die demokratische Kultur insgesamt, weil er Respekt, Differenzfähigkeit und Konfliktfähigkeit fördert. Nach dem 7. Oktober haben sich die Räume für Begegnungen verkleinert und müssen nach und nach wieder aufgebaut werden.



v. l. Thorsten Karbach, Prof. Mouhanad Khorchide, Sylvia Löhrmann, Prof. Simone Paganini
Foto: RWTH Aachen/Sondermann

Mit der Beziehung zwischen Christentum, Judentum und Islam beschäftigte sich unter anderem die Veranstaltung „Zwischen Nähe und Abgrenzung – Das Judentum im christlichen und islamischen Denken“ an der RWTH Aachen, in deren Rahmen die Beauftragte in ihrem Impulsvortrag die komplexen Beziehungen zwischen den monotheistischen Religionen thematisierte, die unsere Gesellschaft seit Jahrhunderten prägen. In der anschließenden Podiumsdiskussion betonten Prof. Simone Paganini und Prof. Mouhanad Khorchide, wie wichtig es sei, sowohl die

historischen Wurzeln als auch die heutigen Perspektiven zu betrachten, um das Verständnis und den Respekt füreinander zu fördern. So gebe es beispielsweise keinen Islam ohne das Judentum. Mit diesem Verständnis könne man aktiv für eine Gesellschaft eintreten, in der jüdisches Leben sichtbar und sicher ist.



Veranstalter des kirchlichen Filmfestivals
Foto: Büro der Beauftragten

Das (ökumenische) kirchliche Filmfestival Recklinghausen fand im Berichtsjahr bereits zum 15. Mal statt. Es ist das erste deutsche kirchliche Filmfestival – sowie das einzige ökumenische in Europa. Das Programm greift vor allem aktuelle gesellschaftliche Themen auf. Im Nachgang der Vorführung von „Die Zweiflers“, einer sechsteiligen Dramey über eine deutsche jüdische Familie in Frankfurt am Main, diskutierten Regisseur und Ko-Autor der Serie David Hadda gemeinsam mit der Beauftragten in einem von Michael Kleinschmidt, dem künstlerischen Leiter, moderierten Gespräch im Kinosaal mit dem

Publikum über jüdisches Leben und jüdische Identität in Deutschland heute.

Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit

Für Begegnungen und interreligiösen Austausch leisten die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit (GCJZ) hervorragende Arbeit. Sie verbinden seit Jahrzehnten mit großem Engagement Bildungsarbeit, Dialogformate und öffentliches Eintreten gegen Antisemitismus. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Verständigung und zur Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit.

Die Landesbeauftragte würdigte daher auf vielfältigen Veranstaltungen das Engagement der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich als wichtigen Bestandteil der Präventions-, Bildungs- und Dialogarbeit. So war sie im September beim Jahresempfang der GCJZ in Bonn und sprach über die Herausforderungen, die ihr Amt mit sich bringt. In Anlehnung an das Jahresthema „Füreinander streiten“ diskutierte sie die Frage, wie wir Auseinandersetzungen führen können, ohne uns zu entzweien, wie wir Konflikte austragen können, um einander besser zu verstehen, und wie wir standhaft für Werte eintreten, die uns verbinden, und unterstrich dabei die Bedeutung sicherer Diskursräume. Mit Grußworten unterstrichen Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften sowie die Vorsitzende des Integrationsrats die Bedeutung von Begegnungen und des Dialogs über – vermeintliche – religiöse Grenzen hinweg.

Auch die GCJZ in Nordrhein-Westfalen sind im Dachverband des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit vertreten. Bei der Jahrestagung des Koordinierungsrates in Köln diskutierte die Beauftragte zusammen mit Ron Dekel, Präsident der Jüdischen Studierendenunion Deutschland, über die Situation jüdischer Studierender und Lehrender. Beide blickten mit großer Besorgnis auf die Entwicklungen seit dem 7. Oktober. Gleichzeitig würdigten sie auch die Anstrengungen einzelner Universitäten mit Programmen gegen Antisemitismus und der Einsetzung von Antisemitismusbeauftragten.

Religionsgemeinschaften

Religionsgemeinschaften müssen sich ebenso ihrer besonderen Verantwortung stellen. So hat der Antijudaismus eine sehr lange Tradition in der christlichen Geschichte – mal mehr, mal weniger stark ausgeprägt. Um den heutigen Antisemitismus zu verstehen, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass er seine Wurzeln in den religiösen Vorurteilen und Stereotypen hat, die sich aus der Ablehnung des Judentums durch das Christentum ergeben. Dieser frühchristliche Antisemitismus äußerte sich in einer Reihe von Motiven. Am bekanntesten ist dabei sicherlich der „Gottesmordvorwurf“ gegen Jüdinnen und Juden. Gemeint ist damit die vermeintlich unaufhebbare Kollektivschuld an der Kreuzigung Jesu als Sohn Gottes.²⁹

Im Laufe der Jahrhunderte veränderte sich auch das Verhältnis zwischen dem Christentum und den anderen Religionen. Aber erst im Oktober 1965 machte die katholische Kirche mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil und der Erklärung „Nostra Aetate“³⁰ einen bedeutenden Schritt in Richtung Anerkennung des jüdischen Volkes. Die Erklärung betont die Gemeinsamkeiten der Menschen und die Bedeutung des Dialogs zwischen verschiedenen Religionen. Sie erkennt den Wert und die Wahrheit in anderen Religionen an und fordert eine positive und respektvolle Beziehung zu ihren Anhängerinnen und Anhängern. Das 60-jährige Jubiläum nahm die katholische Kirche auch zum Anlass, bei dem Thema im Jahr 2025 einen Schwerpunkt zu setzen.

²⁹ Vgl. Jessica Hoyer: Gottesmordvorwurf, Bundeszentrale für politische Bildung, online: <https://www.bpb.de/themen/antisemitismus/dossier-antisemitismus/was-heisst-antisemitismus/glossar-antisemitismus/559913/gottesmordvorwurf/>

³⁰ Domradio.de: Erklärung „Nostra aetate“, online: <https://www.domradio.de/glossar/erklaerung-nostra-aetate>



Übergabe des Leitfadens durch das Katholische Büro Nordrhein-Westfalen und Evangelische Büro Nordrhein-Westfalen an die Beauftragte

Foto: Büro der Beauftragten

Auch wenn sie nicht mehr die heutige kirchliche Position zum Judentum widerspiegeln, gibt es an vielen Kirchenräumen noch immer Darstellungen, die die christliche Sicht der jeweiligen Zeit auf das Judentum zeigen. Die Bauten sind immer auch Ausdruck gelebten Glaubens und kultureller Vielfalt der jeweiligen Entstehungszeit. Grundsätzlich ist nicht jede Darstellung von Jüdinnen und Juden zugleich antijüdisch; an vielen Stellen dient sie zunächst nur dazu, diese als Vertreterinnen und Vertreter des Alten Testaments zu kennzeichnen. Einige Darstellungen des Judentums in und an Kirchengebäuden entfalten aber bis heute eine verletzend und herabwürdigende

Botschaft und Wirkung. Diese Darstellungen lösen auch immer wieder hitzige und emotionale Debatten aus. Die katholischen (Erz-)Bistümer und evangelischen Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen haben daher den Leitfaden „... und jetzt? Leitlinien zum Umgang mit antijüdischen Bildwerken in und an Kirchenräumen“³¹ erarbeitet. Möglichkeiten des Umgangs mit antijüdischen Darstellungen sind gemäß den Leitlinien eine Entfernung oder Musealisierung, Sichtstörung oder Verhüllung, eine kritische Kommentierung oder eine kontrastierende Darstellung. Die Beauftragte begrüßt den Leitfaden und ausdrücklich auch, dass sich die Kirchen so ihrer Verantwortung stellen: „Jede antisemitische Darstellung ist verschieden, und daher sollten die Vorgaben den Kirchenleitungen auch einen gewissen Handlungsspielraum lassen. Antisemitische Darstellungen, ob offen oder hintergründig, egal wo, dürfen niemals unwidersprochen stehen bleiben. Die Gespräche und Aushandlungsprozesse zum Umgang mit antijudaistischen Darstellungen an den kirchlichen Bauten müssen vor Ort in den Kirchen und Kirchengemeinden unter Einbeziehung der jüdischen Gemeinden und Betroffener geführt werden.“

Interview

mit Thomas Frings, Referent Erzbistum Köln, Fachbereich Dialog



Foto: Erzbistum Köln

Wie ist der Umgang der Kirchen mit ihrer Vergangenheit in Bezug auf die Beziehungen zum Judentum?

Über viele Jahrhunderte wurden antijüdische Vorstellungen in Theologie, Predigt und Kunst vermittelt, die zur Ausgrenzung jüdischer Menschen beigetragen haben. Vor diesem geistigen Hintergrund entwickelte sich der moderne Antisemitismus, der in der Shoah mündete. Auf offizieller Seite wurde für die katholische Kirche 1965 mit der Erklärung Nostra Aetate des Zweiten Vatikanischen Konzils eine explizite Absage an einzelne konkrete antijüdische Erzählungen erteilt, aber auch der Antisemitismus als Ganzes verurteilt. In der evangelischen Kirche

³¹ Vgl. Katholische (Erz-)Bistümer und evangelische Landeskirchen in Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Leitlinien zum Umgang mit antijüdischen Bildwerken in und an Kirchenräumen, Köln 2025, online: <https://www.erzbistum-koeln.de/news/Bistuemer-und-Landeskirchen-veroeffentlichen-Leitlinien-zum-Umgang-mit-antijuedischen-Bildwerken-in-und-an-Kirchen/>

wird dies durch den rheinischen Synodalbeschluss von 1980 vollzogen. Die Kirchen erkennen ihre Verantwortung für die Entstehung dieses judenfeindlichen Klimas an und bemühen sich um eine Aufarbeitung ihrer Geschichte. Heute stehen Respekt, Dialog und die Anerkennung des Judentums als eigenständige neben der christlichen Glaubenstradition im Mittelpunkt.

Warum haben die katholischen (Erz-)Bistümer und evangelischen Landeskirchen den Leitfaden zum Umgang mit antijudaistischen Darstellungen erarbeitet?

Die Handreichung „...und jetzt? Leitlinien zum Umgang mit antijüdischen Bildwerken in und an Kirchenräumen“ wurde entwickelt, um einen verantwortungsvollen Umgang mit Kunstwerken und Darstellungen zu ermöglichen, die antijüdische Inhalte oder Stereotype vermitteln. Ein wichtiger Aspekt ist es, die Verantwortlichen vor Ort zu befähigen, diese Darstellungen zu erkennen und ihnen Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, angemessen damit umzugehen.

Die Darstellungen gehören zwar ideengeschichtlich der Vergangenheit an, können aber bis heute verletzend wirken und judenfeindliche Narrative weitertragen. Ziel des Leitfadens ist daher nicht die pauschale Entfernung solcher Darstellungen, sondern ihre wissenschaftliche Einordnung, kritische Kommentierung und pädagogische Vermittlung. Dadurch soll Geschichte sichtbar bleiben und gleichzeitig verhindert werden, dass diskriminierende Botschaften unreflektiert weiterwirken.

Wie engagieren sich die Kirchen in der Antisemitismusprävention?

Die Kirchen fördern den christlich-jüdischen Dialog, organisieren gemeinsame Veranstaltungen und Gedenkfeiern und unterstützen Bildungsangebote in Gemeinden, Schulen und anderen Einrichtungen. Zum kirchlichen Selbstverständnis gehört es, ein selbstkritisches Verhältnis zum Glauben und zur eigenen Tradition einzunehmen. In Kooperationen mit jüdischen Organisationen und Gemeinden und zivilgesellschaftlichen Akteuren setzen sich die Kirchen für ein respektvolles Miteinander, den Schutz jüdischen Lebens und die Stärkung demokratischer Werte ein. Damit wollen sie einen aktiven Beitrag dazu leisten, Vorurteile abzubauen und jeder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Als ein Beispiel des Umgangs mit antijudaistischen Darstellungen in und an Kirchenräumen nahm die Beauftragte an der Führung „Der Dom und ‚die Juden‘“³² in Köln teil. Auch dieses Wahrzeichen Nordrhein-Westfalens ist innen und außen mit offenen, aber auch subtilen antijudaistischen Botschaften versehen. Sich mit diesen Darstellungen auseinanderzusetzen, sie zu kontextualisieren und auch Debatten dazu anzustoßen, ist Ziel der Führung. „Diese wichtige Aufklärungsarbeit schärft bei den Besucherinnen und Besuchern den Blick und lässt auch mich von nun an die Darstellungen in einem anderen Bewusstsein erkennen. Ich begrüße sehr, dass der Kölner Dom im Umgang mit antijüdischen Darstellungen vorgegangen ist und weiter vorgeht“, so die Beauftragte.

Das Kölner Domkapitel lobte einen Kunstwettbewerb für ein Bewusstsein der christlich-jüdischen Geschichte mit Blick auf Gegenwart und Zukunft aus. Im Berichtsjahr wurde der Siegerentwurf der Berliner Künstlerin Andrea Büttner gekürt. Er sieht ein Wandgemälde an der Stirnwand der Marienkapelle des Kölner Domes vor. Die geplante Wandmalerei soll das Steinfundament des Thoraschreins aus der ehemaligen mittelalterlichen Synagoge Kölns in Originalgröße zeigen. Der Altar von Lochner stand ursprünglich auf dem erweiterten Fundament des Thoraschreins in der ehemaligen Synagoge des mittelalterlichen jüdischen Viertels Kölns und ersetzte den Schrein nach

³² Informationen zu der Führung finden Sie unter <https://www.domfuehrungen-koeln.de/thematische-fuehrungen/der-koelner-und-die-juden>

dessen Beschädigung im Pogrom 1349 und der Umwidmung der Synagoge zur Ratskapelle.³³

Im Rahmen des Projekts „Und was sag ich dann? Über Antisemitismus sprechen“ organisierte die Kurdischen Gemeinde Deutschland (KGD) eine Tagung zu Erfahrungen, Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit Antisemitismus. Mit dem Projekt verfolgt die KGD das Ziel, nachhaltige antisemitismuskritische Strukturen aufzubauen, Betroffene zu unterstützen und konkrete Hilfestellungen im Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu entwickeln. Die Beauftragte würdigte in ihrem Grußwort zur Eröffnung der Tagung ausdrücklich das Engagement der KGD und betonte die besondere Bedeutung, wenn sich migrantische Communitys aktiv mit Antisemitismus auseinandersetzen und Verantwortung übernehmen. Gerade hierin liege eine besondere Chance, Zugänge und Dialogräume innerhalb der eigenen Community zu schaffen und nachhaltige Sensibilisierung zu ermöglichen. Zugleich hob die Beauftragte hervor, dass Erfahrungen mit Diskriminierung, Ausgrenzung, Flucht und gesellschaftlicher Benachteiligung häufig eine besondere Empathie für andere Betroffene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schaffen können. Wer selbst Ausgrenzung erlebt habe, wisse um die Bedeutung von Solidarität, Haltung und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Weiter ist durch die KGD unter anderem die Etablierung einer Anlaufstelle für Beratung und Intervention sowie die Entwicklung eines Interventionsleitfadens für den Alltag geplant. Die Tagung machte deutlich, dass dieses Engagement weit über symbolische Gesten hinausgeht und einen wichtigen Beitrag zur Stärkung demokratischer Verantwortung und gesellschaftlicher Solidarität leistet.

2.1.5 Netzwerke

Gerade in einem großen und vielfältigen Bundesland wie Nordrhein-Westfalen ist die Bildung von Netzwerken auf den unterschiedlichsten Ebenen besonders relevant. Netzwerke bieten die Möglichkeit, voneinander zu lernen, Ideen auszutauschen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die Arbeit in der Praxis zeigt: Wenn Bildungseinrichtungen, kommunale Akteurinnen und Akteure, Gemeinden sowie zivilgesellschaftliche Träger gemeinsam handeln, entsteht eine tragfähige Gegenöffentlichkeit. Dann wird nicht nur reagiert, sondern es werden Strukturen aufgebaut: Dialogangebote, Beratungs- und Qualifizierungsformate, Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Begegnungsprojekte, die langfristig wirken.

Wichtige Akteure in der Netzwerkarbeit sind unter anderem die Beratungsstellen. Mittlerweile existieren über 40 Antidiskriminierungsberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen, von denen sich zwei in Trägerschaft einer Jüdischen Gemeinde befinden und explizit zu antisemitischer Diskriminierung arbeiten: ADIRA und SABRA. Mit allen Beratungsstellen steht die Beauftragte in beständigem und vertrauensvollem Austausch. Die gegenseitige Unterstützung von Projekten und Veranstaltungen wurde auch im Berichtsjahr kontinuierlich fortgeführt.

Fünf Jahre ADIRA

Gegründet im Oktober 2020 unter dem Dach der Jüdischen Gemeinde Dortmund, feierte die Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus (ADIRA) im Berichtsjahr bereits ihr fünfjähriges Bestehen. Die Gründung von ADIRA war eine Antwort auf die wachsende Zahl antisemitischer Vorfälle in der Stadt und der Region. Seither begleitet die Beratungsstelle Betroffene von Antisemitismus und Diskriminierung, bietet Aufklärung und Bildungsarbeit und engagiert sich mit Nachdruck gegen Antisemitismus. Gefördert wird ADIRA durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen. Für die Beauftragte ist ADIRA ein wichtiger Ansprechpartner in der Region, aber auch darüber hinaus.³⁴

³³ Vgl. Erzbistum Köln: Sieger-Entwurf des Internationalen Kunstwettbewerbs Kölner Dom steht fest, Köln 2023, online: <https://www.erzbistum-koeln.de/news/Sieger-Entwurf-des-Internationalen-Kunstwettbewerbs-Koelner-Dom-steht-fest/>

³⁴ Weitere Informationen zu der Arbeit von ADIRA finden Sie unter <https://adira-nrw.de/>

Interview

mit Micha Neumann, ADIRA – Antidiskriminierungsberatung und Intervention bei Antisemitismus und Rassismus, Teamleitung



Foto: Katharina Urban

Was sind die Aufgaben von ADIRA?

ADIRA ist eine durch das Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW geförderte Beratungsstelle in Trägerschaft der Jüdischen Gemeinde Dortmund. Wir beraten und unterstützen Betroffene von Antisemitismus in Westfalen-Lippe, in Dortmund auch bei anderen Formen von Diskriminierung. Dabei ordnen wir gemeinsam mit den Ratsuchenden ihre Erfahrungen ein, leisten psychosoziale Unterstützung und begleiten bei weiteren Schritten. Ziel ist es, Handlungsmöglichkeiten für die jeweiligen Situationen zu entwickeln und Betroffene zu stärken.

Daneben gehört Bildungs- und Präventionsarbeit zu unseren Aufgaben. Wir bieten Workshops, Vorträge und Fortbildungen an, etwa zu Erscheinungsformen von Antisemitismus oder zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen in Bildungseinrichtungen. Wichtig ist uns dabei, jüdische Perspektiven sichtbar zu machen und Menschen darin zu unterstützen, Antisemitismus zu erkennen und ihm entgegenzutreten.

Außerdem beraten wir Organisationen und öffentliche Einrichtungen. Mit unserem Projekt BEQUAS unterstützen wir beispielsweise Kommunen in NRW dabei, antisemitismuskritische Strukturen zu entwickeln. Hinzu kommen Netzwerkarbeit, Fachveranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt ist unser Arbeitsfeld sehr vielfältig und lebt auch von der engen Zusammenarbeit mit anderen Stellen wie SABRA oder RIAS NRW.

Wie hat sich die Arbeit in den 5 Jahren seit der Gründung entwickelt?

Seit der Gründung hat sich unsere Arbeit deutlich erweitert und professionalisiert. Anfangs ging es vor allem darum, die Beratungsstelle aufzubauen, das Angebot für Betroffene sichtbar zu machen und Netzwerke zu entwickeln. Inzwischen sind wir ein fester Teil der Beratungs- und Präventionslandschaft zu Antisemitismus in NRW und in verschiedenen Kontexten aktiv. Zugleich bauen wir Arbeit weiter aus und setzen auch neue Projekte um, aktuell zum Beispiel ein Bildungsprojekt für Jugendliche in Dortmund.

Eine große Zäsur war der 7. Oktober 2023. Seitdem ist die Nachfrage nach Beratung, Bildungsarbeit und fachlicher Unterstützung stark gestiegen, zeitweise deutlich über unsere Kapazitäten hinaus. Auf der anderen Seite hat aber auch die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Antisemitismus zugenommen. Ich habe den Eindruck, dass wir dadurch noch stärker als regionale Fachstelle zum Thema Antisemitismus wahrgenommen werden.

Insgesamt haben sich uns Aufgaben weiter ausdifferenziert. Es sind zusätzliche Arbeitsbereiche entstanden, wir adressieren immer wieder neue Themen in Bildungsformaten und entwickeln unsere Beratungsprozesse weiter. Trotz unserer vergleichsweise kleinen Struktur sind wir heute inhaltlich deutlich breiter aufgestellt als noch vor einigen Jahren.

Wo sehen Sie die größten Herausforderungen, aber auch Chancen?

Eine der größten Herausforderungen ist die Zunahme antisemitischer Vorfälle und die damit verbundene Belastung für Jüdinnen und Juden. Außerdem müssen wir viele gesellschaftliche Entwicklungen und Debatten im Blick behalten und oft kurzfristig darauf reagieren.

Hinzu kommt, dass der steigende Bedarf an Beratung, Bildungsangeboten und fachlicher Unterstützung bei gleichbleibenden personellen und finanziellen Ressourcen langfristig nicht vereinbar ist. Wenn Prävention von Antisemitismus und der Schutz von Betroffenen gesellschaftlich und politisch gewollt sind, braucht es dafür verlässliche und gut ausgestattete Strukturen.

Gleichzeitig sehe ich aber auch Chancen: Antisemitismus wird heute breiter diskutiert als noch vor einigen Jahren, und viele Menschen und Institutionen wollen sich intensiver mit dem Thema auseinandersetzen. Es gibt mehr Forschung, neue Projekte und mehr Interesse zur Zusammenarbeit. Diese Offenheit kann helfen, nachhaltige Veränderungen anzustoßen, Betroffene besser zu unterstützen und den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken. Hierzu versuchen wir dann als Beratungsstelle unseren Beitrag zu leisten.

Netzwerkarbeit

Neben den etablierten Strukturen der antisemitismuskritischen Arbeit nutzte die Beauftragte auch Einladungen zu anderen Netzwerktreffen, um für die Themenbereiche zu sensibilisieren. So nahm sie an dem Verbändetreffen des Diözesan-Caritasverbands für das Erzbistum Köln e. V. (DiCV) teil, welches jüdisches Leben und Antisemitismus zum Thema hatte. In ihrem Impuls vor rund 100 Teilnehmenden betonte die Beauftragte, dass es nicht die Aufgabe der Jüdinnen und Juden sei, sich gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben einzusetzen, sondern die der gesamten Gesellschaft. Der Caritasverband habe mit seinen 250 Mitgliedern als Träger von mehr als 1.716 Diensten und Einrichtungen im Rheinland und den angrenzenden Kreisen eine maßgebliche Breitenwirkung. Als Multiplikatoren erreichten sie eine Vielzahl von Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen. Hier eine klare Haltung zu zeigen, sei unerlässlich. Zu heutigem jüdischen Leben diskutierten im Nachgang jüdische Akteure des öffentlichen Lebens.

Auch regionale Netzwerkveranstaltungen wie der von Landrat Stephan Pusch des Kreises Heinsberg unterstützte Aktionstag „Menschenwürde schützen“ im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus würdigte die Beauftragte mit Impulsvorträgen. Organisiert wurde der Aktionstag vom Bündnis gegen Rechtsextremismus im Kreis Heinsberg – für Demokratie und Toleranz des Kreises Heinsberg, bestehend aus über 600 Mitgliedern wie Kommunen, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereinen, Parteien, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Schulen und Privatpersonen. Die Beauftragte betonte, dass der Schutz der Menschenwürde der Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie sei und Antisemitismus diesem diametral entgegenstehe. Daher sei der Umgang der Gesellschaft mit Antisemitismus auch immer ein Gradmesser für unsere Demokratie. Demokratinnen und Demokraten müssten diesen Prozess aktiv und mit vollem Einsatz mitgestalten, damit die Feinde der offenen Gesellschaft niemals die Oberhand gewinnen. Breite Bündnisse wie dieses in Heinsberg, das sich mit viel Engagement aktiv gegen Rechtsextremismus und jede Art von Menschenfeindlichkeit einsetze, seien von unschätzbarem Wert für unsere Gemeinschaft.

2.1.6 Bund-Länder-Kommission

Antisemitismus macht nicht an Landesgrenzen halt, daher ist auch ein Austausch über Landesgrenzen hinaus wichtig. Seit 2019 gibt es die „Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ (BLK), die auf einen fraktionsübergreifenden Antrag im Bundestag³⁵ zurückgeht.



Gemeinsame Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung von Antisemitismus und zum Schutz jüdischen Lebens“ (BLK)

Foto: Büro der Beauftragten

Zwei Mal im Jahr kommen die Mitglieder der Kommission in Präsenz zusammen. Dazwischen erfolgt der Austausch digital oder in eigens anberaumten Sondersitzungen sowie auf Arbeitsebene im Kreis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Länderbeauftragten. Bei den Sitzungen steht der Austausch zu Erfahrungen und „Best Practices“ in den von der BLK verantworteten Themenfeldern im Fokus. Ebenso können schnelle und zielgerichtete Reaktionen sowie gemeinsames Vorgehen auf aktuelle Entwicklungen und Vorfälle abgestimmt werden.

Auf Initiative der BLK wurden beispielsweise auch seitens der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) Veranstaltungen und eine bundesweite Konferenz für die Beauftragten und zuständigen Stellen der Universitäten und Hochschulen ausgerichtet, um eine bundesweite Vernetzung der mit dem Thema Antisemitismusbekämpfung betrauten Personen und Stellen zu ermöglichen, und bei der auch die Beauftragten der nordrhein-westfälischen Universitäten zugegen waren.

Seit dem 1. Mai 2018 übt Dr. Felix Klein das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus aus. Im Sommer 2026 wird er das Amt nach acht Jahren abgeben und die Leitung der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris übernehmen. Dr. Klein war und ist ein von allen Seiten hochgeschätzter Partner im Kampf gegen Antisemitismus und für die Sichtbarkeit und Sicherheit jüdischen Lebens. Anlass genug, ihn hier ein Fazit ziehen zu lassen.

³⁵ Vgl. Bundestagsdrucksache 19/444.

Interview

mit Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus



Foto: BMI

Mit welchen Erwartungen haben Sie das Amt übernommen?

Mein Hauptanliegen wird es bis zuletzt sein, die Gesellschaft zu sensibilisieren und zu ermutigen, sich gegen Antisemitismus zu engagieren und gerade die eher Schweigenden im Land zu gewinnen, sich auch zu Wort zu melden, wenn es geboten ist. Antisemitische Täter, die eine Minderheit darstellen, müssen wissen, dass sie nicht auf eine schweigende Mehrheit in der Bevölkerung setzen können.

Gleichzeitig beobachten wir seit dem Terrorangriff vom 7. Oktober 2023 eine erhebliche Zunahme von Antisemitismus in der Gesellschaft, auf die wir reagieren müssen. Die

Berührungspunkte zwischen rechtsextremistischen, islamistischen, antiimperialistischen und selbst den progressiven Milieus nehmen immer weiter ab. Wir sehen, wie im Zuge dieses milieuumspannenden Hasses auf Israel Antisemitismus deutlich verstärkt und im gleichen Atemzug Islamismus zunehmend verharmlost wird. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit ist dabei die verbindende Brücke.

Es ist unsere gemeinsame Aufgabe – die der Bundesregierung, aller demokratischen Parteien, aber auch der gesamten Gesellschaft, und dazu zähle ich auch NGOs und Religionsgemeinschaften –, für eine offene, tolerante Gesellschaft einzustehen und menschenfeindliche Einstellungen, aus denen oftmals Taten folgen, entschlossen zurückzudrängen.

Gerade in der aktuellen Situation wünsche ich mir lautere und deutlichere Stimmen der Solidarität für Jüdinnen und Juden in unserem Land, die schon seit geraumer Zeit so häufig zur Zielscheibe von israelfeindlicher Hetze und von Hass werden. „Nie wieder“ sollte nicht zu einer Leerformel verkommen.

Was waren strukturelle Meilensteine Ihrer Arbeit?

Seit ich mein Amt angetreten habe, ist es gelungen, Strukturen zu schaffen. Und auf diese Strukturen können wir nun, insbesondere auch in der Situation nach dem 7. Oktober, aufbauen. Durch das, was bisher erreicht wurde, können wir dem grassierenden Antisemitismus durchaus etwas entgegensetzen.

Zur Koordinierung der Maßnahmen des Bundes und der Länder hat sich im September 2019 die ständige Bund-Länder-Kommission konstituiert. Das Gremium steht unter dem gemeinsamen Vorsitz von mir und dem oder der jeweils wechselnden Co-Vorsitzenden eines Bundeslandes und tagt zweimal jährlich. Vor dem Hintergrund der weitgehenden Zuständigkeiten der Länder in der Antisemitismusbekämpfung kommt diesem Gremium große Bedeutung zu.

Um erfolgreich gegen Antisemitismus vorzugehen, ist die wirksame Ahndung antisemitischer Straftaten unverzichtbar. Das setzt voraus, dass sowohl die Ermittlungsbehörden wie auch die Gerichte antisemitische Beweggründe und Motive als solche erkennen und diese im Rahmen der

Strafzumessung Beachtung finden. Hier sehe ich große Fortschritte. In Polizei und Justiz ist eine deutlich höhere Sensibilisierung zu verzeichnen, was das Erkennen von Antisemitismus angeht.

Ein wichtiger Baustein ist hier die Einführung von Antisemitismusbeauftragten bei den Generalstaatsanwaltschaften; dies hatte die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten auf meinen Vorschlag hin angeregt. Der politische Wille, Antisemitismus zu bekämpfen, ist groß, darüber bin ich sehr froh.

Mit der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben (NASAS) legte die Bundesregierung unter meiner Federführung am 30. November 2022 erstmals eine Strategie vor, die alle gesellschaftlichen Dimensionen zur Bekämpfung von Antisemitismus miteinbezieht.

Was war Ihr persönliches Highlight?

Es gab diverse berührende Momente. An diesen erinnere ich mich sehr gerne: Im Generalkonsulat in New York hatte ich die Ehre, einer Veranstaltung beizuwohnen, bei der Nachkommen deutscher Juden in den USA wieder die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Da habe ich mit einer Familie gesprochen, deren Vater eingebürgert wurde. Für diesen Mann und seine Familie war die Einbürgerung Anlass für ein Freudenfest. Es hat mich zu Tränen gerührt, von dem Vertrauen zu hören, das er in Deutschland hat – in das Land, das seine Vorfahren ins Exil getrieben und viele Verwandte umgebracht hat.

2.2 Jüdisches Leben

In Nordrhein-Westfalen ist die größte jüdische Gemeinschaft Deutschlands beheimatet und zeigt sich in ihrer ganzen Bandbreite: religiös und säkular, traditionell und modern, kulturell und sozial engagiert. Dieses jüdische Leben muss sich sicher und sichtbar entfalten können.

Gerade vor dem Hintergrund eines fortbestehenden und teils zunehmenden Antisemitismus ist Sichtbarkeit von besonderer Bedeutung. Sie wirkt Vorurteilen entgegen, stärkt das gesellschaftliche Bewusstsein und fördert Begegnungen, die Verständnis und Vertrauen ermöglichen. Sichtbares jüdisches Leben widerspricht eindimensionalen Bildern und trägt dazu bei, jüdische Perspektiven als integralen Bestandteil unserer Gesellschaft wahrzunehmen. Dabei geht es nicht allein um Erinnerungskultur, sondern ebenso um Gegenwart und Zukunft jüdischen Lebens.

Ziel ist es, ein Klima zu schaffen, in dem jüdische Menschen ihre Identität frei leben können und Vielfalt als Bereicherung wahrgenommen wird. Dass Jüdinnen und Juden aus Angst ihre Identität verstecken müssen, kein Hebräisch mehr sprechen und jüdische Einrichtungen Ziel von Anschlägen sind, darf nicht zur Normalität werden. Sichtbarkeit ist nicht nur Ausdruck von Anerkennung, sondern auch ein zentraler Bestandteil einer offenen, demokratischen und diversen Gesellschaft.

Dass es nach dem Holocaust wieder so ein vielfältiges und selbstbewusstes jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen gibt, kann nicht als Selbstverständlichkeit angenommen werden. Bereits kurze Zeit nach Beendigung des 2. Weltkrieges entstanden im Frühjahr 1945 vielerorts Initiativen, jüdisches Leben in Deutschland wieder aufzubauen. Fast überall gingen diese von überlebenden deutschen Juden aus. So feierten im Berichtsjahr mehrere Verbände besondere Jubiläen.

75 Jahre Zentralrat der Juden

Am 19. Juli 1950 gründete sich der Zentralrat der Juden in Deutschland in Frankfurt am Main und feierte so im Berichtsjahr sein 75-jähriges Bestehen. Zuerst mehr als eine Anlaufstelle bei der Durchführung ihrer Ausreise gegründet, entwickelte sich der Zentralrat im Laufe der Jahrzehnte zur gesellschaftlichen, religiösen und politischen Vertretung jüdischen Lebens in Deutschland. Heute vertritt er rund 90.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland, organisiert in über 100 Gemeinden. Der Zentralrat „ist für die Jüdinnen und Juden aber mehr als ein Sprachrohr, sondern mit seinem großen Angebot auch ein Zuhause“, so Dr. Josef Schuster, der seit 2014 Präsident des Zentralrats ist.³⁶ Die Feierlichkeiten zum Jubiläum am 17. September fielen in eine Zeit, in der Israel mit Blick auf sein Vorgehen im Gazastreifen immer weiter in die Kritik geriet. Kurze Zeit zuvor hatte die Bundesregierung ein Teil-Embargo von Rüstungsexporten nach Israel eingeführt. Über diesen Schritt wurde eine breite Debatte geführt. An dem von Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Rede vor der Knesset 2008 geprägten Satz: „Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist [...] niemals verhandelbar“³⁷, wurde diskutiert, wie weit die Unterstützung Israels im Krieg gegen die Hamas im Gaza-Streifen gehen müsse, wenn man die „Staatsräson“ ernst nähme. Und ob diese auch mit einer Kritik am Vorgehen Israels im Einklang stünde. Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, ordnete es beim Festakt zum 75-jährigen Bestehen des Zentralrats wie folgt ein: „Aus gutem Grund heißt es ‚Staatsräson‘ und nicht ‚Regierungsräson‘. Deutschland muss für die Sicherheit Israels eintreten, unabhängig davon, wie der Regierungschef heißt.“³⁸ Auch Bundeskanzler Friedrich Merz unterstrich in seiner Ansprache die Freundschaft der beiden Staaten: „Ich möchte Ihnen deshalb (...) hier für meine Regierung das persönliche Versprechen geben, dass wir unermüdlich für die einzigartige, so kostbare Freundschaft mit Israel arbeiten – heute, morgen und übermorgen! Dabei dürfen wir nicht vergessen: Dissens in der Sache ist keine Illoyalität an unserer Freundschaft.“³⁹ Es ist demnach beides möglich, ein Eintreten für die Sicherheit und Existenz Israels, bei zeitgleicher Kritik am Vorgehen der Regierung. Es ist die Verpflichtung zum Schutz jüdischen Lebens und zur Verteidigung des Existenzrechts Israels – und zwar unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung einer israelischen Regierung.

80 Jahre Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein

Auch der Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nordrhein K.d.ö.R. feierte mit seinem 80-jährigen Bestehen ein besonderes Jubiläum. Der Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nordrhein ist ein Zusammenschluss von acht Gemeinden und mit knapp 15.000 Gemeindemitgliedern der größte Landesverband deutschlandweit.⁴⁰ Die Feierlichkeiten zum 80-jährigen Bestehen wurden im Landtag Nordrhein-Westfalen am 16. Dezember gemeinsam mit dem Entzünden der dritten Chanukka-Kerze begangen. Die Feierlichkeiten standen noch ganz im Zeichen des Anschlags auf das Chanukka-Fest am Bondi Beach in Sydney, bei dem 15 Menschen getötet

³⁶ Vgl. Zentralrat der Juden in Deutschland: 75 Jahre im Einsatz für Demokratie, Berlin 2025, online: <https://www.zentralratderjuden.de/presseerklaerungen/75-jahre-im-einsatz-fuer-demokratie/>

³⁷ Vgl. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel: Rede vor der Knesset am 18. März 2008 in Jerusalem, Bulletin 26-1, Berlin 2008, online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzlerin-dr-angela-merkel-796170>

³⁸ Vgl. Zeitzeichen: „Seismograph der Gesellschaft“. Der Zentralrat der Juden in Deutschland feiert sein 75-jähriges Bestehen, Berlin 2025, online: <https://zeitzeichen.net/node/12035>

³⁹ Vgl. Bundeskanzler Merz: Jüdisches Leben ist ein Teil von uns. Rede zu 75 Jahre Zentralrat der Juden in Deutschland, Berlin 2025, online: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/75-jahre-zentralrat-der-juden-2384862>

⁴⁰ Vgl. Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.: Wer wir sind, Düsseldorf 2026, online: <https://lvjgnr.de/wer-wir-sind>

wurden.⁴¹ Der Angriff auf friedlich feiernde Menschen zeigte einmal mehr die Gefahren, denen jüdisches Leben ausgesetzt ist. Gleichzeitig zeigte sich, nicht nur in der Chanukka-Feier im Landtag, die Resilienz des Judentums, und es wurde deutlich, dass Jüdinnen und Juden sich nicht verstecken und trotz aller Widrigkeiten das Chanukka Fest als Zeichen der Hoffnung feiern sollten. Es sprachen unter anderem Dr. Oded Horowitz, Landesverband Jüdischer Gemeinden Nordrhein, Vizepräsidentin Berivan Aymaz für den gastgebenden Landtag und Zwi Rappoport, Vertreter für die jüdischen Verbände in NRW. Die Gefahren für jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen, aber auch weltweit waren Thema bei der anschließenden Podiumsdiskussion, an der die Beauftragte gemeinsam mit Hanna Lea Pustilnik, Präsidentin des Jüdischen Studierendenverbands NRW, teilnahm. Rabbiner Shimon Lewin entzündete im Anschluss die Chanukkia.

Interview

mit Dr. Inna Goudz, Geschäftsführerin des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.



Foto: Ilja Kagan

Wie hat sich der Verband und die Aufgaben über die Jahre verändert?

Bei der Neugründung des Landesverbandes Nordrhein im November 1945 konnte man die Zukunft jüdischen Lebens in Deutschland langfristig nicht absehen. Nur sehr langsam und in geringen Zahlen kehrten die ersten DP's (Displaced Persons) nach Deutschland zurück. Eigentlich war ihr dauerhafter Verbleib in Deutschland in den meisten Fällen gar nicht vorgesehen. Man wollte weiter: nach Israel, USA, Australien etc. Bei der Gründung veröffentlichte der Landesverband in der ersten Ausgabe seines Gemeindeblatts für Nord-Rheinland und Westfalen im April 1946 einen Aufruf an jüdische Rückkehrer*innen, sich zu melden

und neu zu organisieren. Die Hauptaufgabe des Landesverbandes verstanden dessen Gründer und Vorsteher in der Wiederherstellung jüdischen Lebens in Deutschland. Unter Zuhilfenahme der Unterstützung seitens der britischen Besatzungsmacht setzten sich ausländische jüdische Organisationen für die Restitution von Eigentum jüdischer Privatpersonen sowie jüdischer Gemeinden ein, das von den Nationalsozialisten „arisiert“ worden war. Bundeskanzler Konrad Adenauer sah dies als eine moralische Verpflichtung der Deutschen angesichts des Zivilisationsbruchs der Schoah an. Nach der Einführung des Bundesentschädigungsgesetzes und der Klärung des Entschädigungsprozesses wurden die jüdischen Landesverbände zu rechtlichen Nachfolgern vernichteter jüdischer Gemeinden auf dem Gebiet des neu gegründeten Bundeslandes Nordrhein-Westfalen.

Vom Wiederaufbau entwickelte sich die Arbeit des Landesverbandes mit dem langsamen Wachsen der acht Gründungsgemeinden immer mehr zu einer unterstützenden Struktur. Der Landesverband ist heute das Ohr nach innen und das Sprachrohr nach außen. Als mitgliederstärkster jüdischer Verband bundesweit und in Nordrhein-Westfalen besteht heute die Hauptaufgabe im Einsatz für die Interessen jüdischer Gemeinden in Nordrhein sowie der Stärkung jüdischen Lebens in NRW.

⁴¹ Vgl. Die Zeit, Sprothen: Wer unser Zuhause kaputtmacht, fliegt raus, Sydney 2025, online: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2025-12/terroranschlag-bondi-beach-sydney-einwanderungsland-australien>

Was waren besondere Meilensteine?

Zu den zahlreichen Meilensteinen der 80-jährigen Geschichte des Landesverbandes zählen zwei, die ich besonders hervorheben würde.

Neben der Schaffung solider Gemeindestrukturen ist es sicherlich der Abschluss des ersten Staatsvertrags zwischen den jüdischen Landesverbänden und dem Land Nordrhein-Westfalen im Jahr 1992. Der heute mit dem nunmehr 6. Änderungsvertrag, unterzeichnet im April 2022, gültige Staatsvertrag gibt den jüdischen Gemeinden nicht nur die Sicherheit zur finanziellen Stabilität, sondern ist ein Versprechen der Politik, jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen zu schützen und stärken.

Ein anderer wesentlicher Meilenstein ist sicherlich die erfolgreiche Integration jüdischer Einwanderer*innen aus der ehemaligen Sowjetunion. Die seit 1990 ca. 100.000 eingewanderten Menschen wurden von den jüdischen Gemeinden aufgenommen. Sie halfen mit Rat und Tat bei der Ankunft und brachten ihnen darüber hinaus ihre jüdischen Wurzeln näher, die in der Sowjetunion weitestgehend vergessen waren. Die jüdischen Gemeinden sind im Zeitraum zwischen 1990 und 2004 zeitweise um 1000 % gewachsen und kamen oftmals an ihre räumlichen und personellen Grenzen. Gemessen am Einstieg in den Bildungs- und Arbeitsmarkt, Einbürgerung und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bzw. Selbstständigkeit, Spracherwerb und Wahlverhalten gilt die Integration jüdischer Einwanderer*innen heute als eine Erfolgsgeschichte.

Was sind aktuell die größten Herausforderungen?

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Viele Unsicherheiten, Krisen und Kriege begleiten unseren Alltag und stellen bewährte Überzeugungen auf den Prüfstand. Das betrifft auch Organisationen wie jüdische Gemeinden und Landesverbände.

Der 7. Oktober 2023 war für die jüdische Gemeinschaft weltweit ein Schockmoment, dessen Nachhall bis heute anhält. Angesichts des erstarkten Antisemitismus sind die Menschen verunsichert, ob man außerhalb Israels noch als Jüdin oder Jude leben kann. Nicht dass das sichtbare jüdische Leben in Deutschland, Europa, den USA oder Australien vorher unbeschwert gewesen wäre. Heute fragen sich unsere Gemeindemitglieder stärker, ob es sicher ist, die Kinder in eine jüdische Kita oder Schule zu schicken. Man fragt sich, ob man auf dem Weg zur Synagoge sicher ist. Der Besuch eines israelischen Restaurants kann leicht zu einem politischen Statement werden. An der Universität als jüdisch erkannt zu werden, kann heute zur Provokation deklariert werden, mit zahlreichen unangenehmen Konsequenzen.

Somit stehen die jüdischen Gemeinden vor zwei großen Herausforderungen: Auf der einen Seite ist es die Aufgabe der Gemeinden, gemeinsamen mit den Polizeibehörden die Sicherheit der Gemeindemitglieder zu gewährleisten und den Besuch des Gemeindezentrums oder der Einrichtungen zu ermöglichen und so sicher wie möglich zu gestalten. Auf der anderen Seite stehen wir vor der Aufgabe, unter diesen schwierigen Umständen die Gemeindemitglieder nicht zu verlieren und das Gemeindeleben weiterhin vital und ansprechend zu halten. Wenn man vor dem Besuch eines Gemeindeangebots, einer Lesung oder eines Konzerts die Schlagzeilen der Tageszeitung auf mögliche Vorfälle prüfen muss, die Demonstrationen oder sogar Angriffe nach sich ziehen könnten, dann ist ein normales Leben nach eigenen Interessen und Wünschen nicht möglich. Man ist schlicht in seiner persönlichen Freiheit eingeschränkt. Es ist an uns, gemeinsam mit Partner*innen aus der Politik und Gesellschaft dafür zu sorgen, dass das Gemeindeleben nicht zum Erliegen kommt und jüdische Menschen nicht diskriminiert werden.

Als Gesellschaft stellen wir uns angesichts der Herausforderungen unserer Zeit oft die Frage: In welcher Welt wollen wir eigentlich leben? Wie auch immer wir uns die Welt gemeinsam vorstellen, Antisemitismus und Antizionismus dürfen darin keinen Platz haben.

80 Jahre Jüdische Gemeinde Düsseldorf



Gäste der Feierlichkeiten zu 80 Jahre Jüdische Gemeinde Düsseldorf
Foto: Büro der Beauftragten

durch Brandstiftung von den Nationalsozialisten zerstört. Das Oberlandesgericht fungierte bis 1948 als „Provisorium“, bevor die jüdische Gemeinde 1958 mit dem Bau und der Einweihung der neuen Synagoge in der Zietenstraße wieder einen festen Standort erhielt. Zuvor hatte ein Betsaal in der Arnoldstraße ab 1948 als „Übergangslösung“ gedient.⁴² Auf der Feier sprachen nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts Dr. Werner Richter der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Dr. Oded Horowitz und der Oberbürgermeister Düsseldorfs Dr. Stephan Keller. Die Beauftragte würdigte in ihrer Ansprache die nach dem Ende des NS-Terrorregimes keineswegs selbstverständliche Entscheidung der Überlebenden, in Düsseldorf zu bleiben bzw. dorthin zurückzukehren. Sylvia Löhrmann unterstrich: „Wir sind froh und dankbar dafür, dass die Jüdische Gemeinde Düsseldorf 1945 wiederbegründet wurde und jüdisches Leben seither wieder seinen festen Platz in unserer Gesellschaft eingenommen hat. Jüdisches Leben in Deutschland und in Düsseldorf ist vielfältig, lebendig, stark.“

Auch die Jüdische Gemeinde Düsseldorf hatte im Berichtsjahr ein besonderes Jubiläum zu feiern, und so wurde im Plenarsaal des Oberlandesgerichts Düsseldorf das 80. Jubiläum der Wiederbegründung der Gemeinde nach dem Ende der NS-Diktatur feierlich begangen. Die Wahl der Räumlichkeiten war eine bewusste Anknüpfung an den ersten Gottesdienst, der von der neu begründeten Jüdischen Gemeinde Düsseldorf im gleichen Saal 1945 erstmalig wieder gefeiert werden konnte. Die 1904 an der Kasernenstraße errichtete Synagoge wurde in der Pogromnacht vom 8.–9. November 1938 verwüstet und

Jüdische Grundschule Dortmund



Ehrengäste der Eröffnung der jüdischen Grundschule in Dortmund
Foto: Foto am Ostentor/Adrian Chighelman

Zu jüdischem Leben gehört auch eine jüdische Infrastruktur. In Nordrhein-Westfalen gibt es fünf jüdische Kindergärten, drei jüdische Grundschulen und mit dem Albert-Einstein-Gymnasium eines von nur drei jüdischen Gymnasien in Deutschland. Im Berichtsjahr konnte mit der Einweihung der jüdischen Schule in Dortmund und der Einschulung der ersten 17 Schülerinnen und Schüler ein weiterer Meilenstein im Bereich der Bildungseinrichtungen gefeiert werden. Als einzige jüdische Schule deutschlandweit ist sie in kommunaler Trägerschaft. Bereits seit 1858 gab es in Dortmund eine öffentliche jüdische Volksschule, die zum 30. Juni 1942 – wie alle jüdischen Schulen

⁴² Vgl. Suchy, Knufinke: Synagogen in Düsseldorf. Von 1712 bis zur Gegenwart; in: Kleine Schriftenreihe der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf, Band 3, hrsg. vom Förderkreis der Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf e. V. und der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf, Düsseldorf 2013.

im Deutschen Reich – von den Nationalsozialisten geschlossen wurde. Zur Eröffnung machte Zwi Rappoport, Vorsitzender des Landesverbands der jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, deutlich: „Die heutige Wiedereröffnung steht also auf einem historischen Fundament, das aus Erinnerung und Verantwortung besteht. (...) Zugleich ist diese Schulgründung auch ein Zeugnis der Resilienz, der Widerstandskraft der Jüdischen Gemeinschaft Dortmund.“⁴³ Bei der (Wieder-) Eröffnung würdigte neben Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden, Oberbürgermeister Thomas Westphal, Ministerin Dorothee Feller auch die Beauftragte die Bedeutung für das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen. Die Beauftragte: „Dann ist das das Versprechen, dass jüdisches Leben mitten in unserer Stadt, in Deutschland, zu Hause ist, sicher ist und eine Zukunft hat. (...) Dieses Zukunftsversprechen bindet uns: Wir müssen dafür sorgen, dass es eingelöst wird.“

2.2.1 Jüdische Kultur

Neben den institutionellen Entwicklungen gibt es auch viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit der Sichtbarkeit jüdischen Lebens auseinandersetzen. Insbesondere das Festjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ hat dazu beigetragen und neue Impulse gegeben.



Musikerinnen und Musiker des Musikfestivals Shalom.Musik-Köln
Foto: Büro der Beauftragten

Seit 2021 gibt es das Festival „Shalom-Musik.Köln“, veranstaltet vom Kölner Forum für Kultur im Dialog e. V. gemeinsam mit der Synagogen-Gemeinde Köln. Alle zwei Jahre stellt das Musikfestival ein Programm von sakraler Tradition bis zu moderner Avantgarde auf die Beine. Viele Besucherinnen und Besucher kommen hier zum ersten Mal mit jüdischer Musik in Berührung. Im Berichtsjahr fand zum ersten Mal ein Konzertabend des Festivals in der Vertretung des Landes beim Bund in Berlin statt. Die Gäste aus Politik, Kultur und Zivilgesellschaft wurden mit Musik „vom Schofar bis zum Chanson“ auf eine Reise durch zwei Jahrtausende jüdischer Musikgeschichte mitgenommen. In den Grußworten von Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Minister Nathanael Liminski verschränkten sich Gegenwartspolitik, persönliche Erfahrungen und die Kraft der Kultur. Die Beauftragte würdigte in ihrem Impulsbeitrag: „Gerade in einer Zeit, in der antisemitische Stimmen wieder lauter werden, in der Anfeindungen und Ausgrenzung jüdischen Lebens – insbesondere in Kunst und Kultur – zunehmen, ist es wichtig, solche Abende bewusst zu gestalten. Das Judentum war und ist konstitutiv für

⁴³ Vgl. Jüdisches Echo Westfalen: Jüdische Schule - 2025 special, hrsg. vom Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe, Dortmund 2025.

Deutschland. Aber viele Menschen wissen gar nicht, wie sehr Jüdinnen und Juden unsere Gesellschaft, Kultur und Wissenschaft, Politik, unsere gesamte Geschichte mitgeprägt haben. Die Bedeutung, die das Judentum für unsere Geschichte, für unsere Gegenwart und auch für unsere Zukunft hat, müssen wir stärker sichtbar machen.“

Interview

mit Claudia Hessel, Vorstandsvorsitzende, Kölner Forum für Kultur im Dialog e. V.



Foto: Kölner Forum für Kultur im Dialog e. V.

Was hat Sie dazu bewegt, das Musikfestival zu starten?

SHALOM-MUSIK.KOELN ist aus der Überzeugung entstanden, dass jüdisches Leben in Köln nicht nur erinnert, geschützt und erklärt werden muss, sondern auch hörbar, sichtbar und selbstverständlich präsent sein sollte.

Köln hat eine der ältesten jüdischen Geschichten nördlich der Alpen. Gleichzeitig wird jüdische Kultur in der öffentlichen Wahrnehmung häufig auf Erinnerung, Verfolgung und Antisemitismus reduziert. Diese Themen sind unverzichtbar. Aber jüdisches Leben ist mehr: Es ist Gegenwart, Kreativität, Humor, Spiritualität, Streitkultur, Musik, Sprache und Vielfalt.

Musik kann etwas, was politische Appelle oft nicht erreichen. Sie öffnet Räume, bevor Menschen in Zustimmung oder Abwehr gehen. Sie berührt unmittelbar. Deshalb wollten wir ein Festival schaffen, das jüdische Musik nicht als Nischenthema präsentiert, sondern mitten in die Stadt trägt – in Konzertsäle, Kirchen, die Synagoge, öffentliche Räume und niedrigschwellige Formate.

Warum ist Ihnen das Musikfestival so wichtig?

Mir ist SHALOM-MUSIK.KOELN wichtig, weil Antisemitismus nicht nur durch Aufklärung und klare politische Haltung bekämpft wird, sondern auch dadurch, dass jüdisches Leben als lebendiger Teil unserer Gesellschaft erfahrbar wird.

Gerade nach dem 7. Oktober ist noch deutlicher geworden, wie verletzlich jüdisches Leben auch in Deutschland ist. Viele Jüdinnen und Juden erleben Bedrohung, Einsamkeit oder das Gefühl, sich ständig erklären zu müssen. Dem setzen wir ein kulturelles Zeichen entgegen: Wir laden nicht dazu ein, über jüdisches Leben zu sprechen, sondern ihm zuzuhören.

Das Motto des Festivals 2026 lautet deshalb „ZUHÖREN“. Es ist für uns mehr als ein künstlerischer Titel. Zuhören bedeutet, sich einzulassen, Zwischentöne wahrzunehmen, Geschichte nicht zu übertönen und Gegenwart ernst zu nehmen. In der jüdischen Tradition hat das Hören eine besondere Bedeutung. Für uns wird daraus eine Haltung: Wer zuhört, begegnet dem anderen nicht als Projektion, sondern als Mensch.

Welche Wirkung hat es in der Mehrheitsgesellschaft?

Das Festival erreicht viele Menschen, die vielleicht nicht zu einer klassischen Bildungsveranstaltung über Antisemitismus gehen würden. Sie kommen wegen eines Konzerts, eines besonderen Ortes, eines bekannten Künstlers oder aus Neugier – und begegnen dabei jüdischer Kultur auf eine offene, positive und zugleich ernsthafte Weise.

Genau darin liegt die Wirkung. SHALOM-MUSIK.KOELN baut Schwellen ab. Es zeigt jüdische Musik nicht als etwas Fremdes, sondern als Teil unserer gemeinsamen Stadt- und Kulturgeschichte. Es macht deutlich: Jüdisches Leben gehört nicht an den Rand gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, sondern in die Mitte.

Natürlich ersetzt ein Musikfestival keine Sicherheitskonzepte, keine politische Bildung und keine konsequente Bekämpfung von Antisemitismus. Aber es kann etwas Entscheidendes beitragen: Nähe herstellen. Menschen hören zu, stellen Fragen, entdecken Zusammenhänge, erleben jüdische Künstlerinnen und Künstler als selbstverständliche Stimmen unserer Gegenwart.

Für mich ist das eine Form von kultureller Zivilgesellschaft: nicht laut, nicht belehrend, aber wirksam. SHALOM-MUSIK.KOELN schafft Begegnung und Begegnung ist eine der stärksten Antworten auf Ausgrenzung.



Künstlerin und Künstler der jüdischen Zeitreise
Foto: Büro der Beauftragten

Auf eine „Jüdische Zeitreise durch den kölschen Fastelovend“ nahm der Karnevalsverein Kölsche Kippa Köpp von 2017 e. V. die Gäste in der Vertretung des Landes NRW in Berlin mit. Moderiert von Aaron Knappstein und Volker Scholz-Goldenberg präsentierten Schauspielerinnen Susanne Kamp und Schauspieler Michael Klevenhaus musikalisch begleitet vom Kölner Ensemble Schängs Schmölzje Lieder, Texte und Lebensläufe jüdischer Karnevalsstars. Die Veranstaltung machte deutlich, wie sehr Jüdinnen und Juden Ende des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als Künstler und Künstlerinnen beliebt, in den Vereinen sehr aktiv und fest in die

Karnevalstraditionen und Karnevalsfamilie der Stadt Köln integriert waren. Die Beauftragte wies in ihrer Rede auf das jähe Ende hin, das diese karnevalistischen Aktivitäten mit Beginn der Verfolgung von Jüdinnen und Juden durch das NS-Terrorregime fanden, und unterstrich die Notwendigkeit, sich dies gerade wenige Tage vor dem 9. November zu vergegenwärtigen. Sie betonte, wie bedeutend es sei, dass es heute wieder einen jüdischen Karnevalsverein gibt.

Für Sichtbarkeit jüdischer Kultur setzen sich auch die „Jüdischen Kulturtage Bielefeld“ sowie die Jüdischen Kulturtage Rhein-Ruhr ein. Ziel der Kulturtage ist es, dazu beizutragen, jüdisches Leben sichtbar zu machen, Vorurteile abzubauen und Begegnungen auf Augenhöhe zu ermöglichen.

Zum vierten Mal fanden 2025 die „Jüdischen Kulturtage Bielefeld“ statt, die mit einer Vielzahl von Veranstaltungen zwei Monate lang in Ausstellungen, Konzerten, Lesungen, Führungen, Vorträgen

und mit Workshops die Vielfalt jüdischen Lebens in Bielefeld zeigten.⁴⁴ Den Auftakt bildete die Vernissage zu der von Myriam Halberstam kuratierten Cartoon-Ausstellung „Antisemitismus für Anfänger“,⁴⁵ die mit Cartoons und Texten unter dem Brennglas des Humors eine Momentaufnahme des heutigen Antisemitismus präsentiert. In Gegenwart von Myriam Halberstam betonte Sylvia Löhrmann in ihrer Ansprache, wie ermutigend es sei, dass sich in Bielefeld eine breite Allianz von Bürgerinnen und Bürgern zusammenfand, um dem aktuellen Antisemitismus mit vielfältigen Formaten entgegenzutreten und zu zeigen, „dass jüdische Kultur zum Bielefelder Leben gehört.“

Die Jüdischen Kulturtage Rhein-Ruhr sind ein Kunst- und Kulturfestival in den Regionen Rheinland, Ruhrgebiet und Bergisches Land. Die acht regionalen jüdischen Gemeinden gestalten gemeinsam mit großen und kleinen Kulturinstitutionen und zahlreichen Partnerorganisationen ein reichhaltiges und spannendes Programm, das die Vielfalt jüdischer Kultur in Vergangenheit und Gegenwart eindrucksvoll widerspiegelt. Sie fanden 2025 bereits zum sechsten Mal statt. Mit einem breiten Spektrum an Veranstaltungen – darunter Konzerte unterschiedlichster Musikrichtungen, Theater- und Tanzaufführungen, Ausstellungen, Filmreihen sowie Lesungen und Diskussionsformate – schafften sie vielfältige Zugänge für ein breites Publikum. Auch kulinarische Angebote und interaktive Formate luden dazu ein, jüdische Traditionen und Alltagskultur unmittelbar zu erleben.

2.3 Erinnerungskultur

Erinnerung ist ein Bestandteil unserer Identität – unserer eigenen und auch der unserer Gesellschaft insgesamt. Und das muss sie auch bleiben. Denn sie prägt, wie wir die Vergangenheit wahrnehmen und wie wir Gegenwart und Zukunft gestalten. Daher stellten auch die Erinnerungskultur und deren Weiterentwicklung erneut einen wichtigen Baustein in der Arbeit der Beauftragten dar.

Es gibt immer weniger Menschen, die noch aus ihren eigenen Kriegs- und Verfolgungserfahrungen während des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus erzählen können; Menschen, die ihre Lebens- und Leidensgeschichte teilen können. In den vergangenen Jahren haben insbesondere diese Überlebenden die Erinnerung weitergetragen, haben die Geschichte nicht nur in Fakten und Daten vermittelt, sondern auch emotional lebendig gemacht und sind daher häufig prägend. Es ist unsere Aufgabe, ihre Biographien und Schicksale mit neuen Formaten zu bewahren, zugänglich zu machen und weiterzutragen.

Im Berichtsjahr sind wieder wichtige Stimmen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen für immer verstummt – aber ihre Botschaften dauern fort: Tamar Dreifuss, der zusammen mit ihrer Mutter die Flucht aus dem Durchgangslager Tauroggen gelang und die 2022 eine beeindruckende Rede im Landtag Nordrhein-Westfalen hielt; Margot Friedländer, die Theresienstadt überlebte und eine der bekanntesten Stimmen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen war; sowie viele mehr. Auch Ruth Weiss ist im Berichtsjahr verstorben.

⁴⁴ Weitere Informationen zu den Jüdischen Kulturtagen Bielefeld sowie zur Unterstützung der Vereinsarbeit finden Sie unter: <https://www.juedische-kulturtage-bielefeld.de/>

⁴⁵ Nähere Informationen zur Cartoon-Ausstellung „Antisemitismus für Anfänger“ erfahren Sie im Interview von Ausstellungskuratorin und Herausgeberin Myriam Halberstam im Gespräch mit dem Deutschlandfunk: <https://www.deutschlandfunk-kultur.de/geht-aufklaerung-mit-humor-ausstellung-antisemitismus-fuer-anfaenger-dlf-kultur-c3c233b4-100.html>



Foto: Zentrum für Verfolgte Künste/Solingen

Stellvertretend für die Wertschätzung gegenüber allen Zeitzeugen würdigt die Beauftragte in einem persönlichen Nachruf das Wirken ihrer langjährigen Freundin, Journalistin und Menschenrechtlerin.

Die Jahrhundert-Zeitzeugin und Holocaust-Überlebende Ruth Weiss lebt nicht mehr, sie ist am 5. September 2025 im hohen Alter von 101 Jahren verstorben. Ruth Weiss war eine Brückenbauerin zwischen Kulturen, Zeiten und Kontinenten und eine starke Stimme für Demokratie und universelle Menschenrechte. Vielen Menschen in NRW dürfte sie, die einige Zeit auch in NRW gelebt und gearbeitet hat, durch ihre vielfältigen Aktivitäten auch in unserem Bundesland in Erinnerung sein und bleiben: unzählige Besuche und Lesungen – in Schulen, Museen oder auch JVA's.

Geboren wurde sie als Ruth Löwenthal am 26. Juli 1924 in Fürth in einer jüdischen Familie

und beschrieb ihre Kindheit stets als glücklich im „fränkischen Jerusalem“. Acht Jahre war Ruth alt, als die Nazis an die Macht kamen.

Und ihre Situation veränderte sich von einem Tag auf den anderen. Sie wurde gemieden, im Unterricht nicht mehr aufgerufen, und ihre Schwester wurde mit Dreck beworfen. Aufgrund der rassistischen NS-Politik verlor ihr Vater Anfang 1933 seinen Arbeitsplatz in der Spielzeugbranche und entschloss sich, Deutschland zu verlassen.

Mit Hilfe von Verwandten gelang ihm noch im selben Jahr die Auswanderung nach Südafrika. Seine Frau und die beiden Töchter, darunter die damals elfjährige Ruth, erreichten 1936 Johannesburg – auf dem letzten Schiff mit jüdischen Geflüchteten, das in Südafrika anlegen durfte. Erst nach Kriegsende erfuhren sie von der Ermordung ihrer Verwandten durch die Nationalsozialisten.

In Südafrika erlebte Ruth das Apartheidsregime, gegen das sie sich später engagierte. In ihrem Kampf lernte sie viele Freiheitskämpferinnen und -kämpfer, darunter auch Nelson Mandela, kennen. Den in Südafrika erlebten Rassismus gegenüber schwarzen Menschen und ihre eigene Diskriminierung als Jüdin beschäftigten sie ihr gesamtes Leben, waren Impuls und Thema ihrer journalistischen Arbeit und prägten zugleich ihre schriftstellerische Tätigkeit sowie ihr ehrenamtliches Engagement.

„Ich lernte, dass Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit keine Grenzen kennen, dass dies ein Unrecht ist, das überall zu bekämpfen ist“, so Ruth Weiss am 29. Januar 2023 in ihrer Rede im Landtag Nordrhein-Westfalen anlässlich des Holocaust-Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus.⁴⁶

⁴⁶ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: Veranstaltung zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, Düsseldorf 2025, online: <https://www.landtag.nrw.de/home/mediathek/video.html?kid=335b3558-8e9e-4cec-9469-0000002193C8>

Ihre Waffe sei das Wort, betonte sie stets und hat ihr Leben und ihre Mission in ihrem letzten Buch „Erinnern heißt handeln. Mein Jahrhundertleben für Demokratie und Menschlichkeit“ noch einmal eindrucksvoll beschrieben. Gern bin ich Ruths Wunsch gefolgt, ein Vorwort zu ihrem Wirken und ihrer Persönlichkeit beizusteuern.

Ruth Weiss' Leben ist ein Beispiel für Zivilcourage, Widerstand gegen Rassismus und die Bedeutung von Bildung. Ihre Erfahrungen – zuerst in Nazi-Deutschland, dann im südlichen Afrika – und ihr lebenslanges, unermüdliches Engagement gegen Apartheid und Antisemitismus machten sie zu einer einzigartigen, wirkmächtigen Zeitzeugin mit globaler Perspektive.

Sie erhielt für ihr Engagement gegen Rassismus und Diskriminierung sowie für ihre journalistische Berichterstattung über die Unabhängigkeitsbewegungen des südlichen Afrikas zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Große Bundesverdienstkreuz und den südafrikanischen Nationalorden Grand Companion of O.R. Tambo aus den Händen von Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa.

Am 5. September starb Ruth Weiss nach einem langen, erfüllten und ereignisreichen Leben voller Tat- und Schaffenskraft im Alter von 101 Jahren im dänischen Aalborg.

Am 15. September 2025 wurde sie auf dem jüdischen Friedhof in Münster bestattet. Ihre Familie und zahlreiche Freundinnen und Freunde – mich inbegriffen – begleiteten sie auf ihrem letzten Weg. Auch der Botschafter Südafrikas in Deutschland, S.E. Stone Sizanider, erwies ihr die letzte Ehre.

Ich bin sehr dankbar, Ruth gekannt zu haben. Ihr Leben und ihr Wirken bleiben Auftrag, für eine menschliche gerechte Zukunft einzutreten.



Empfang der Yad Vashem Delegation durch
Landtagspräsident Kuper
Foto: Land NRW

Die Herausforderung besteht darin, die Erinnerungskultur so zu gestalten, dass sie auch ohne die direkten Berichte der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gerade junge Menschen erreicht. Traditionelle Vermittlungsformen sind wichtig, reichen aber oft nicht aus, um das Interesse nachhaltig zu wecken. Um die Erinnerungskultur lebendig zu halten, müssen digitale Medien stärker einbezogen werden.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust bleibt eine dauerhafte Verantwortung unseres Landes und ein zentrales Thema der politisch-historischen Bildung.

Nordrhein-Westfalen hat sich daher auch

als Standort für ein Yad Vashem Education Center, das erste außerhalb Israels, beworben. Im Ergebnis hat sich Yad Vashem für München als Standort, mit einer Zweigstelle in Leipzig, entschieden. Auch wenn das Bildungszentrum seinen Hauptsitz nicht in Nordrhein-Westfalen haben wird, unterstützt die Landesregierung Yad Vashem als verlässlicher Partner bei der geplanten bundesweiten Ausrichtung der Bildungsarbeit. Es ist die Erwartung aller Beteiligten, dass alle Bundesländer von der Arbeit des Standort-Landes profitieren und beim Aufbau gleich Satelliten mitgedacht werden sollen. Essenziell ist die Zusammenarbeit mit lokalen Partnern. Des Weiteren soll das Center über die Bundeslandgrenze hinausstrahlen; auf lange Sicht auch über die Landesgrenzen hinaus. Auch für das Begleitgremium sollen deutschlandweite „Stakeholder“

mitgedacht werden. Im Berichtsjahr fand der erste Delegationsbesuch aus Yad Vashem unter maßgeblicher Beteiligung des Büros der Beauftragten statt. An dieser Stelle sei das große Engagement der beteiligten Städte, jüdischen Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Akteuren und der gesamten Landesregierung unter Federführung von Minister und Chef der Staatskanzlei Liminski hervorgehoben. Bei dem Besuch ging es neben dem Besuch der potenziellen Standortoptionen insbesondere um den Austausch zu und mit den schon heute bestehenden Netzwerken und Ansätzen der historisch-politischen Bildung. Die Delegation zeigte sich beeindruckt von dem breiten und vielfältigen Engagement, das es diesbezüglich in Nordrhein-Westfalen gibt – „It’s too good to be true!“ – war einer der wertschätzenden Kommentare der Delegation.

Gedenkstätten(besuche)



Verteilung der Mahn- und Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat mit seinen 32 Mahn- und Gedenkstätten, die im Arbeitskreis NS-Gedenkstätten und -Erinnerungsorte in NRW vertreten sind, Einrichtungen, die einen wertvollen Beitrag leisten und unschätzbare Arbeit verrichten. Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind über das ganze Landesgebiet verteilt und in ihren Ausrichtungen und Angeboten vielfältig. Im Berichtsjahr haben dem Arbeitskreis zufolge mindestens 96.679 Schülerinnen und Schüler – sowohl im Rahmen geförderter als auch ungeförderter Fahrten – eine Gedenkstätte des Arbeitskreises besucht. Dazu kommen noch Besuchende außerhalb des schulischen Kontextes. Dies zeigt, wie gut die Arbeit der Gedenkstätten angenommen wird. Die Beauftragte unterstützt ausdrücklich das Ziel der Landesregierung, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal in der Schulzeit die Möglichkeit erhält, eine Gedenkstätte zu besuchen.

Die Beauftragte besuchte im Berichtsjahr viele Gedenkstätten, um sich über deren Arbeit zu informieren. In der **Gedenkstätte Abtei Brauweiler** wurde beispielsweise ein inklusiver Media-Guide-Rundgang eröffnet. Besonders beeindruckend war der Weg zur Erstellung: Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen 2024/2025 der LVR-Donatus-Schule und der Förderschule an der Jahnstraße aus Brauweiler haben sich mit der NS-Geschichte der Arbeitsanstalt auf dem

Abteigelände beschäftigt. Gemeinsam mit dem Team der Gedenkstätte und der Inklusionsexpertin Isabel Gennen-Mücke erarbeiteten die Schülerinnen und Schüler die Inhalte für den inklusiven Media-Guide. Danach verfassten sie die Texte und sprachen sie ein. Das Skript wurde nach den Richtlinien von Inclusion Europe zertifiziert. Dieses neue Angebot spricht besonders Menschen mit Leseschwäche und kognitiven Beeinträchtigungen an. Es eignet sich aber auch für Besucherinnen und Besucher, die Deutsch lernen, sowie für sehbehinderte Menschen. Bei der Eröffnung des Rundgangs war die Selbstwirksamkeit der Schülerinnen und Schüler spürbar. Sie reflektierten selbst über die Zeit des Nationalsozialismus und darüber, was es in der heutigen Zeit für Menschen mit Inklusionsbedarf bedeuten würde, wenn die Nationalsozialisten weiterhin an der Macht wären.



Schülervortrag zum Projekt #WeRememberEifel
Foto: Büro der Beauftragten

Bei einem Besuch in der **NS-Gedenkstätte Vogelsang** würdigte die Beauftragte die Ausstellung #WeRememberEifel. Sie ist ein regionales, von einer breiten lokalen Allianz getragenes Erinnerungsprojekt und ein innovatives Beispiel für lokale Erinnerungs- und Gedenkkultur. #WeRememberEifel ist den Lebensgeschichten der jüdischen Bürgerinnen und Bürger gewidmet, die in der Region um den Internationalen Platz Vogelsang in den Orten Gemünd, Kall und Hellenthal zu Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden. Die Biografien wurden von Schülerinnen und Schülern recherchiert, die im Rahmen der Ausstellungseröffnung die Ergebnisse ihrer

Projektarbeit vorstellten und projektbegleitend sowie bei der Ausstellungseröffnung von ihrem engagierten Lehrerinnenteam unterstützt wurden. Die Beauftragte betonte in ihrer Rede zur Eröffnung der Ausstellung, dass man aus der Vergangenheit für die Gegenwart und die Zukunft lernen könne: „Wir haben keine Schuld, aber wir tragen Verantwortung. Die Jugendlichen haben die Geschichte von Familien erforscht, die ganz selbstverständlich in der Region gelebt haben und nur wegen ihres Glaubens verfolgt und ermordet wurden.“

Gedenktage

Im Berichtsjahr jährte sich die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 zum 80. Mal. Der 27. Januar ist seit 1996 offizieller Gedenktag, an dem unter anderem eine offizielle Gedenkstunde des Landtags und der Landesregierung stattfindet. Diese Gedenkstunde fand im Ständehaus in Düsseldorf statt. Landtagspräsident Kuper und Ministerpräsident Wüst machten in ihren Ansprachen jeweils die Bedeutung der Weiterentwicklung der Erinnerungskultur deutlich und erinnerten an die Verantwortung, die jede und jeder Einzelne aus der Vergangenheit geerbt habe. Landtagspräsident Kuper betonte: „Wir erinnern an die Opfer der NS-Diktatur. Immer und immer wieder. Aussöhnung und Erinnerung sind bleibende Pflicht unseres Vaterlandes.“⁴⁷

⁴⁷ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus, Düsseldorf 2025, online: <https://www.landtag.nrw.de/home/mediathek/videoportal/veranstaltungen-und-ausstellungen/ns-gedenken-2025.html>



Die Beauftragte im Gespräch mit Familie Lewitan
Foto: Landtag NRW/Schälte

Die Beauftragte sprach zum Thema Erinnerungskultur und dem vererbten Trauma mit Ilana Lewitan und ihren beiden Töchtern Joëlle und Lea. Gemeinsam haben sie es sich zur Aufgabe gemacht, an die Geschichte ihres Vaters und Großvaters zu erinnern. Er hatte die Shoah überlebt, doch zeit seines Lebens nur in Fragmenten über das Erlebte gesprochen. Familie Lewitan reflektierte, wie sehr die Erfahrungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – ob ausgesprochen oder nicht – auch die nachfolgenden

Generationen in den Familien prägen. Sie gaben ein eindrückliches Plädoyer dafür, sich immer wieder mit der Geschichte auseinanderzusetzen. Es sei nicht immer einfach, aber unbedingt notwendig. Es sei Erinnerungsarbeit und keine Erinnerungskultur, denn es sei manchmal anstrengend und etwas Aktives, was man tun müsse, und nichts Passives, was man nur konsumiere. Gleichzeitig betonten die Enkelinnen, wie wichtig es sei, dass sie als lebendige Jüdinnen wahrgenommen werden – dass sie mehr seien als die Geschichte.

Auch am 9. und 10. November, rund um den Tag der Reichspogromnacht 1938, wird in vielen Kommunen in Gedenkveranstaltungen an die Gräueltaten des Nationalsozialismus erinnert. Die Beauftragte nahm an fünf Veranstaltungen teil, die alle unterschiedlich gestaltet waren, alle auf ihre Weise besonders und würdig. An vielen Gedenkveranstaltungen waren Schülerinnen und Schüler aktiv beteiligt.

In **Gladbeck** wurde an der Stele am Mahnmal des zur Gedenkstätte umgewidmeten ehemaligen Kriegerdenkmals der Opfer von Krieg und Faschismus gedacht. Nach Reden der Gladbecker Bürgermeisterin Bettina Weist und der Beauftragten sprach der Vorbeter der Jüdischen Gemeinde Gelsenkirchen ein abschließendes Gebet. Musikalisch eingerahmt wurde die Gedenkveranstaltung vom Bläserensemble der Musikschule Gladbeck. Die Beauftragte mahnte in ihrer Ansprache: „Der 9. November 1938 markiert einen Wendepunkt in einem der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte und darf deshalb nie in Vergessenheit geraten.“

Am ehemaligen jüdischen Friedhof in **Nümbrecht** wurde die Gedenkfeier „Gegen das Vergessen und zur Mahnung!“ begangen. Die Beauftragte lobte in ihrer Rede das Nümbrechter Engagement gegen das Vergessen und forderte dazu auf, Haltung zu zeigen: „Dafür, dass die Geschichte sich nicht wiederholt und Jüdinnen und Juden wieder frei, sicher und ohne Angst in Deutschland leben können.“ Getragen wurde die Veranstaltung von einem breiten Bündnis aus Stadt und Vereinen. Schülerinnen und Schüler des Hollenberg-Gymnasiums Waldbröl begleiteten die Veranstaltung musikalisch und erklärten in ihren Wortbeiträgen eindrücklich, dass es nicht um Schuldgefühle, sondern um Verantwortung gehe und dass, wer die Vergangenheit vergesse, das Gespür für Unrecht in der Gegenwart verliere. Besonders bewegten die Worte von Michael Baer, dem Großneffen des Nümbrechter Holocaustüberlebenden Leo Baer, die Anwesenden.

In der evangelischen Salvatorkirche in **Windeck-Rosbach** fand die Gedenkstunde des Rhein-Sieg-Kreises statt, an der die Beauftragte auf Einladung von MdB Elisabeth Winkelmeier-Becker teilnahm. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Landrätin des Rhein-Sieg-Kreises Notburga Kunert richtete Elisabeth Winkelmeier-Becker das Wort an die anwesenden Bürgerinnen und Bürger, bevor die Beauftragte in ihrer Rede deutlich machte, dass „jüdisches Leben in Deutschland eine über 1700 Jahre währende Tradition hat und essenzieller Teil unserer Kultur und Geschichte in Deutschland ist“. Sie unterstrich, wie wichtig die Erinnerungskultur sei, um falschen Vorstellungen über die NS-Zeit und über den Holocaust gerade bei jungen Menschen entgegenzuwirken.



Ehrengäste der Gedenkstunde in Münster
Foto: Büro der Beauftragten

In **Münster** hielt die Beauftragte in der Synagoge der Jüdischen Gemeinde im Rahmen der Gedenkstunde einen Vortrag zum Thema „Vom Menschheitsverbrechen zum Zukunftsversprechen – dauerhafter Auftrag der demokratischen Mehrheitsgesellschaft“. Nach Worten des Vertreters der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, des Ehrenvorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Münster sowie des Regierungspräsidenten mahnte sie vor der gesamten Stadtgesellschaft in ihrer Rede: „Wenn wir in diesen Tagen an die schrecklichsten Jahre der deutschen Geschichte erinnern und uns die Gräueltaten des Menschheitsverbrechens der Shoa vergegenwärtigen, müssen wir dies mit einem an uns gerichteten Auftrag für die Zukunft tun. (...) Wir alle sind gefordert, aus dem Menschheitsverbrechen zu lernen und eine bessere Zukunft zu gestalten! Es liegt an uns, das Zukunftsversprechen Tag für Tag mit Leben zu füllen und einzulösen!“

In **Siegen** hielt die Beauftragte eine kurze Ansprache bei der Gedenkveranstaltung an dem Platz, an dem 1938 die Synagoge brannte. Geprägt wurde diese Veranstaltung durch die Teilnahme von vier Gästen des Partnerkreises Emek Hefer in Israel. Der Kreis Siegen-Wittgenstein organisiert Erwachsenen austausche zwischen den Kreisen. Zwar konnte der Austausch in den letzten Jahren nicht stattfinden, doch die Verbindung und die Solidarität mit den israelischen Gästen waren deutlich zu spüren. Auch Schülerinnen und Schüler gestalteten die Gedenkstunde mit.

Doch es sind nicht nur die offiziellen Gedenktage und -veranstaltungen, bei denen die Erinnerung an die Geschichte eingebunden werden sollte. Auch bei anderen Gelegenheiten können Veranstaltungen dazu genutzt werden, neue Zielgruppen zu erreichen. So wurde beispielsweise im Rahmen der FISU World University Games Rhein-Ruhr 2025 die Wanderausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“⁴⁸ im Grugapark Essen auf Initiative der Beauftragten gezeigt. Essen wurde als eine der zentralen Hauptspielstätten mit dem größten Publikumsaufkommen bewusst als Ausstellungsort ausgewählt, um möglichst viele der zahlreichen Besucherinnen und Besucher zu erreichen und so neue Zielgruppen zu gewinnen. Die Beauftragte betonte in ihrer Eröffnungsansprache: „Die Ausstellung mahnt uns, Ausgrenzung und Antisemitismus entschieden entgegenzutreten. Die Ausstellung erinnert nicht nur an vergangenes Unrecht, sondern schlägt den Bogen zur Gegenwart: Auch heute noch sehen sich jüdische und insbesondere israelische Athletinnen und Athleten weltweit Boykottaufrufen und sicherheitsbedingten Einschränkungen ausgesetzt.“ Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, unterstrich in ihrer Ansprache: „Wir stellen uns entschieden gegen

⁴⁸ Die Ausstellung „Zwischen Erfolg und Verfolgung – Jüdische Stars im deutschen Sport bis 1933 und danach“ ist ein Projekt des Zentrums deutsche Sportgeschichte e. V. in Kooperation mit wechselnden Partnerinstitutionen. Gefördert wird sie durch die DFB-Kulturstiftung, den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Die Ausstellung kann über die Homepage bei den Ausstellungsmachern angefragt werden: <https://juedische-sportstars.de/>

Antisemitismus, ob im Sport oder in allen anderen Bereichen unseres täglichen Miteinanders. Wir hier in Nordrhein-Westfalen sind Gastgeber, bei denen jüdische Sportlerinnen und Sportler uneingeschränkt willkommen sind.“



Mitwirkende der Veranstaltung „Gerettet – auf Zeit“

Foto: ©Alain Bienenstock

Eine besondere Ausstellung wurde in der Vertretung des Landes beim Bund sowie in der Vertretung des Landes bei der Europäischen Union gezeigt und jeweilig mit beeindruckenden Eröffnungsansprachen begleitet. „Gerettet – auf Zeit. Kindertransporte nach Belgien 1938/1939“ ist ein Projekt des Lern- und Gedenkorts Jawne in Köln. Sie widmete sich einem bislang wenig bekannten und deshalb umso wichtigeren Kapitel der NS-Zeit: den Kindertransporten nach Belgien in den Jahren 1938/1939, mit denen rund 1.000 jüdische Kinder über Aachen und Herbesthal zunächst vor der Verfolgung im Deutschen Reich entkommen konnten – bis die deutsche Besetzung Belgiens im Mai 1940 auch diesen Zufluchtsort zerstörte. In Brüssel wurde die Ausstellung in Kooperation mit der Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens vor einem zahlreichen internationalen Publikum feierlich eröffnet und damit in Zeiten wachsenden Antisemitismus ein wichtiges Zeichen für transnationale Bildungs- und Erinnerungsarbeit gesetzt. Die Beauftragte betonte in ihrer Begrüßungsansprache, dass man die Erinnerung wachhalten müsse, um daraus für die Zukunft zu lernen. Besonders eindrücklich und bewegend wurde die Veranstaltung durch das Gespräch sowie die Diskussion mit den Holocaustüberlebenden und Zeitzeugen Baronin Regina Sluszný-Suchowolski aus Antwerpen und Dr. Adolphe Nysenholz aus Brüssel, in denen beide über ihre Kindheitserfahrungen im Schatten von Flucht, Verstecken und dem Verlust der eigenen Familie sprachen und das erlittene persönliche Leid ebenso sichtbar machten wie den Mut derjenigen, die allen Widerständen zum Trotz halfen.

Mit dem Projekt „we, the six million“ wurde im Landtag eine besondere Ausstellung gezeigt, die auf Forschungsarbeiten von Studierenden basiert. Ziel der Ausstellung ist es nicht nur, quellenhistorisch zu arbeiten, sondern auch, mehr über das konkrete Leben der Opfergeneration und ihrer Nachfahren zu erfahren und dieses zu reflektieren. Die Reichspogromnacht bildet den historischen Orientierungspunkt der Ausstellung, die sich mit dem jüdischen Leben vor und nach der Shoa beschäftigt. Die Würdigung des persönlichen Lebens der Betroffenen, die Erläuterung der Lebensleistung und die Absicht zu zeigen, wie sie von ihrer Zeit geprägt wurden, sind Schwerpunkte der Ausstellung. Schülerinnen und Schüler sollen angeregt werden zu fragen, wie sie die Verbrechen der Nationalsozialisten im Hier und Heute erinnern und wie sie aus persönlicher Betroffenheit politische Konsequenzen ziehen. Die Beauftragte würdigte bei ihrer Ansprache zur Eröffnung: „Diese Ausstellung ist nicht dazu gedacht, einfach durch sie hindurchzugehen und sie zu betrachten. Sie soll zu Reflexion und Erinnerung anregen. (...) Durch Ausstellungen, Forschung, Schülerprojekte und Schulpartnerschaften fördert das Projekt Empathie, Verständnis

und ein Engagement für Gerechtigkeit und dient so als Modell für globale Shoah-Bildung. Das ist ermutigend.“ Seit dem Jahr 2021 fördert das Landesbüro Israel das Projekt „we, the six million“, das über eine Wanderausstellung zur Shoah Projekte und Partnerschaften zwischen nordrhein-westfälischen und israelischen Schulen initiiert und pflegt. Bei der Eröffnung der Ausstellung im Landtag waren Ayelet und Rona Epstein aus Israel anwesend. Die beiden Frauen haben das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Kfar Aza überlebt, aber fünf Familienmitglieder verloren. Darunter Netta Epstein (Sohn bzw. Bruder von Ayelet und Rona).

Interview

mit Janine Gielis, Projektleiterin „we, the six million“



Foto: Israel-Büro des Landes NRW

Was ist das Besondere an der Ausstellung „we, the six million“?

Das Besondere an „we, the six million“ ist der biografische Ansatz. Die Ausstellung spricht nicht über sechs Millionen Opfer als abstrakte Zahl, sondern erzählt die Lebensgeschichten konkreter Menschen. Im Mittelpunkt stehen jüdische Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen und ihre Lebenswege während und nach der Verfolgung durch das NS-Regime.

Die Ausstellung ist zugleich mehr als ein Erinnerungsprojekt. Sie verbindet historische Forschung, Bildungsarbeit und internationale Begegnung. Schülerinnen und Schüler arbeiten mit historischen Quellen, rekonstruieren Biografien und treten mit

Nachfahren der Verfolgten in Kontakt. So entsteht eine Form der Erinnerungskultur, die nicht nur Wissen vermittelt, sondern Empathie, Verantwortungsbewusstsein und demokratische Werte stärkt.

Besonders wichtig ist dabei die Verbindung zwischen Erinnerungskultur und Gegenwart. Über Schulpartnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel werden junge Menschen miteinander in Kontakt gebracht. Die historischen Biografien werden dadurch zu einem Ausgangspunkt für Begegnung, Dialog und gegenseitiges Verständnis.

Welche Schwierigkeiten sehen Sie in der Arbeit der Erinnerungskultur?

Eine der größten Herausforderungen besteht darin, Erinnerung für junge Menschen relevant und greifbar zu machen. Mit dem Tod der letzten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wächst die Gefahr, dass die Shoah als ein fernes historisches Ereignis wahrgenommen wird. Erinnerungskultur muss deshalb neue Wege finden, um persönliche Zugänge zu schaffen.

Gleichzeitig erleben wir eine Zeit, in der Informationen zunehmend über soziale Medien vermittelt werden. Dort verbreiten sich nicht nur Fakten, sondern auch Desinformation, Verschwörungserzählungen und antisemitische Stereotype oft mit hoher Geschwindigkeit. Viele junge Menschen begegnen diesen Inhalten täglich. Deshalb reicht es nicht aus, historische Fakten zu vermitteln. Erinnerungskultur muss deshalb kritisches Denken fördern und für die Folgen von Vorurteilen und Menschenfeindlichkeit sensibilisieren.

Persönliche Begegnungen und biografische Zugänge sind deshalb von besonderer Bedeutung. Wer Menschen und ihre Lebensgeschichten kennenlernt, entwickelt Verständnis, Empathie und

die Fähigkeit, stereotype Vorstellungen zu hinterfragen. Genau darin liegt eine zentrale Voraussetzung, um Vorurteilen und Antisemitismus wirksam entgegenzutreten.

Wie hat sich die Arbeit im deutsch-israelischen Austausch verändert?

Der 7. Oktober 2023 hat den deutsch-israelischen Austausch tiefgreifend verändert. Viele unserer Partnerinnen und Partner in Israel waren unmittelbar betroffen. In den ersten Monaten standen menschliche Verbundenheit, Zuhören und Solidarität im Vordergrund. Es ging darum, den Kontakt aufrechtzuerhalten, Anteilnahme zu zeigen und die Partnerinnen und Partner in Israel zu unterstützen.

Gleichzeitig wurde deutlich, wie wertvoll die über Jahre aufgebauten Beziehungen sind. Schulen in Nordrhein-Westfalen und Israel blieben trotz der schwierigen Situation miteinander verbunden und entwickelten neue Formen des Austauschs. Da persönliche Begegnungen zeitweise nicht möglich waren, entstanden zahlreiche digitale Projekte. Schülerinnen und Schüler kamen über Videokonferenzen miteinander ins Gespräch, diskutierten über ihre Lebenswelten, ihre Interessen, Zukunftswünsche und gesellschaftliche Themen.

Diese direkten Begegnungen sind ein wichtiger Beitrag zur Antisemitismusbekämpfung. Vorurteile entstehen häufig dort, wo Menschen einander nicht kennen und ihr Wissen ausschließlich aus Medien oder sozialen Netzwerken beziehen. Im direkten Austausch entdecken Jugendliche schnell gemeinsame Interessen und Lebensrealitäten. Sie begegnen einander nicht als abstrakte Gruppen, sondern als Menschen.

Gerade in Zeiten von Fake News, Polarisierung und zunehmendem Antisemitismus gewinnen solche Begegnungen an Bedeutung. Persönliche Kontakte schaffen Vertrauen, fördern Medienkompetenz und helfen dabei, stereotype Vorstellungen abzubauen. Aus diesem Grund verstehen wir den deutsch-israelischen Austausch nicht nur als Bildungsarbeit, sondern auch als aktiven Beitrag zur Demokratieförderung und zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Die Erfahrungen seit dem 7. Oktober 2023 haben gezeigt: Bildung, Begegnung und persönlicher Dialog schaffen dort Verständnis, wo Polarisierung und Vorurteile entstehen. Deshalb bleiben sie unverzichtbare Bausteine einer wirksamen Antisemitismusprävention.

2.4 Israel

Im Jahr 2025 setzte sich die in Deutschland nach dem 7. Oktober 2023 deutlich veränderte Diskurslage fort, die durch ein zunehmend verengtes und häufig stark vereinfachtes Israelbild, welches Israel vielfach ausschließlich als Kriegs- und Krisenstaat sah, geprägt war und weiterhin ist. Komplexe historische, politische und sicherheitspolitische Zusammenhänge wurden dabei auf einseitige Deutungen reduziert, und der Ausgangspunkt – der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober – sowie sicherheitspolitische Rahmenbedingungen wurden nur unzureichend oder gar nicht berücksichtigt. Die Verengung der öffentlichen Debatten begünstigte die Anschlussfähigkeit für israelbezogenen Antisemitismus. Differenzierungen zwischen legitimer Kritik an israelischer Politik und pauschalisierenden Zuschreibungen verschwammen zunehmend. In Deutschland lebende Jüdinnen und Juden wurden für die Politik Israels in Haftung genommen. „Israel“ wurde verstärkt zur Projektionsfläche für antisemitische Feindbilder, oft vermischt mit antiamerikanischen und antikolonialistischen Narrativen.

Besonders bis zum Waffenstillstand im 9. Oktober 2025⁴⁹ und der damit verbundenen Übergabe der über zwei Jahre von der Hamas gefangen gehaltenen Geiseln verdichtete sich der öffentliche Diskurs immer mehr. Das Vorgehen der Regierung Israels im Gazastreifen in Folge des Terrorangriffs der Hamas und die damit verbundenen Leiden der Zivilbevölkerung wurden international zusehends kritisiert.

Die Dynamik der anti-israelischen Demonstrationen verdeutlichte, dass politische Positionierungen im Kontext des Nahostkonflikts besonders anfällig für Polarisierung und Emotionalisierung sind. Vor diesem Hintergrund bleibt es eine zentrale Aufgabe, ein reflektiertes Verständnis von Israel in seiner ganzen Vielfalt zu fördern, antisemitische Verkürzungen klar zu benennen und Räume für sachliche, multiperspektivische Auseinandersetzungen zu stärken. Dieser Aufgabe stellte sich die Beauftragte mit mehreren Projekten und Initiativen.

2.4.1 60 Jahre deutsch-israelische diplomatische Beziehungen

Im Jahr 2025 jährt sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zum 60. Mal. Das Datum gilt als Meilenstein der Aussöhnung beider Länder nach dem Holocaust. Der Kontakt, der in den Anfängen noch von Misstrauen und Pragmatismus geprägt war, wuchs sich im Laufe der Jahrzehnte zu einer stabilen und engen Partnerschaft. Dass sich die Beziehungen so positiv entwickelt haben, kann nach dem Menschheitsverbrechen des Holocaust nicht als selbstverständlich angesehen werden.⁵⁰

Nordrhein-Westfalen hat bei dem Aufbau der Annäherung beider Länder nach dem Holocaust stets eine wichtige Rolle gespielt. Mit Leo Baeck, jüdischer Rabbiner und Gelehrter, hielt 1954 das erste Mal ein Holocaustüberlebender eine öffentliche Rede vor einem deutschen Parlament und dies im Ständehaus vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen. Die Israel-Mission, die alle zu klärenden Handels- und Finanzfragen im Rahmen des deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommens von 1952 bearbeitete, wurde in Köln angesiedelt. Ein Besuch junger Erwachsener aus Köln in Tel Aviv-Jaffa 1960 war Vorreiter der bilateralen Jugendbegegnungen.⁵¹ Die erste offizielle Städtepartnerschaft wurde 1977 zwischen Wuppertal und Beer Sheva gegründet. Nordrhein-Westfalen und Israel verbinden heute rund 30 Städtepartnerschaften sowie zahlreiche Partnerschaften und Kooperationen in Wissenschaft, Vereinen, Verbänden und Zivilgesellschaft. Rund 50 Schulpartnerschaften, zudem Jugendbegegnungen und Stipendienprogramme für Studierende spiegeln diesen engen Austausch wider.⁵²

Am 14. Mai 2025 wurden in einem Festakt im Landtag Nordrhein-Westfalen der israelische Unabhängigkeitstag in Zusammenhang mit 60 Jahre deutsch-israelischer diplomatische Beziehungen begangen. Landtagspräsident Kuper, Ministerpräsident Wüst sowie der Botschafter des Staates Israel Prosor würdigten in ihren Reden die besonderen Beziehungen der Länder. Die Bande, die beide Länder über viele Jahrzehnte geknüpft haben, haben zu zahlreichen Austauschen und Programmen geführt. Dem demokratischen Staat Israel ist Deutschland seitdem nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und wertegeleitet in Freundschaft verbunden. Landtagspräsident und Ministerpräsident machten in ihren Reden aber auch deutlich, dass unter

⁴⁹ Eine Zeitleiste über die Entwicklungen des Krieges finden Sie bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg unter <https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt>

⁵⁰ Deutscher Bundestag: Zur Entwicklung des deutsch-israelischen Verhältnisses, Berlin 2007, online: <https://www.bundestag.de/resource/blob/413374/c69b2623815ab47e3ca26992c6000916/WD-1-110-07-pdf.pdf>

⁵¹ Vgl. Land Nordrhein-Westfalen: Nordrhein-Westfalen feiert 50 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Israel und Deutschland, o. O. 2015, online: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/nordrhein-westfalen-feiert-50-jahre-diplomatische-beziehungen-zwischen-israel-und>

⁵² Weitere Informationen zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel finden Sie unter: <https://mbeim.nrw/buero-des-landes-israel/nordrhein-westfalen-und-israel-geschichte-einer-engen-freundschaft>.

Freunden auch Kritik ausgehalten werden müsse, und mahnten in den damaligen militärischen Auseinandersetzungen zur Einhaltung des Völkerrechts.⁵³ Gleichzeitig müsse aber auch klar sein, dass Kritik an der Regierung Israels nicht im Kontext von Antisemitismus geführt oder aber das Existenzrecht des Staates infrage gestellt werden dürfe.

Israel-Reise März 2025



v. l. Dr. Gil Yaron, Jeremy Issacharoff, Sylvia Löhrmann, Mark Speich Staatssekretär a. D., Bettina Meier
Foto: Noy Naftali

Nordrhein-Westfalen lebt die Verbindung zu Israel wie kaum ein anderes Bundesland. Im Jahr 2025 feiert das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel bereits sein 5-jähriges Bestehen, das in den vergangenen fünf Jahren viele Brücken zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel gebaut und die jahrzehntelange Freundschaft durch Projekte, Partnerschaften und persönliche Verbindungen weiter vertieft hat.⁵⁴ Gemeinsam mit Staatssekretär a. D. Dr. Mark Speich reiste die Beauftragte zum 5-jährigen Bestehen nach Israel, machte sich ein Bild von dem breit gefächerten Wirken des Landesbüros in Tel Aviv und hob seine be-

sondere Bedeutung auch als Ausdruck der Unterstützung und Solidarität des Landes Nordrhein-Westfalen mit Israel hervor. Der deutsche Botschafter Steffen Seibert würdigte das Engagements des Landes durch seine Teilnahme und sein Grußwort.



v. l. Sylvia Löhrmann, Eliad Moreh-Rosenberg
Foto: Büro der Beauftragten

Den Aufenthalt in Israel nutzte die Beauftragte ferner, an ihre Kontakte in Yad Vashem auch auf der Arbeitsebene anzuknüpfen. Eliad Moreh-Rosenberg, Kuratorin und Art Department Director, führte sie durch die beeindruckende Kunstsammlung. Mit Richelle Budd Caplan, Director, Global Initiatives Department, Zohar Neumann, Director Partnerships and Global Campaign Desk, sowie Dr. Noa McKayton, Director, Overseas Education and Training Department, warf sie einen Blick in das sich ständig erweiternde Archiv und tauschte sich über aktuelle Entwicklungen der Erinnerungskultur aus. Das Book of Names zu betrachten, ist ein besonderer Moment – legt es doch Zeugnis ab über jede einzelne Jüdin, jeden einzelnen in der Nazi-Diktatur ermordeten Juden.

⁵³ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: 60 Jahre deutsch-israelische Beziehungen, Düsseldorf 2025, online: https://www.landtag.nrw.de/home/aktuelles/meldungen-und-berichte/meldungen-berichte-und-informati/meldungen-und-berichte/2025/05/1605_israeldeutschlandbeziehungen.html

⁵⁴ Informationen zu der Arbeit und den Projekten des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel finden Sie unter: <https://www.land.nrw/pressemitteilung/fuenf-jahre-buero-des-landes-nordrhein-westfalen-tel-aviv>

Die veränderte Stimmung im Land nach dem 7. Oktober war überall spürbar: besonders eindrücklich im Gespräch mit Verantwortlichen für das Forum der Angehörigen der Geiseln und am Platz der Geiseln mitten in Tel Aviv.

Einen hoffnungsvollen Abschluss fand die Reise mit einem Besuch der gesamten Delegation in Haifa: Allen Verwerfungen zum Trotz wird hier das gemeinsame Zusammenleben gelebt und an der gemeinsamen Zukunft aller Religionen und Kulturen gearbeitet – nicht zuletzt durch den unermüdlichen Einsatz von Bürgermeister Yona Yahav.

Ausstellung

Wenn von den „Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel die Rede ist, dann wird es schnell staatstragend – oder schwarz-weiß. Doch Israel ist viel mehr als ein Kriegs- und Krisenstaat. Diese Vielfaltigkeit der israelischen Bevölkerung zu zeigen, war Anliegen einer Ausstellung, die von der Beauftragten initiiert wurde.



v. l. Minister Nathanael Liminski, Landtagspräsident André Kuper, Marcel Reif, Sylvia Löhrmann
Foto: Land NRW/Sondermann

Im Rahmen der Feierlichkeiten zu 60-Jahren deutsch-israelischer Beziehungen wurde die Ausstellung „Deutschland. Israel. Einblicke“⁵⁵ mit großem Erfolg im Landtag eröffnet. Die Ausstellung gibt Stimmen aus zwei vielfältigen Zivilgesellschaften wieder. Sie richtet den Blick auf die Lebenswelten von Israelis und Deutschen, die sich tatsächlich begegnen. In der Ausstellung füllen Menschen des öffentlichen Lebens etwas Abstraktes, nämlich die „Deutsch-Israelischen Beziehungen“, mit Leben. Die Ansichten sind so vielfältig wie die Menschen, die sie formulieren. Menschen, die jung oder alt sind, die sich politisch konservativ, progressiv oder ‚weder-noch‘ verorten, die verschiedene religiöse Zugehörigkeiten haben und die unterschiedliche Lebenserfahrungen mitbringen. Ihre Zitate zeugen von Zwischenmenschlichkeit und Emotionen, persönlichen Verbindungen und gemeinsamem Erleben.

Zur Eröffnung sprachen Landtagspräsident André Kuper, Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski und der Vorsitzende der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus Derviş Hızarcı. Als besonderen Gast konnte die Beauftragte den Sportjournalisten Marcel Reif begrüßen. Marcel Reif ist einer der porträtierten Persönlichkeiten der Ausstellung und erzählte im Gespräch mit der Beauftragten unter anderem über seine Kindheit in Tel Aviv und seine späteren (Familien-) Besuche in Israel. Gleichzeitig schaute er mit Sorge auf die Entwicklungen in Deutschland. Mit Blick auf jüdische Einrichtungen wie das Jüdische Museum Berlin konstatierte er: „Das ist wie Fort Knox gesichert. Wo sind wir denn? (...) Ich hätte gerne ein deutsches Leben, in dem jüdisches

⁵⁵ Die Ausstellung beruht auf dem Buch „Ich sehe was, was Du nicht siehst. Deutschland. Israel. Einblicke“ und kann unter <https://www.kiga-berlin.org/news/ich-sehe-was-was-du-nicht-siehst-deutschland-israel-einblicke/> kostenlos bestellt werden.

Leben der normalste Teil der Welt ist.“

Die Ausstellung „Deutschland.Israel.Einblicke“ kann kostenfrei über das Büro der Beauftragte ausgeliehen werden.⁵⁶

Interview

mit Dr. Alexandra Nocke, Kulturwissenschaftlerin und Kuratorin der Ausstellung „Deutschland.Israel.Einblicke“



Foto: Olaf Aue

Was wollen Sie mit dem Buch und der Ausstellung zeigen?

Der Ausgangspunkt war eine Beobachtung, die meine Kollegin Teresa Schäfer und ich über viele Jahre gemacht haben: Über die Verbindungen zwischen Deutschland und Israel wird viel gestritten, geschrieben und meinungsstark diskutiert — der Diskurs gleitet dabei immer wieder in bekannte Klischees und festgefahrene Positionen ab. Uns interessierte etwas anderes: die persönliche Ebene. Wir wollten verengte Sichtweisen aufbrechen, Widersprüchen Raum geben und die vielfältigen Beziehungen zwischen Israelis und Deutschen von einer überraschenden und persönlichen Seite beleuchten.

Zwischen 2017 und 2024 haben wir 35 Gespräche geführt — mit Künstler:innen, Diplomaten:innen, Journalist:innen, Aktivist:innen und anderen Persönlichkeiten, die beide Länder aus eigenem Erleben kennen. Wir stellten zwei offene Fragen: Woran denkst du, wenn du an Israel denkst? Und woran denkst du, wenn du an Deutschland denkst? Es stand allen frei, so persönlich, kreativ, politisch oder unpolitisch zu antworten, wie sie wollten. Das Buch entwickelte sich parallel zu Ereignissen von existenzieller Tragweite in beiden Ländern — Wahlen, Anschläge, Pandemie und der Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 mit dem darauffolgenden Gaza-Krieg.

Entstanden ist ein vielstimmiges Buch, das 2024 bei der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA e.V.) erschien und inzwischen in zweiter Auflage vorliegt. Was mich besonders freut: Es ist buchstäblich in den Raum gewachsen. Mit Unterstützung der Antisemitismusbeauftragten des Landes NRW, Sylvia Löhrmann, entstand eine Pop-up-Ausstellung gleichen Titels – kompakt, leicht aufzubauen, hochwertig gestaltet –, die anlässlich des 60. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Landtag eröffnet wurde und derzeit als Wanderausstellung durch Nordrhein-Westfalen tourt.

Gerade vor dem Hintergrund des 7. Oktober 2023 erscheint der Blick auf das Beziehungsgeflecht besonders notwendig. In einer Zeit, in der Debatten von Polarisierung geprägt sind, wollten wir Räume für Differenzierung schaffen — nicht vereinfachen, sondern vertiefen; nicht Lager bilden, sondern neue Perspektiven eröffnen.

Welche Aussagen haben Sie besonders berührt und auch überrascht?

Überrascht hat uns die Art der Antworten. Wir hatten erwartet, dass viele unserer Gesprächspartner:innen politisch oder analytisch antworten würden. Stattdessen sprachen sie über Gerüche und kulinarische Erinnerungen. Wehmut bei den Gedanken an Streuselkuchen und Maiskolben. Tiefe Verbundenheit mit Orten – dem Rhein, der Wüste, dem Wald, dem Meer in Tel

⁵⁶ Weitere Informationen zur Ausstellung finden Sie unter: <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/node/27>

Aviv. Entfremdung in zugezogenen Gardinen und grauem Wetter. Und – das persönliche Umfeld wurde Teil des Gesprächs: Wir waren bei unserer Arbeit umgeben von Haustieren, Skulpturen, Autoreparaturen – und mittendrin sprachen Menschen über Heimat, Verlust und Sehnsucht.

Diese „weichen Antworten“ haben mich tief berührt – individuelle Erfahrungen, Hoffnungen, Enttäuschungen. Interessanterweise taten sich viele bei den Antworten mit dem eigenen Land deutlich schwerer als mit dem anderen. Und manche meldeten sich noch Wochen nach unserem Gespräch mit weiteren Gedanken – das Interview hallte nach.

Was mich am meisten bewegt hat: wie viele Menschen von Sehnsucht sprachen. Nicht politisch, sondern ganz persönlich – nach dem anderen Land, nach einem Gespräch, das noch aussteht, nach einer Verbindung, die schwer zu benennen ist. Diese Gleichzeitigkeit von Nähe und Distanz, Bewunderung und Irritation, Herzlichkeit und Widerspruch – genau das macht die Gespräche so wertvoll. Oder um es mit Marcel Reif zu sagen: „Ich kann nicht eine einzelne Sache rausgreifen, ein Bild. Das ist Pollock. Und jeder Klecks ist wichtig.“

Welche Reaktionen haben Sie erhalten?

Die häufigste Rückmeldung: Buch und Ausstellung berühren. Viele Leser:innen sagen, das Projekt gebe ihnen Worte für etwas, das sie lange gefühlt, aber nicht benennen konnten. Die Vielfalt der Stimmen – und die Tatsache, dass keine davon eindeutig „richtig“ oder „falsch“ ist – ermutigt Menschen, ihre eigene Ambivalenz anzunehmen.

In Schulen und Bildungseinrichtungen erleben wir, dass Gespräche über die Ausstellung anders verlaufen als politische Diskussionen. Man muss sich nicht sofort positionieren. Es entsteht Raum für Zuhören, Nachfragen, Nachdenken. Es sind leisere Töne. Besucher:innen entdecken Positionen, denen sie zustimmen, andere, die sie irritieren, wieder andere, die sie zum Weiterdenken anregen.

Das ist vielleicht die schönste Reaktion: wenn Menschen die Ausstellung verlassen — nicht mit fertigen Antworten, sondern mit größerer Neugier, mehr Empathie und einem differenzierteren Blick auf Deutschland, Israel und die vielfältigen Verbindungen. Denn von Anfang an ging es uns darum zu zeigen: Die gelebten Beziehungen zwischen Israelis und Deutschen sind vielgestaltig und verschiedenartig. Nur eines sind sie nicht: schwarz-weiß.

Israelreise gemeinsam mit dem Landtagspräsidenten

Die Beauftragte begleitete den Präsidenten des nordrhein-westfälischen Landtags André Kuper vom 31. Oktober bis 3. November 2025 auf einer Delegationsreise nach Israel und in die palästinensischen Gebiete. Sie erfolgte auf Einladung des Staates Israel sowie von Angehörigen von Opfern und Geiseln des Terrorangriffs der Hamas vom 7. Oktober 2023. Einen besonderen Höhepunkt für die Delegation bildete nach dem Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem die Begegnung mit dem israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog. Bei seinem Besuch im Amtssitz des israelischen Staatspräsidenten in Jerusalem machte der Landtagspräsident deutlich: „Mit unserem Besuch zeigen wir: Nordrhein-Westfalen und sein Parlament stehen zur besonderen deutsch-israelischen Geschichte. Die Beziehungen unserer Länder sind unvergleichbar und unauflöslich.“⁵⁷ Beim Besuch des Reformationsgottesdienstes am 31. Oktober kam es in Jerusalem zu einem Eklat, als Bischof Sani Ibrahim Azar in seiner Predigt einseitig vom

⁵⁷ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen: Israelreise: Präsident übergibt Kunst und gedenkt Oper, Düsseldorf 2025, online: https://www.landtag.nrw.de/home/aktuelles/meldungen-und-berichte/meldungen-berichte-und-informati/meldungen-und-berichte/2025/10/3110_kuper-israel-reise.html

„Völkermord an den Palästinensern“ sprach, ohne den 7. Oktober 2023 auch nur zu nennen. Die Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Dr. Adelheid Ruck-Schröder, reagierte direkt in ihrem Grußwort, adressierte das Leid beider Seiten und stellte zugleich klar, dass es nicht angemessen sei, den Ausgangspunkt dieses Leides, den 7. Oktober 2023, unerwähnt zu lassen. Die Delegation ordnete den Vorfall ein und distanzierte sich in deutlichen Worten von den einseitigen Äußerungen des Bischofs.



v. l. Prof. Dr. Dr. h. c. Barabara Dauner-Lieb, Abraham Lehrer, Israels Staatspräsident Jitzhak Herzog, Landtagspräsident André Kuper, Sylvia Löhrmann.
Foto: Landtag NRW/Melanie Zanin

Die Delegation reiste auch in die palästinensischen Gebiete und besuchte das christliche Dorf Taybeh im Westjordanland, um sich dort in Gesprächen u. a. mit Geistlichen und dem Bürgermeister von Taybeh über die aktuelle Situation in den palästinensischen Gebieten im Kontext des Friedensprozesses zu informieren. Es folgte ein Austausch mit jungen Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und ein Besuch des Nova-Music-Festival-Gelände. Dieser Ort steht in besonderer Weise für das Grauen des 7. Oktober 2023, aber auch für die Resilienz der israelischen Gesellschaft: Überwiegend junge Menschen hatten sich zu einem friedlichen Musikfestival versammelt; sie wurden auf brutalste Weise angegriffen, gedemütigt, vergewaltigt, gefoltert, ermordet. Die Debatte, ob die Armee sie besser hätte schützen können und welche Versäumnisse der Regierung es gab, wird auch in Israel leidenschaftlich geführt. Unabhängig davon ist auf dem Gelände Zeugnis abgelegt über die mehr als 360 Opfer. Ihr Leben und der Glauben an eine friedliche Zukunft wird durch eine beeindruckende Kunstinstallation zum Ausdruck gebracht: *Anemones before the rain*.

Interview

mit André Kuper MdL, Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen



Landtagspräsident Kuper auf dem Gelände des Nova-Music Festivals
Foto: Landtag NRW/Melanie Zanin

Was ist das Besondere an den Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel?

Nordrhein-Westfalen ist das Land, in dem die Freundschaft zwischen unseren Ländern nach dem Krieg ihren Ausgangspunkt hat, seit Konrad Adenauer und David Ben Gurion, seit Johannes Rau und Teddy Kollek, seit Leo Baeck und Theodor Heuss. Wir sind das Land, in dem der Jüdische Nationalfonds seinen Sitz hat. Wir sind das Land, in dem die jüdische Zeitung von Lilly und Karl Marx gegründet wurde.

Daher stehen wir zu Israel, wie wir immer zu Israel gestanden haben. Denn unsere Beziehungen sind nicht nur politisch, sondern aus der Geschichte gewachsen. Wir haben als Deutsche eine historische Verantwortung für Israel. Die Singularität der

Shoah wird dieses Verhältnis auf ewig begleiten. Und ich sage ganz klar: Diese Verantwortung gehört zu unserem Selbstverständnis.

„Nie wieder“ ist ein Satz aus der Vergangenheit – aber er ist aktueller denn je. Denn wir erleben – auch hier in Nordrhein-Westfalen –, dass Antisemitismus sichtbar und aggressiver wird. Das ist für mich eine Warnung. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, wir dürfen nicht wegsehen. Jüdisches Leben zu schützen, das ist eine ganz konkrete Aufgabe.

Unsere Beziehungen mit Israel leben von konkreten Begegnungen. Von Menschen, die sich austauschen, voneinander lernen, Vertrauen aufbauen. Ich habe nach dem Terror der Hamas vom 7. Oktober gesagt: Unsere Solidarität mit Israel zeigt sich gerade dann, wenn es schwierig wird. Nicht nur in guten Zeiten, sondern gerade in Zeiten von Terror, von Angst und Verunsicherung. Und das spüren unsere Partner in Israel. Sie sehen die Solidarität Deutschlands. Auf meiner Reise habe ich das erlebt: bei Gesprächen mit Opfern der Hamas oder in den persönlichen Begegnungen mit israelischen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Beziehungen tragen – auch in Krisen.

Warum war es Ihnen wichtig, nach Israel und in die palästinensischen Gebiete zu reisen?

Ursprünglicher Ausgangspunkt war, dass ich Opfer des Hamas-Terrors im Landtag kennengelernt habe. Ihre Geschichte, ihre Stärke waren tief beeindruckend. Und ihre Einladung zum Gegenbesuch hat mich bewegt. Deswegen war die Reise für mich eine Herzensangelegenheit, aber auch in mehrfacher Hinsicht politisch bedeutend. Und außerdem wollten wir mit meiner Delegation zeigen, dass unsere Solidarität keine Floskel ist. Dass wir auch dann nach Israel reisen, wenn die Lage schwierig ist. Gerade dann. Ich habe vor Ort sehr deutlich gespürt: Das wird wahrgenommen – und das bedeutet den Menschen viel.

Und es ist auch wichtig, nicht nur aus der Distanz zu urteilen. Man kann viel analysieren, man kann Berichte lesen – aber die Wirklichkeit erschließt sich erst, wenn man mit Menschen spricht.

Und weiterhin war es mir wichtig, diese Reise gemeinsam zu machen – mit Vertreterinnen und Vertretern der drei Staatsgewalten, mit Kirche, Zivilgesellschaft. Das war ein starkes Zeichen: Wir

stehen als Gesellschaft zusammen.⁵⁸

Was ich aus vielen Gesprächen mitgenommen habe: Die Menschen in Israel erwarten keine einfachen Antworten. Aber sie erwarten, dass wir Haltung zeigen. Dass wir klar zwischen Terror und Selbstverteidigung unterscheiden. Und dass wir das Existenzrecht Israels nicht relativieren.

Gleichzeitig habe ich auch mit Menschen in den palästinensischen Gebieten gesprochen. Auch dort gibt es Leid, Unrecht und Angst. Es ist ein nun schon Jahrzehnte andauernder israelisch-palästinensischer Konflikt. Wir haben beide Seiten gehört. Und das auszuhalten – diese Ambivalenz –, das fällt nicht leicht. Ich habe nach der Reise gesagt: Wer einmal vor Ort war, spricht anders über diesen Konflikt. Klar in der deutschen Verantwortung und Haltung gegen Terror, aber auch nicht unkritisch in Bezug auf das Vorgehen der israelischen Regierung in der Region. Und gerade unter „Freunden“ muss Kritik oder Sorge dann auch aussprechbar sein.

Welche Momente der Reise bleiben Ihnen besonders in Erinnerung?

Am Beginn der Reise stand unser Besuch in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Es ist schwer auszuhalten, das unendliche jüdische Leid im Holocaust so deutlich vor Augen geführt zu bekommen.

Auch der Besuch am Gelände des Nova Music Festivals hat mich tief erschüttert. Wenn man dort steht, wenn man mit den schrecklichen Ereignissen vor Ort konfrontiert wird, auf den Gedenkstelen liest, wenn Menschen erzählen, wie Freunde, Kinder, Geschwister ermordet wurden – dann bekommt der Terror ein Gesicht. Das lässt mich nicht mehr los.

Der 7. Oktober 2023 ist kein abstraktes Ereignis. Es ist konkretes Leid. Und er hat das Land und die Menschen verändert. Die Anschläge sind eine Zäsur für das Selbstverständnis Israels.

Ich habe im Landtag Angehörige von Geiseln empfangen, während diese noch von der Hamas verschleppt waren. In unseren Gesprächen ging es um Hoffnung, Verzweiflung und internationale Unterstützung. Mich hat aber die Stärke beeindruckt, mit der die Menschen ihrem Schicksal begegnet sind. Und diese Haltung versteht man wiederum, wenn man nach Israel reist:

Die Menschen dort wissen, dass die Gründung des Staates Israel von Anfang an von vielen abgelehnt wurde. Der Existenzkampf Israels dauert bis heute an.

Aber ich habe eben auch die andere Seite gesehen: Menschen in den palästinensischen Gebieten, die von Gewalt berichten, von Übergriffen, von Angst um ihre Familien und ihre Zukunft. Auch das gehört zur Realität. Diese Widersprüche müssen wir aushalten. Dauerhafte Sicherheit wird es nur geben, wenn es gelingt, Wege des Dialogs mit den Nachbarn zu finden. Das gilt für die ganze Region. So schwer vorstellbar das im Moment auch scheint – am Ende kann es nur eine politische Lösung geben, die Perspektiven für alle Seiten eröffnet. Da macht es Mut, mit Menschen zu sprechen, die sich für diesen Dialog einsetzen. Auch die haben wir getroffen: Organisationen, die Sport-Events für jüdische und palästinensische Kinder anbieten, damit Vertrauen wächst. Oder die

⁵⁸ Begleitet wurde Herr Landtagspräsident Kuper auf der Reise von Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb, der Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes des Landes Nordrhein-Westfalen, Abraham Lehrer, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Sylvia Löhrmann, Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur, Dr. Adelheid Ruck-Schröder, Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, und Stefan Klett, Präsident des Landessportbund NRW.

Begegnung mit Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Das sind junge Menschen, die sich vor Ort für die Aussöhnung von Deutschland und Israel einsetzen.

Ich bin von dieser Reise mit dem Eindruck zurückgekehrt: Der Weg zu einem Frieden ist lang. Aber es gibt Menschen, die ihn wollen. Unsere Aufgabe ist es, diesen Weg zu unterstützen und jüdisches Leben bei uns zu schützen. Und vielleicht ist das die wichtigste Botschaft der Reise: Wir dürfen uns nicht an Gewalt und Krieg gewöhnen. Demokratie und Frieden brauchen unser Engagement – jeden Tag.

2.4.2 Erinnerungen an den 7. Oktober

Am 7. Oktober 2023 überfielen Hamas-Terroristen Israel, ermordeten etwa 1.200 Menschen und entführten 251 weitere. Die Hamas tötete und entführte dabei auch deutsche Staatsbürger. Doch der barbarische Terrorangriff der Hamas und das Schicksal der Geiseln schien im Laufe des Jahres immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Um diesem Vergessen entgegenzutreten und eine sich in den öffentlichen Diskurs immer weiter einschleichende Täter-Opfer-Umkehr entgegenzuwirken, berichteten am 13. Mai 2025⁵⁹ ehemalige Geiseln und Familienangehörige von Geiseln in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen beim Bund über ihr Schicksal. Sie kämpften dabei für die sofortige Freilassung der Geiseln und für die Rückkehr der Ermordeten.



v. l. Raz Ben Ami, Ohad Ben Ami

Foto: NRW-Landesvertretung/Beckmann

Ohad Ben Ami und Raz Ben Ami wurden beide von der Hamas am 7. Oktober 2023 aus einem Kibbuz entführt.⁶⁰ Sie berichteten eindrücklich von den unmenschlichen Bedingungen, unter denen sie im Gaza-Streifen gefangen waren. Ohad war für die längste Zeit zusammen mit vier weiteren israelischen Geiseln auf engstem Raum in Tunneln gefangen. Er war der Einzige der Gruppe, der bis dahin befreit wurde. Das Schicksal seiner ehemaligen Mitgefangenen gab ihm die

⁵⁹ Zu dem Zeitpunkt waren die Geiseln seit mehr als 530 Tagen in Gefangenschaft der Hamas. Freunde und Familie wussten nicht, wie die Verfassung der Geiseln war oder ob sie überhaupt noch am Leben waren.

⁶⁰ Raz Ben Ami kam im Rahmen des ersten Abkommens frei, ihr Mann war 491 Tage in Gefangenschaft und wurde erst im Februar 2025 vollkommen ausgehungert freigelassen.

Kraft zu sprechen.

In ihrer Begrüßungsansprache bedankte sich die Beauftragte für den Mut der ehemaligen Geiseln und Familienangehörigen. Der Mut, die Erfahrungen mit den Anwesenden zu teilen, sei ein Beweis für die Stärke des menschlichen Geistes. Die Beauftragte zeigte sich überzeugt, dass die Zuhörerinnen und Zuhörer der vorgetragenen Erfahrungsberichte niemals die Täter-Opfer-Umkehr unterstützen werden, die in bestimmten sozialen Gruppen verbreitet wird: „Deshalb möchte ich Sie ermutigen, die Geschichten und die Wahrheit an Ihre Freunde und Familien weiterzugeben – das ist unsere Verantwortung. Und finden Sie den Mut, aufzustehen und Ihre Stimme zu erheben, wenn Sie jemand in Frage stellt.“

Ebenfalls sprach bei der Veranstaltung Shachar Ohel, der Onkel von Alon. Alon Ohel, ein junger Pianist, der sich zum Zeitpunkt der Veranstaltung noch in der Gewalt der Hamas befand und laut freigelassenen Geiseln stark abgemagert, verletzt und in einem lebensbedrohlichen Zustand war.⁶¹ Auch Liran Berman, der Bruder von Ziv und Gali Berman, gehörte der Delegation an. Die Zwillinge wurden aus dem Kibbuz Kfar Aza entführt. Alon Ohel sowie die Brüder Berman wurden im Zuge des Waffenstillstandsabkommens am 13. Oktober 2025 freigelassen.

Die begangenen Taten der Hamas und die Retraumatisierung der israelischen Gesellschaft traten im öffentlichen Diskurs immer weiter in den Hintergrund. Der Beauftragten war es ein Anliegen, auch über ein Jahr nach dem Überfall der Hamas auf Israel die Erinnerung an den 7. Oktober wachzuhalten und somit einer Täter-Opfer-Umkehr entgegenzuwirken. Der Fotograf Erez Kaganovitz hat es sich mit seiner Fotoserie „humans of october 7th“⁶² zur Aufgabe gemacht die Geschichten von Überlebenden, aber auch Angehörigen von Opfern sowie Israelis, die sich dem Terror entgegengestellt haben, zu porträtieren und fotografisch zu erzählen. So werden die Schicksale persönlich. Mit der Ausstellung besuchte Kaganovitz mit Unterstützung des Büros Schulen in Nordrhein-Westfalen und diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern zum 7. Oktober und seinen Auswirkungen auf die Situation von Jüdinnen und Juden weltweit.

Die Ausstellung „Or Yogev – Vom Bildschirm zum Bild. Ein künstlerischer Aufschrei“ verarbeitet in ihren Werken den für viele Jüdinnen und Juden retraumatisierenden Terroranschlag der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und basiert z.T. auf Gesprächen, die der Künstler mit Überlebenden führte. Ein Werk zeigte z. B. das deutsch-israelische Opfer des Anschlags Shani Louk als starke lebende Frau und setzt damit einen visuellen Gegenpol zu dem Foto ihres leblosen Körpers auf dem Pickup, das 2024 zum Pressefoto des Jahres gewählt wurde. Die Beauftragte eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit dem Beigeordneten der Stadt Oberhausen Apostolos Tsalastras in Gegenwart des Künstlers sowie einer Delegation aus Jerusalem am 16. Januar 2026. Sie sprach in ihrer Rede über die verbindende Kraft von Kunst und Jugendaustauschprogrammen und betonte, „beide dienen der Förderung des interkulturellen Verständnisses und damit dem Abbau von Vorurteilen. Im Idealfall fördern sie Toleranz, Weltoffenheit und das gegenseitige Verständnis und Vertrauen.“

Israelstiftung

Im Berichtsjahr feierte die Israelstiftung in Deutschland ihr zwanzigjähriges Bestehen und beging die Feier im Landtag Nordrhein-Westfalen. Freundschaft und Vertrauen zwischen Israelis und Deutschen braucht engagierte Menschen, die an einer gemeinsamen Zukunft arbeiten. Diesen Menschen und Initiativen für ihre Arbeit zu danken, ihnen Mut zu machen, ist die Aufgabe, die sich die Stiftung zum Ziel gesetzt hat.⁶³ Im Rahmen der Feier wurde Daniel Lörcher mit dem Zukunfts-

⁶¹ Vgl. Jüdische Allgemeine: »In Gaza war ich wie ein toter Mensch«, Berlin 2025, online: <https://www.juedische-allgemeine.de/israel/in-gaza-war-ich-wie-ein-toter-mensch/>

⁶² Weitere Informationen und Eindrücke der Ausstellung finden Sie unter <https://www.humansoftelaviv.co.il/about-humans-of-october-7th/>.

⁶³ Vgl. - Landtag Nordrhein-Westfalen: Israelstiftung ehrt Daniel Lörcher im Landtag, Düsseldorf 2025, online: <https://www.landtag-nrw.de/aktuelles/pressenotizen/2025/09/04/israelstiftung-ehrt-daniel-loercher-im-landtag>

preis ausgezeichnet. „In seinem langjährigen Engagement bei Borussia Dortmund sowie bei what matters gGmbH zeichnet Lörcher sich beispielhaft darin aus, dass er die Freundschaft zu den Menschen in Israel pflegt und durch gezielte Bildungsangebote im Sport eine aktive Erinnerungsarbeit leistet sowie gegen Antisemitismus eintritt“, lautete die Begründung.⁶⁴

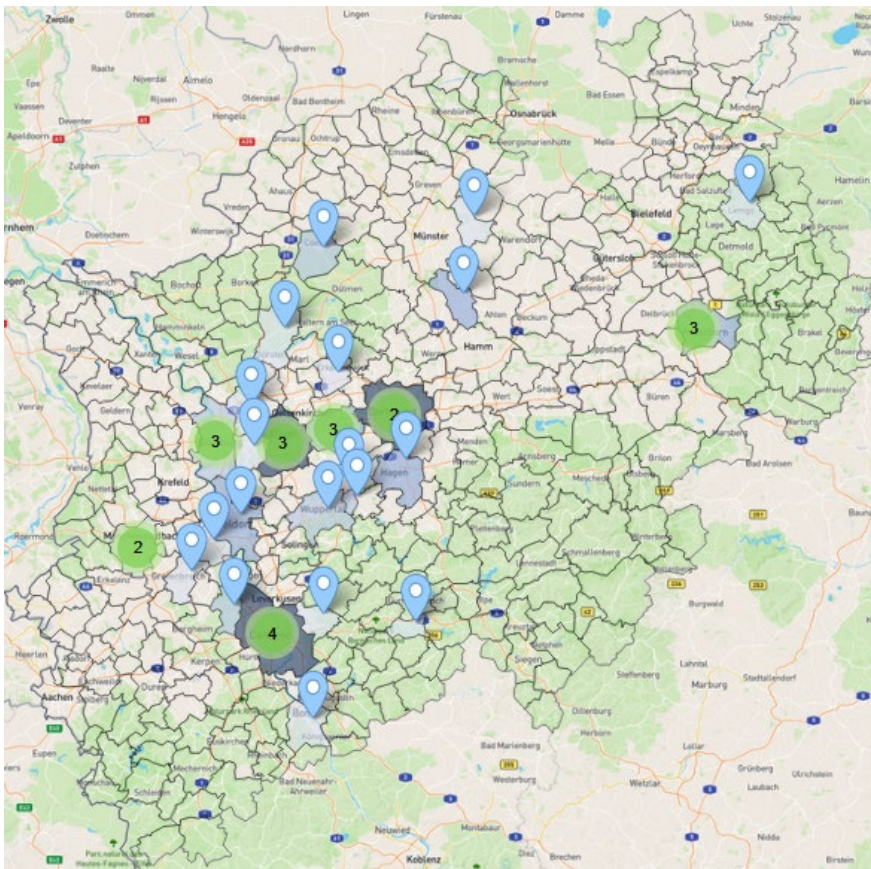
Auch die Podiumsdiskussion im Rahmen der Feierlichkeit, welche die Beauftragte moderierte, thematisierte die aktuellen Herausforderungen, aber auch Chancen, die im und durch den Sport entstehen. Daniel Lörcher, Alon Meyer (Präsident des jüdischen Sportverbandes Makkabi Deutschland) und Victoria Hindelang (Deutsche Fußball Liga) betonten bei der Diskussion zum Thema „Mehr als 90 Minuten – Herausforderungen, Chancen und Möglichkeiten der Erinnerungs- und Bildungsarbeit im Sport. Was ist zu tun?“ das Potenzial des Sports, für Vielfalt zu werben und gegen Diskriminierung und Antisemitismus zu sensibilisieren. Hier seien Funktionäre, Verbände, Vereine, Trainer und Spieler alle gleichermaßen gefordert, klare Haltung zu zeigen und zu vermitteln.

www.landtag.nrw.de/home/aktuelles/meldungen-und-berichte/meldungen-berichte-und-informati/meldungen-und-berichte/2025/09/0109-zukunftspreis-israel.html

⁶⁴ Vgl. ebd.

3. Geförderte Projekte

Zur Initiierung und Unterstützung von Projekten und Präventionsmaßnahmen steht im Aufgabengebiet Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur ein Budget zur Verfügung. Mit dem Haushalt für das Jahr 2025 wurde in die Haushaltsaufstellung wieder ein Haushaltstitel für Zuwendungen in Höhe von 300.000 Euro aufgenommen. So haben gemeinnützige Vereine und Organisationen die Möglichkeit, Zuwendungsmittel zur Förderung für Projekte der Antisemitismusprävention zu beantragen.⁶⁵



Verteilung der Förderungen nach Gemeinden

Foto: Büro der Beauftragten

Im vergangenen Jahr konnten durch das Budget der Beauftragten viele vielfältige Projekte gefördert werden, von denen hier einige exemplarisch vorgestellt werden:⁶⁶

⁶⁵ Informationen zu Fördervoraussetzungen und dem Antragsverfahren finden Sie unter: <https://antisemitismusbeauftragte.nrw/zuwendungen>

⁶⁶ Die Auswahl und Reihenfolge der vorgestellten Projekte stellt weder eine Bewertung noch Rangordnung dar. Die Beauftragte ist von allen geförderten Projekten vollends überzeugt. Die Beschreibungen der Projekte wurden durch die Projektpartner selbst vorgenommen und werden hier kommentarlos wiedergegeben.

Kreatives Schulprojekt: Comicheft gegen Antisemitismus



Comic gegen Antisemitismus
Foto: Alfred-Adler-Schule, Förderschule,
Duisburg

Im Rahmen eines schulischen Antisemitismusprojekts ist ein ganz besonderes Produkt entstanden: ein selbst entwickeltes Comicheft, das sich auf kreative und zugleich tiefgründige Weise mit einem hochaktuellen und anspruchsvollen Thema auseinandersetzt.

Dank der Fördergelder durch die Antisemitismusbeauftragte konnte das Comicheft professionell gedruckt werden. An der Umsetzung waren Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Jahrgangsstufen beteiligt, die ihre unterschiedlichen Ideen, Perspektiven und Fähigkeiten in das Projekt eingebracht haben. Gerade diese jahrgangsübergreifende Zusammenarbeit hat das Projekt besonders bereichert.

Die Arbeit stellte alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Zum einen erforderte das Thema Antisemitismus ein hohes Maß an Sensibilität, Reflexionsfähigkeit und inhaltlicher Auseinandersetzung. Zum anderen arbeiteten die Schülerinnen und Schüler mit Neuen Medien und setzten erstmals auch digitale Werkzeuge sowie KI-gestützte Anwendungen ein. Der kreative Prozess verlangte daher

nicht nur inhaltliches Engagement, sondern auch Mut, Offenheit und Lernbereitschaft im Umgang mit neuen Technologien.

Umso größer ist nun die Freude über das gelungene Ergebnis: Alle Beteiligten sind sehr stolz auf das entstandene Comicheft. Es behandelt eine historische Begebenheit, die sich in Dinslaken zugetragen hat. Hier wurden Kinder aus ihrem jüdischen Waisenhaus vertrieben. Die Schülerinnen und Schüler haben durch Recherche im Archiv das Geschehene genau betrachtet und mit ihrem Comicheft das Thema aufgearbeitet.

Die im Comic erzählte Geschichte ist bewegend, nachdenklich stimmend und zugleich sehr lehrreich. Das Comicheft möchte ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus setzen.

Fachtag „Antisemitismuskritische Arbeit in Bildung und Kultur“

Der Fachtag „Antisemitismuskritische Arbeit in Bildung und Kultur“ fand 2025 zum zweiten Mal statt. Das Theater Oberhausen wurde als Veranstaltungsort gewählt, um die Bereiche Bildung und Kultur bei der antisemitismuskritischen Arbeit in unserer Region zukünftig zu vernetzen.

Zu Beginn des Fachtages plädierten Jouanna Hassoun und Shai Hoffmann in einem Podiumsgespräch für Dialogbereitschaft bei der Behandlung des Themas „Nahost-Krieg“. Seit dem 7. Oktober 2023 gehen sie mit Schülerinnen und Schülern in einen „Trialog“: Shai Hoffmann als deutscher Jude mit israelischen Wurzeln, die Deutsch-Libanese Jouanna Hassoun mit palästinensischen Wurzeln und die Teilnehmenden unterschiedlicher Schulen.

„Wie wir über Israel und Palästina sprechen“ war damit der aktuelle Ausgangspunkt des zweiten Oberhausener Fachtags. Bei insgesamt zehn Workshops und einem „Markt der Möglichkeiten“ konnten sich die über 150 Teilnehmenden dem Thema auf unterschiedliche Weisen annähern.

Das Fritz Bauer Institut, die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA), das Projekt „Meet a Jew“, die Kölner Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Engin Karahan, Sabra und die Alte Synagoge Essen stellten ihre Methoden und Konzepte für antisemitismuskritische Bildungsarbeit vor. Das Theater Oberhausen und Andreas Schmid von der Theaterkunst Köln setzten in ihren Workshops auf theaterpädagogische Methoden und Fallbeispiele im Umgang mit Emotionen und Meinungen im Dialog über den Konflikt im Nahen Osten und Antisemitismus in Deutschland.

Abends waren die Fachtagsteilnehmenden zur Theateraufführung von „Bruder Eichmann/Geschwister Eichmann“ eingeladen. So wurde eine Verbindung gezogen „von einer Banalität des Bösen zur Banalität des Holocaust“ bis zu der aktuellen Erkenntnis, dass der Antisemitismus in Deutschland auch nach 1945 nie weg gewesen ist.

Der dritte Fachtag ist für 2027 geplant.

Gedenkstunde zur Erinnerung an die Pogromnacht gegen das deutsche Judentum im November 1938



Chor des Pascal-Gymnasiums Grevenbroich
Foto: Pascal-Gymnasium Grevenbroich

Das Pascal-Gymnasium führt anlässlich der Ereignisse des 9. Novembers seit 1995 Menorah-Gedenkstunden durch. Seitdem erinnern Schülerschaft, Lehrkräfte sowie Eltern und Ehemalige mit Musik, Textbeiträgen sowie Kunst-Exponaten an dieses dunkle Datum der deutschen Geschichte. Musikalische Beiträge kommen jedoch regelmäßig von den Chören unserer Schule sowie vom vokalinstrumentalpraktischen Kurs der Stufe Q1. Neben Gedichten und Auszügen von Prosatexten vorwiegend jüdischer Autorinnen und Autoren erklingt bei unseren Menorah-Veranstaltungen Vokal- und Instrumentalmusik unterschiedlichster Stilrichtungen – von jiddischen Klezmermelodien und Werken der klassisch-romantischen Tradition bis hin zu aktuelleren Rocksongs. Neben dem Fokus auf jüdische Kultur sind aber auch stets politische Lieder aus Vergangenheit und Gegenwart Teil des Programms, die in der Tradition des Kampfes gegen Nationalsozialismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung stehen. Ein zentrales Element ist der Kontakt zu noch lebenden jüdischen Zeitzeugen aus Grevenbroich.

Ziel des Zusammenwirkens aller Beteiligten aus Schüler-, Eltern- und Lehrerschaft ist und bleibt – insbesondere, da immer weniger Zeitzeugen aus unmittelbarer Erfahrung berichten können

–, mit künstlerischen Mitteln an die Verbrechen des NS-Unrechtsregimes zu erinnern und auch unser heutiges Handeln unter der Maxime eines unverzichtbaren „Nie wieder!“ stets aufs Neue zu hinterfragen.

Im Jubiläumsjahr 2026 konnte anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Gedenkstunde die israelische Solo-Klarinetistin Orit Orbach gewonnen werden, die durch ihre beeindruckende Interpretation der Klezmer-Werke ein Highlight setzen konnte. Dabei hatte sie zuvor im Rahmen eines zweitägigen Workshops mit Schülerinnen und Schülern die Besonderheiten der Klezmer-Musik erarbeitet.

Theaterstück „Zwischenfall in Vichy“

Im Rahmen des schulinternen Gedenkens anlässlich der Reichspogromnacht wurde am 10. November 2025 das Theaterstück „Zwischenfall in Vichy“ von dem Theaterensemble „Rimon-Productions“ für die Oberstufe bei uns an der Schule aufgeführt.

Arthur Millers Theaterstück aus dem Jahr 1964 spielt in Vichy zur Zeit des autoritären und mit den Nazis kollaborierenden Vichy-Regimes. Die Handlung beginnt mit der willkürlichen Festsetzung einer Gruppe vermeintlicher Juden in einer provisorischen Haftanstalt. Ohne Anklage und ohne Erklärung warten sie auf eine Untersuchung, die sich rasch als rassistische Selektion entpuppt. Das Theaterstück konzentriert sich weniger auf eine äußere Handlung als auf psychologische und moralische Prozesse. Die Figuren reagieren unterschiedlich auf die Bedrohung – mit Angst, Verdrängung, Opportunismus, Mut oder Verzweiflung. Gerade diese innere Spannung bildet den Kern des Stücks und verdeutlicht, wie Menschen unter einem totalitären System handeln, wenn ihre moralischen Überzeugungen an Grenzen stoßen.

Ein zentrales Motiv des Stücks ist die Frage nach Verantwortung. Einige Figuren klammern sich an die Hoffnung, es werde „schon nicht so schlimm werden“, andere versuchen, die Realität zu benennen, während wieder andere sich auf ihre Privilegien verlassen. Das Stück zeigt, wie gefährlich menschliche Passivität und Selbsttäuschung sein können. Der Offizier versucht, die anderen zu warnen und Verantwortung einzufordern, während der Schauspieler beispielsweise erst spät erkennt, dass gesellschaftliche Neutralität keine Sicherheit bietet. Die Handlungen der Figuren sind nicht heroisch im klassischen Sinne, vielmehr offenbaren sie Ambivalenz. Genau das macht die Darstellung so eindringlich. Das Stück zeigt, wie dünn die Grenze zwischen Mitläufertum und Widerstand sein kann.

Obwohl „Zwischenfall in Vichy“ im historischen Kontext des Zweiten Weltkriegs angesiedelt ist, ist das Stück von bemerkenswerter Aktualität. Themen wie Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion oder Aussehen, die Vertreibung von Minderheiten, das Erstarken autoritärer Ideologien und die Verbreitung von Verschwörungsdenken prägen auch heute noch unsere Gesellschaften.

Millers Werk warnt nicht nur vor den Folgen staatlicher Gewalt, sondern auch vor den Mechanismen, die ihr den Weg bereiten. Dazu gehören Gleichgültigkeit, Angst vor sozialer Ausgrenzung und der Wunsch, persönliche Sicherheit über moralische Haltung zu stellen. Das Stück erinnert daran, dass Unrecht selten plötzlich beginnt, sondern dass es dort wächst, wo Menschen wegsehen.

Der inklusive Rundgang im Media-Guide der Gedenkstätte Brauweiler des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)



Inklusiver Rundgang Gedenkstätte Brauweiler

Foto: Gedenkstätte Brauweiler

Die Gedenkstätte Brauweiler in der Trägerschaft des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) ist seit 2008 zugänglich. Die Dauerausstellung dokumentiert die Geschehnisse der Jahre 1933 bis 1945 in der ehemaligen Arbeitsanstalt Brauweiler und ist dem Gedenken an die vielen Opfer des NS-Regimes in Brauweiler gewidmet. Nach konzeptioneller Überarbeitung und baulichen Anpassungen auch um barrierearme Maßnahmen, ist sie seit Juni 2024 wieder für die Öffentlichkeit zugänglich, flankiert von Führungen, Workshops, Veranstaltungen und Kooperationen.

Der inklusive Rundgang im Media-Guide der Gedenkstätte ist gelebte Inklusion und aktive Teilhabe: Menschen mit Behinderung gestalten Inhalte für andere Menschen mit Behinderung. Er richtet sich insbesondere an Menschen mit Lernschwierigkeiten, mit kognitiven Beeinträchtigungen und Sehbeeinträchtigungen sowie an Besuchende, die die deutsche Sprache lernen.

Der Rundgang bietet verschiedene inklusive bzw. barrierearme Hilfsmittel, zum Beispiel Texte in Leichter Sprache und Piktogramme zur Abteigeschichte. Diese wurden nach dem Regelwerk von Inclusion Europe e. V. erstellt und von Zielgruppenvertreter*innen geprüft. Ab Sommer 2024 wurde das Projekt ca. innerhalb eines Jahres in einem mehrstufigen Prozess mit einer Historikerin und Gedenkstättenpädagogin, die sich in ihrer Arbeit auf inklusive und integrative Maßnahmen spezialisiert hat, mit Schüler*innen zweier Schulen aus Pulheim-Brauweiler konzipiert und umgesetzt. Die LVR-Donatus-Schule ist eine Förderschule mit dem Schwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung, die Schule an der Jahnstraße hat den Schwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung.

Um die Inhalte des Konzepts erarbeiten zu können, wurden die Schüler*innen zunächst vor Ort in mehreren Workshops an die NS-Geschichte des Ortes herangeführt. Gemeinsam ermittelten sie thematische Schwerpunkte, verfassten die Texte und sprachen sie für die Stationen des Media-Guides ein.

Seit 01. Juli 2025 ist der inklusive Rundgang im Media-Guide der Gedenkstätte der Öffentlichkeit über ein Leitsystem zugänglich, das barrierearm gestaltet ist. Über großflächige QR-Codes sind die Inhalte der zurzeit 9 Stationen (45 Min.) kostenfrei über eigene Smartphones oder Leihgeräte abrufbar. Auf Wunsch ist eine Einweisung durch das Personal der Gedenkstätte möglich. Der Text ist hör- und lesbar. Der inklusive Rundgang im Media-Guide der Gedenkstätte Brauweiler wurde mit freundlicher Unterstützung der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur und der NRW.BANK realisiert.

Das Projekt „Ein Tag gegen das Vergessen“ – Realschule Lemgo

Die Projektidee kam von den Jugendlichen: „Wir wünschen uns einen Tag, an dem sich die Schulgemeinschaft mit dem Holocaust und der Shoah auseinandersetzt und erkennt, wohin menschenverachtendes Denken führt.“ Damit war der Tag gegen das Vergessen geboren. Der Wunsch war Auftrag und Ansporn zugleich. Gedenken setzt Geschichtsbewusstsein voraus. Wenn wir alle verstehen wollen, warum diese Zeit voller Grausamkeiten war, dann brauchen wir eine Erinnerungskultur, die Bildung als Antisemitismusprävention versteht. Entsprechend die Umsetzung.

Jede Klassenstufe sollte sich ganz altersgerecht und individuell dem Thema nähern können. So entstanden in Kooperation mit vielen Akteuren Workshops und Projekte, die sich mit dem Antisemitismus und der Verfolgung von Minderheiten beschäftigten.

Die Module im Überblick:

- M1: Jüdische Spuren in Lemgo in Kooperation mit städtischen Museen
- M2: „Meet a Jew“ - Mitglieder der Organisation stellen sich Fragen der Schüler*innen
- M3: Filmprojekt „Jüdische Spuren in Lemgo“
- M4: Theaterprojekt „Anne Frank 14+“
- M5: Gedenken an Reichspogromnacht
- M6: Stolpersteine in Lemgo
- M7: Gedenkstättenfahrt zur Wewelsburg

Das Theaterprojekt „Anne Frank 14+“ war Gegenstand des Förderantrags.

Ausführliche Berichte finden sich auf der Website der Realschule Lemgo.

„Antisemitismus für Anfänger – Karikaturen gegen Antisemitismus“



Ausstellungsflyer #Antisemitismus für Anfänger
Foto: Foto: GCJZ Paderborn

Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Paderborn zeigte in der Ausstellung „Antisemitismus für Anfänger – Karikaturen gegen Antisemitismus“ des Ariella-Verlags 20 Karikaturen von verschiedenen Künstlern auf Roll-ups, die antisemitisches Sprechen und Verhalten humoristisch entlarven. Die Karikaturen sind zeitaktuell, subjektiv, provokant, zielgruppenbewusst und überraschen mit einer Pointe.

Karikaturen bzw. das Element Humor wurden gewählt, um Jugendliche und Erwachsene aller Altersstufen und Hintergründe anzusprechen, die generell an der Thematik „Antisemitismus“ interessiert sind. Es wird nicht über die von Antisemitismus Betroffenen gelacht, sondern Besucher der Ausstellung sollten für die Situation der von Antisemitismus Betroffenen sensibilisiert werden, solide Informationen zu Antisemitismus bekommen und zum Nachdenken angeregt werden.

Im Monat Oktober 2025 besuchten lt. Auswertung des Stadtmuseums – als Kooperationspartner – insgesamt 1.078 Personen die Ausstellung. Darunter noch vor den Herbstferien 300 Schüler und Schülerinnen.

Das von der GCJZ konzipierte Begleitheft „Antisemitismus – Was ist das eigentlich?“ mit ausgewählten Karikaturen und kurzen Texten zum Begriff, zu Formen und möglichen Ursachen von Antisemitismus, zum Erkennen von antisemitischem Verhalten und Einstellungen wurde sehr gut angenommen.

WDR-OWL-Ortszeit berichtete am 07.10.2025 unter der Überschrift: „Ausstellung nimmt Antisemitismus aufs Korn“ über die Ausstellung.

Begleitende Vorträge und Veranstaltungen in den Monaten vor und während der Ausstellung gab es zu Themen wie: Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland – zwischen Selbstbestimmung und Verunsicherung; Antisemitismus und postkoloniale Theorie; Kontinuität und kulturelle Verankerung von Antisemitismus und Antisemitismus in sozialen Medien.

Schullesung von Bianca Schaalburg: „Der Duft der Kiefern“

Die Schullesungen der Berliner Autorin und Illustratorin Bianca Schaalburg erfolgten auf Initiative des Freundeskreises Wiehl/Jokneam, der damit eines seiner wichtigsten Anliegen verfolgte: die Bekämpfung des gefährlich wiedererstarkenden Antisemitismus im Gefolge des Gazakriegs. Wir vom Freundeskreis waren und sind der Auffassung: Je früher Antisemitismusprävention einsetzt, desto nachhaltiger ist der Effekt. Durch Bildung und Erziehung, durch Pflege der Erinnerungskultur und Förderung des Geschichtsbewusstseins kann dem Hass des Antisemitismus der Nährboden entzogen werden. Wir mussten also versuchen, die junge Generation „mitzunehmen“, einzubeziehen und zu erreichen, damit unsere Bestrebungen nachhaltig sein würden.

Zu diesem Zweck bemühten wir uns, die Autorin und Illustratorin Bianca Schaalburg für eine Lesung aus ihrer Graphic Novel „Der Duft der Kiefern“ (Jugendliteraturpreis 2022) zu gewinnen. In ihrem Werk, einer eindrucksvollen Mischung aus Collagen, Fundstücken, Fotografien und Zeichnungen, begibt sich Bianca Schaalburg auf eine tiefgründige Spurensuche in der Geschichte ihrer eigenen Familie während der NS-Zeit und lüftet bei der Sichtung des großelterlichen Nachlasses Stück für Stück das Schweigen der Nachkriegsgeneration, das allzu bekannte „Wir wussten von nichts“. Die Zusage von Bianca Schaalburg für die Lesungen hat uns riesig gefreut! Ein weiterer Grund zur Freude war, dass die vom Freundeskreis beantragte finanzielle Förderung der Lesung von der Antisemitismusbeauftragten von NRW Sylvia Löhrmann in vollem Umfang bewilligt wurde. Sogar ein digitales Grußwort schickte die Antisemitismusbeauftragte für die Lesung an der TOB Wiehl.

Nachdem Anfang des Jahres der Kontakt zur Autorin Bianca Schaalburg hergestellt worden war, hatte der Verein zunächst bei der Sekundarschule Wiehl TOB, dann auch beim Carl-von-Ossietzky-Gymnasium Bonn angefragt, ob Interesse an einer Lesung bestünde. Beide Schulen signalisierten umgehend große Offenheit und Zustimmung für das Projekt, was sich bei der Realisierung in einer tollen Kooperation und hervorragenden Organisation schulischerseits niederschlug. Dank an beide Schulen – die Sekundarschule Wiehl TOB und das CvO-Gymnasium Bonn, dass sie die Lesung auf ihre Agenda gesetzt und organisatorisch und technisch perfekt vorbereitet haben! Das Echo auf die Lesungen war sowohl auf Seiten der Schulen als auch der Autorin äußerst positiv.

Resümee: Die Lesung war eine berührende Geschichtsstunde von großer Klasse, die nicht zum Ziel hatte, Schuldgefühle zu wecken, sondern Wissen zu fördern und für Zivilcourage, Toleranz und Menschlichkeit zu sensibilisieren.

Bianca Schaalburg nahm die Schülerinnen und Schüler behutsam in die Vergangenheit mit, zeigte ihnen, wie Vergangenheitsbewältigung geht, was es bedeutet, ein Familienerbe anzutreten und damit auch die Vergangenheit der Familie zu erben ... wie man mit einem schwierigen Erbe umgeht, es annimmt und sich mit ihm auseinandersetzt:

Schritt für Schritt legte sie die Vergangenheit ihrer eigenen Familie in der Zeit des Nationalsozialismus offen, neugierig, mutig und mit Feingefühl sich den teilweise erschreckenden, erschütternden Fakten und Fragen stellend, statt sie zu verdrängen.

Sie blieb dabei immer menschlich, ohne erhobenen Zeigefinger und ermöglichte es den Schülerinnen und Schülern, sich ein eigenes Urteil zu bilden und sich zu identifizieren. Einfach vorbildlich!

„Tacheles reden“ – Interkommunale Projekttagge gegen Antisemitismus in der LEADER-Region Warendorf



Graffiti-Workshop im Rahmen der Interkommunalen Projekttagge
Foto: Stadt Warendorf

Mit dem Projekt „Tacheles reden – Interkommunale Projekttagge gegen Antisemitismus“ wurde 2025 erstmals in der LEADER-Region des Kreises Warendorf ein gemeinsames interkommunales Vorhaben zur Sensibilisierung gegen Antisemitismus umgesetzt. Beteiligt waren neben der projektleitenden Stadt Drensteinfurt die Kommunen Ennigerloh, Everswinkel, Oelde, Sassenberg und Sendenhorst.

Die Projekttagge fanden im Zeitraum von Juni bis Oktober 2025 statt und richteten sich insbesondere an junge Menschen. Ziel war es, unterschiedliche Erscheinungsformen von Antisemitismus sichtbar zu machen, Wissen über jüdisches Leben zu vermitteln sowie Empathie, Toleranz und Zivilcourage zu stärken.

Im Rahmen der Projekttagge wurde ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm umgesetzt: Graffiti-Workshops, Vorträge, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen u. a. mit Ahmad Mansour, Theateraufführungen u. a. „Die Ermittlung“, Filmveranstaltungen sowie ein Konzert boten zahlreiche Zugänge zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Erinnerungskultur und gesellschaftlicher Verantwortung.

Die Resonanz der Teilnehmenden verdeutlicht den Erfolg des Projektes: Persönliche Begegnungen, kulturelle Formate und gemeinsame Diskussionen ermöglichten vielen jungen Menschen einen neuen und emotionalen Zugang zum Thema Antisemitismus. Die Veranstaltungen machten deutlich, wie wichtig kontinuierliche Bildungs- und Begegnungsangebote für die demokratische Kultur und das gesellschaftliche Miteinander sind.

Mit „Tacheles reden“ wurde ein wichtiger Auftakt für die interkommunale Zusammenarbeit gegen Antisemitismus geschaffen. Die Erfahrungen aus dem Projekt unterstreichen die Bedeutung niedrigschwelliger Bildungs- und Kulturangebote und sprechen für eine Fortführung entsprechender Formate – insbesondere für junge Erwachsene.

Der Kanal @voicesofthepitch des Deutschen Fußballmuseums



Instagram-Kanal @voicesofthepitch

Foto: Büro der Beauftragten

Auch im deutschen Fußball zeigt sich Antisemitismus immer aggressiver. Viele Vereine setzen sich mit unterschiedlichsten Aktionen für Vielfalt und gegen Antisemitismus ein, doch ihr Engagement wird meist zu wenig wahrgenommen. @voicesofthepitch setzt genau hier an und bündelt das Engagement des deutschen Fußballs im Kampf gegen Antisemitismus in den Sozialen Medien. Regelmäßig werden Aktionen von Vereinen, Fans und Institutionen gegen Antisemitismus und Diskriminierung präsentiert und damit wird auf kreative Weise deutlich gemacht, wie bunt und vielfältig Fußball sein kann. Junge Menschen werden damit entsprechend ihren Mediengewohnheiten auf das Thema Antisemitismus angesprochen. So entsteht ein stetig wachsender Raum für Haltung, Dialog und gesellschaftliche Verantwortung im Fußball.

Bereits der Start des Accounts war ein voller Erfolg. Bekannte Fußballvereine trugen die Inhalte über ihre eigenen Kanäle mit. Es entstanden Collab-Postings mit dem 1. FC Nürnberg, dem FC Schalke 04 und dem VfL Bochum. Hertha BSC teilte die Inhalte zusätzlich in der eigenen Community. Auch Spieler und Protagonisten der Beiträge setzten sichtbare Zeichen: Der Hertha-Star und frühere Jugend-Nationalspieler Fabian Reese unterstützte einen Beitrag mit einem Like.

Auch Makkabi Deutschland ist ein enger Partner des Projektes. Der Verband beteiligte sich mit dem großen Hauptaccount sowie einem Subkanal an der Aktion – und machte immer wieder seine Wertschätzung für dieses Projekt und seine Zielsetzung deutlich.

Bereits nach wenigen Wochen konnte der Account weit über 100.000 Menschen erreichen. Dies zeigt eindrucksvoll, wie stark Fußball gesellschaftlich wirken kann. Weitere Themen und Inhalte sind vorgeplant und werden sukzessive ausgespielt. Die Inhalte des Kanals werden auch über eine Social Wall in der Dauerausstellung des Deutschen Fußballmuseums ausgespielt – eine neuartige Verbindung der Sozialen Medien mit der klassischen Museumswelt.

„WertSchatz“ – ein Theaterprojekt für die Demokratie im Ennepe-Ruhr-Kreis

Mit „WertSchatz“ wurde im Ennepe-Ruhr-Kreis ein Theaterprojekt für Jugendliche verwirklicht, das die Werte in den Mittelpunkt rückt, auf denen das demokratische Zusammenleben basiert. Möglich gemacht wurde dies durch eine Kooperation des Regionalen Bildungsbüros des Ennepe-Ruhr-Kreises mit dem mobilen Kinder- und Jugendtheater Theaterspiel Witten sowie durch die Förderung der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur.

In insgesamt zwölf Vorstellungen an Schulen und außerschulischen Lernorten zwischen November 2024 und Januar 2025 wurden Schülerinnen und Schüler aus der Sekundarstufe I in zwei verschiedenen Theaterstücken zum Nachdenken über die Grundlagen einer demokratischen Gemeinschaft angeregt.

Das Theaterstück „ÜBERdasLEBEN oder Meine Geburtstage mit dem Führer“ thematisierte dabei die Unterdrückung von Freiheit, Rechten und Menschlichkeit in der NS-Zeit, erzählte aber auch, wie Menschen Widerstand gegen die Diktatur geleistet und damit den Grundstock unserer heutigen Demokratie gelegt haben.

In „der*neue“ ging es um Mobbing und Ausgrenzung und insbesondere um die Rolle von Mitläufer*innen. Zusammen mit den Jugendlichen wurden Wege aufgezeigt, wie Mobbingstrukturen aufgebrochen werden können und was es für eine gute Gemeinschaft braucht.

Im Anschluss an die Vorführungen gab es die Möglichkeit zu Nachgesprächen. Hier konnten die Jugendlichen Fragen stellen und ins direkte Gespräch mit Menschen kommen, die selbst von Verfolgung und Ausgrenzung betroffen waren.

Mit „WertSchatz“ konnten 1.270 Jugendliche und 102 Lehrkräfte erreicht werden. Das Projekt stieß auf großes Interesse. Insbesondere die Verbindung aus Theatervorführung und Nachgespräch im Dialog führten zu einer nachhaltigen Sensibilisierung für Antisemitismus, Ausgrenzung und demokratische Werte.

4. Studien

Wie schon in den vergangenen Jahresberichten sollen beispielhaft einige externe Studien vorgestellt werden, die sich mit verschiedenen Bereichen der Erscheinungsformen von Antisemitismus auseinandersetzen. Auch wenn diese nicht speziell auf Nordrhein-Westfalen ausgerichtet sind, lassen sich für das bevölkerungsreichste Bundesland oftmals Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen ziehen.

„Deutschland und Israel heute. Zwischen Stabilität und Spannung“ – Bertelsmann Stiftung

Die Studie „Deutschland und Israel heute. Zwischen Stabilität und Spannung“ der Bertelsmann Stiftung vertieft die Analyse der gegenseitigen Wahrnehmungen, ergänzt neue Ergebnisse zu Demokratie, bilateralen Beziehungen und Antisemitismusbekämpfung und ordnet die Entwicklungen umfassender in den gesellschaftlichen und politischen Kontext ein. Grundlage ist eine repräsentative Doppelbefragung von 1.346 Menschen in Deutschland und 1.367 Menschen in Israel, die zwischen dem 24. Februar und dem 25. März 2025 durchgeführt wurde. Deutsche und Israelis nehmen die Beziehungen zwischen ihren Ländern zunehmend unterschiedlich wahr. Während die Israelis Deutschland und seine Regierung mehrheitlich positiv sehen, fällt die Beurteilung Israels durch die deutsche Bevölkerung erheblich kritischer aus als noch vor wenigen Jahren. Die Studie der Bertelsmann Stiftung zeigt zudem: Die Demokratie bleibt in beiden Ländern ein wichtiger gemeinsamer Bezugspunkt, steht aber zugleich unter Druck. Gleichzeitig nehmen der klassische und der israelbezogene Antisemitismus in der Bundesrepublik zu – insbesondere unter jüngeren Menschen.⁶⁷

Antisemitische Straftaten in der Polizeistatistik. Ergebnisse des Projekts Austausch von Polizei und Zivilgesellschaft zu Antisemitismus (APZAS) – RIAS Bund

Eine Studie des Bundesverbands RIAS untersucht die polizeiliche Erfassung von antisemitischen Straftaten. Die Studie, die im Rahmen des Forschungsprojekts APZAS entstand, beschreibt strukturelle Probleme, Unsicherheiten im Umgang mit Betroffenen und ein insgesamt unzureichendes Bild antisemitischer Hasskriminalität in den offiziellen Statistiken. Die Ergebnisse zeigen deutliche Leerstellen in der Erfassung und Statistik, denn das System der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) der Polizei greife zu kurz, da zivilgesellschaftlich dokumentierte Fälle oft nicht in der offiziellen Statistik landeten oder Täter- und Motivzuordnungen unvollständig seien. Laut RIAS wenden sich immer wieder Betroffene an die Meldestellen, weil Polizisten antisemitische Motive nicht erkennen oder bagatellisieren. Teilweise werde gar keine Anzeige erstattet, weil sich Betroffene nicht ernst genommen fühlen. Die Ergebnisse zeigen nach Angaben der Autoren, dass besonders israelbezogener Antisemitismus oft nicht als solcher identifiziert wird. Zudem offenbare sich eine sehr uneinheitliche Sensibilisierung innerhalb der Polizeien.⁶⁸

⁶⁷ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Deutschland und Israel heute. Zwischen Stabilität und Spannung, Gütersloh 2026, online: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/deutsch-israelischer-young-leaders-austausch/projektnachrichten/60-jahre-deutsch-israelische-beziehungen>

⁶⁸ Bundesverband RIAS (Hrsg.): Antisemitische Straftaten in der Polizeistatistik, Berlin 2025, online: https://www.report-antisemitism.de/documents/25-11-25_BVRIAS_Ergebnisse-Projekt-APZAS.pdf

Gedenkanstoß MEMO – Stiftung Erinnerung Verantwortung Zukunft

Die Studie untersucht in einer repräsentativen Umfrage die Bereitschaft der Bevölkerung, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu beschäftigen, und es wird der Status quo der Erinnerungskultur in Deutschland erhoben. Der Multidimensionale Erinnerungsmonitor, kurz MEMO, wird seit 2018 regelmäßig durch die Stiftung EVZ und das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld durchgeführt. Die Studienreihe lieferte Vergleichswerte und wurde um aktuelle Fragestellungen der Bildungsagenda NS-Unrecht erweitert. Die Ergebnisse belegen einen ambivalenten Befund: Einerseits sei das Interesse an Geschichte nach wie vor hoch und der Nationalsozialismus war für viele Befragte Thema im Schulunterricht. Andererseits bestünden deutliche Wahrnehmungs- und Wissenslücken, insbesondere in Bezug auf konkrete historische Fakten und lokale Zusammenhänge. Bemerkenswert ist auch, dass sich die Zahl derer, die angeben, in der Schule „sehr viel“ über den Nationalsozialismus gelernt zu haben, im Vergleich zu den Vorjahren nahezu halbiert hat. Besorgniserregend ist der wachsende Anteil von Personen, die geschichtsrevisionistischen, rechtspopulistischen oder antisemitischen Aussagen zustimmen. Erstmals befürwortete eine Mehrheit der Befragten die Forderung nach einem „Schlussstrich“ unter die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit. Gleichzeitig zeigen die Studienergebnisse auch Potenziale: Rund 43 Prozent der Befragten halten es für eher oder sehr wichtig, an die Verbrechen des Nationalsozialismus zu erinnern.⁶⁹

Resonanzen. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen – Institut für Neue Soziale Plastik

Die Studie untersucht den Kulturaustausch zwischen Deutschland und Israel. Sie liefert nach dem 7. Oktober 2023 eine umfassende Analyse der bilateralen Kulturbeziehungen, Begegnungsforen und des gesellschaftlichen Dialogs. Die Autorinnen zeichnen vor allem ein Bild funktionierender deutsch-israelischer Kulturbeziehungen – institutionell tief verankert und damit gegenläufig zum Klima von Boykott und Verunsicherung. Sie verweisen auf stabile Pfeiler wie die kontinuierliche Präsenz israelischer Literatur in deutschsprachigen Verlagen, auf Konzertreihen mit israelischen Orchestern, auf Theater- und Tanzkooperationen, die sich Boykottaufrufen widersetzen, oder auf die Einbindung israelischer Filme bei Festivals. Doch der Austausch habe nach dem 7. Oktober 2023 abgenommen. Die Studie sieht die Ursache dafür vor allem in einer Mischung aus Ängstlichkeit und stiller Distanzierung. Die Autorinnen dokumentieren Beispiele, in denen Bewerbungen israelischer Künstler nicht mehr berücksichtigt wurden, weil eine Besetzung „in diesen Zeiten“ als unpassend galt. Institutionen scheuten Kooperationen, um nicht selbst ins Kreuzfeuer öffentlicher Kritik zu geraten.⁷⁰

⁶⁹ Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (Hrsg.): Gedenkanstoß. Multidimensionaler Erinnerungsmonitor 2025, Berlin 2026, https://www.stiftung-evz.de/assets/1_Was_wir_f%C3%B6rdern/Bilden/Bilden_fuer_lebendiges_Erinnern/MEMO-Studie/Gedenkansto%C3%9F/Gedenkansto%C3%9F_MEMO-Studie_2025_2_Auflage.pdf

⁷⁰ Institut für neue soziale Plastik (Hrsg.): Resonanzen. Die Deutsch-Israelischen Kulturbeziehungen, Berlin 2025, online: <https://neue-soziale-plastik.de/files/INSP-resonanzen-studie-deutsch-israelische-kulturbeziehungen.pdf>

Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen – Universität Konstanz

Die zweite vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegebenen Schnellbefragung untersucht Antisemitismus an Hochschulen. Bei der Befragung im Dezember 2024 wurden neben den Studierenden auch Hochschulleitungen interviewt. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass antisemitische Einstellungen unter Studierenden unverändert sind. Etwa sechs bis sieben Prozent der Studierenden haben antisemitische Einstellungen, Antisemitismus ist damit unter Studierenden geringer ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Etwa 40 Prozent der Hochschulen berichten von antisemitischen Vorfällen. Die große Mehrheit der Hochschulen hat Anlaufstellen zur Bekämpfung von Antisemitismus eingerichtet, zwei Drittel organisierten Informationsveranstaltungen, Diskussionsrunden oder Ausstellungen zum Thema Antisemitismus. Unter den Studierenden ist die Bekanntheit der Maßnahmen allerdings eher gering ausgeprägt.⁷¹

⁷¹ Universität Konstanz: Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen, Konstanz 2025, online: https://www.bmfr.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/2025/studie_antisemitismus_an_hs.pdf?__blob=publicationFile&v=1

5. Handlungsempfehlungen

Zu den Aufgaben der Beauftragten gehört es auch, Handlungsbedarfe zu identifizieren und entsprechende Handlungsempfehlungen zielgerichtet auszusprechen. Wie schon in den vergangenen Jahren werden in den Berichten zur Arbeit der Beauftragten schon einzelne Empfehlungen vorgestellt, deren Umsetzung angestrebt oder an denen gearbeitet wird. Die erläuterten Veranstaltungen verdeutlichen Ansätze guter Maßnahmen und erfolgreiche Praxisbeispiele. Die Beauftragte nutzt hierzu ihre zahlreichen Gespräche und Termine auf politischer und gesellschaftlicher Ebene sowie den ständigen Austausch mit Betroffenen, Expertinnen und Experten sowie staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, um Handlungsbedarfe frühzeitig zu erkennen und notwendige Verbesserungen anzustoßen.

Grundsätzlich bleibt es über alle Bereiche hinweg eine ständige Aufgabe und Herausforderung, neue Zielgruppen zu erreichen und dort für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu sensibilisieren. Denn auch die „schweigende Mehrheit“ muss Haltung zeigen. Auch ist es der Beauftragten ein großes Anliegen, Netzwerke gegen Antisemitismus vermehrt zu fördern und auszubauen. Kommunen, Schulen, Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Kulturinitiativen und Zivilgesellschaft u. Ä. sollten in dauerhafte Präventionsnetzwerke eingebunden werden, statt nur auf einzelne Vorfälle zu reagieren. Diese sollten sowohl lokal wie auch landesweit gedacht werden.

Schule und Bildung

Schule und Bildung sind elementar bei der Antisemitismusprävention. Schulen müssen dabei eindeutig Position beziehen und die Werte unseres Grundgesetzes vermitteln und leben. Maßstab ist hier der Beutelsbacher Konsens. Speziell entwickelte Leitfäden für antisemitismuskritische Schulentwicklung wie der von SABRA sollten bei der verbindlichen Verankerung von Konzepten zur Prävention von und Regelungen zum Umgang mit Antisemitismus genutzt werden. Dabei ist es wichtig, die gesamte Schulgemeinde einzubeziehen.

In den Schulen muss das Wissen über Antisemitismus und über heutiges jüdisches Leben stärker als bislang vermittelt werden. Der Blick auf jüdisches Leben sollte dabei nicht nur im Kontext von Verfolgung, sondern auch in seiner Gegenwart, Vielfalt und als selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft im Unterricht sichtbar und thematisiert werden. Neben der Behandlung in den Curricula eignet sich die Beschäftigung mit dem Judentum auch für Arbeitsgemeinschaften, Projektstage oder besondere Aktionstage, wie z. B. den Vorlesetag, in die auch jüdische Stimmen einbezogen werden.

Lehrkräfte müssen in der Lage sein, Antisemitismus – in all seinen Erscheinungsformen – zu erkennen und wissen, wie man in den Situationen entsprechend handelt. Die Beschäftigung mit dem Themenbereich Antisemitismus in der Ausbildung ist daher essenziell – sei es in der ersten oder zweiten Phase –, wie auch die kontinuierliche Berücksichtigung in den Weiter- und Fortbildungsprogrammen von Lehrkräften. Die Empfehlungen der Gemeinsamen Erklärung der KMK, Zentralrat der Juden in Deutschland und Bund-Länder-Kommission der Beauftragten (Beschluss der 36. Kommission Lehrkräftebildung am 15./16.05.2025 und der 3. Schulkommission am 09.10.2025) bieten dafür eine ausgezeichnete Grundlage und sollten deutschlandweit umgesetzt werden. Mehr zu der Gemeinsamen Erklärung finden Sie im Kapitel 2.1.1.

In Nordrhein-Westfalen gibt es im Bereich der Lehrkräftefortbildungen in der antisemitismus-kritischen Bildungsarbeit gute Angebote sowohl von staatlichen Institutionen wie auch zivil-gesellschaftlichen Akteuren. Es bedarf einer guten Übersicht aller schon jetzt bestehenden Maß-nahmen im staatlichen und zivilgesellschaftlichen Bereich, auch um die Angebote quantitativ und qualitativ Schritt für Schritt im Sinne eines systemischen Ansatzes weiter ausbauen zu können sowie eine leichtere Orientierung für Lehrkräfte zu bieten.

Beratungsangebote

Die Beratungsstellen in Nordrhein-Westfalen sind für Betroffene eine wichtige Anlaufstelle, denn sie schaffen vertrauliche Meldemöglichkeiten für antisemitische Vorfälle. Sie bieten Betroffenen von Antisemitismus, Angehörigen und Zeugen einen geschützten Raum und Unterstützungen. Die Beratungsstellen sollten landesweit niedrigschwellig zugänglich sein und deren Bekanntheit durch geeignete Informationsmaßnahmen sollte erhöht werden. Mit Blick auf die gestiegenen An-forderungen sollten die Arbeit und eine Notwendigkeit des Ausbaus geprüft werden.

Die Beratungsstellen bringen auch immer wieder die Betroffenenperspektive in den Diskurs und gesellschaftliche und politische Prozesse ein. Dies ist nicht nur im Hinblick auf Vorfälle wichtig, sondern sollte grundsätzlich berücksichtigt werden. Jüdische Stimmen sollten nicht nur punktuell gehört werden, sondern systematisch und dauerhaft in Beratungs-, Präventions- und Evaluations-prozesse einbezogen werden.

Sport

Sportvereine erreichen Millionen Menschen aller Altersgruppen und gesellschaftlichen Hinter-gründe. Fairness, Respekt, Teamgeist und gegenseitige Anerkennung gehören zu den Grund-werten des Sports und machen ihn zu einem wichtigen Partner bei der Prävention von Anti-semitismus.

Die Zusammenarbeit mit jüdischen Sportorganisationen, insbesondere mit Makkabi Deutschland, sollte weiter ausgebaut und vertieft werden. Begegnungen zwischen Sportlerinnen und Sportlern unterschiedlicher Herkunft und Religionszugehörigkeit schaffen persönliche Kontakte und tragen dazu bei, Vorurteile abzubauen. Der Sport bietet hierfür einen niedrigschwelligen Zugang und er-reicht insbesondere junge Menschen oft besser als klassische Bildungsangebote.

Darüber hinaus sollten Themen wie Antisemitismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit stärker in die Aus- und Fortbildung von Übungsleiterinnen und Übungs-leitern, Trainerinnen und Trainern sowie Funktionsträgern im Sport integriert werden. Ent-sprechende Lehrgänge und Qualifizierungsangebote können dazu beitragen, antisemitische Vorfälle frühzeitig zu erkennen, angemessen zu reagieren und eine klare Haltung in den Vereinen zu fördern.

Antisemitische Vorfälle auf und neben dem Sportplatz müssen konsequent verfolgt werden. Hier-für bedarf es einer engen Zusammenarbeit zwischen Vereinen, Verbänden, Sportgerichtsbarkeit, Sicherheitsbehörden und Justiz. Ziel sollte es sein, antisemitische Vorfälle einheitlich zu erfassen, angemessen zu sanktionieren und zugleich präventive Maßnahmen zu entwickeln.

Erinnerungskultur

Erinnerungskultur muss konsequent aufrechterhalten und kontinuierlich weiterentwickelt werden. „Aus der Erinnerung für die Zukunft lernen“ ist nicht nur eine Floskel. Die Erinnerungs-kultur sollte regional, partizipativ und zukunftsorientiert gestaltet werden. Digitale Formate, biografisches Lernen und die Einbindung junger Menschen können die Reichweite und Nach-haltigkeit der Erinnerungskultur erhöhen. Gleichzeitig sollten Lebensgeschichten vor, während

und nach der Schoah einbezogen und abgebildet werden, um die Kontinuitäten jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar zu machen. Neben den Gedenkstätten und historischen Lernorten braucht es Projekte, die lokale jüdische Geschichte, zerstörte Lebenswelten und heutiges jüdisches Leben auch unter Entwicklung neuer Formate miteinander verbinden. Anknüpfend an den wertvollen Austausch im Kontext der Bewerbung und den Standort für das Yad Vashem Education Center in Deutschland sollten die Netzwerke der Gedenkort in Zusammenarbeit mit schon bestehenden staatlich-kommunalen Strukturen (v. a. Bildungsbüros und Kommunale Integrationszentren) landesweit weiter ausgebaut und gestärkt werden.

Demokratiebildung

Antisemitischer Hass und Hetze schwächen den sozialen Zusammenhalt und die Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft. Beides ist eine wesentliche Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie und einen starken Rechtsstaat. Antisemitismus ist mit unseren demokratischen Werten nicht vereinbar, und daher sind Befunde zum Antisemitismus immer auch Krisensymptome für den Zustand unserer Demokratie. Die Antisemitismusprävention und -bildung sollte darum verstärkt im Gesamtzusammenhang mit Demokratiebildung verstanden und vermittelt werden, um so auch demokratische Handlungskompetenz zu stärken. Über den Zugang der Demokratiebildung können gerade junge Menschen adressiert werden, sodass z. B. bereits Kindergarten- oder Grundschulkinder über altersgerechte Angebote gegen Diskriminierungen und Antisemitismus sensibilisiert werden.

Medienkompetenz stärken

Medienkompetenz sollte als zentrale Schutz- und Handlungskompetenz gegen antisemitische Narrative gestärkt werden. Das Wissen um die Wirkungsmacht der sozialen Medien muss Kindern und Jugendlichen vermittelt werden. Falschinformationen zu erkennen, wird immer wichtiger und gleichzeitig eine größere Herausforderung. Schulen, außerschulische Bildung und Orte der Erwachsenenbildung sollten gezielt vermitteln, wie Desinformation, Verschwörungsmysmen, Bildmanipulation und Codes erkannt und eingeordnet werden können. Eine Verankerung von verbindlichen Unterrichtseinheiten zu Social Media und Quellenkritik stärkt diese Medienkompetenz und leistet damit auch einen Beitrag zur Demokratiebildung von Jugendlichen. Gleichzeitig sollten auch Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stärker befähigt werden, auf antisemitische Dynamiken in digitalen Räumen frühzeitig zu reagieren und Betroffene zu unterstützen.

Soziale Medien

Soziale Medien spielen bei der Verbreitung von antisemitischen Narrativen eine immer größere Rolle. Plattformen müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein und wirksam gegen die Verbreitung antisemitischer Inhalte und Hassrede vorgehen. Gerade der digitale Raum darf nicht als straffreier Raum angesehen werden. Auch die digitale Präventionsarbeit muss weiter gestärkt und ausgebaut werden. Um Falschinformationen zu begegnen, sollten verstärkt Träger der politischen Bildung und antisemitismuskritischer Bildungsarbeit auf sozialen Medien präsent sein und befähigt werden, auf diesen Medien zu agieren. Denn es braucht medienpädagogische Arbeit, die die Wirkmächtigkeit der Algorithmen, Desinformationen und Radikalisierungsmuster in sozialen Medien in zielgruppengerechter Sprache erklären und vermitteln kann. Auch für Eltern sollten Angebote entwickelt und erweitert werden, damit auch sie für die Gefahren sensibilisiert werden.

Staatliche Behörden

Nicht nur Bildungseinrichtungen, auch alle weiteren staatlichen Institutionen sollten für und in ihren Institutionen alle Möglichkeiten nutzen, um ihre Mitarbeitenden in den vielfältigen Arbeitsbereichen für Antisemitismus zu sensibilisieren und über Antisemitismus aufzuklären. Polizei, Justiz, Jugendämter und alle Verwaltungen brauchen regelmäßige Fortbildungen, um antisemitische Motive sicher erkennen und angemessen reagieren zu können.

Für Polizei und andere Strafverfolgungsbehörden sollten Module zum Wissen über Antisemitismus, israelbezogenen Antisemitismus und antisemitische Codes verbindlich in Aus- und Fortbildung verankert werden. Notwendig sind praxisnahe Schulungen zum Erkennen von Vorfällen, zur sensiblen Kommunikation mit Betroffenen und zur einheitlichen Dokumentation sowie Weiterleitung an spezialisierte Stellen. Ziel muss sein, antisemitische Straftaten konsequent zu verfolgen und zugleich das Vertrauen jüdischer Bürgerinnen und Bürger in staatlichen Schutz und unsere Institutionen nachhaltig zu stärken. Ein Austausch zwischen Strafverfolgungsbehörden, Beratungsstellen und der jüdischen Community sollte kontinuierlich erfolgen, um einen gegenseitigen Wissenstransfer über aktuelle Entwicklungen zu gewährleisten.

Darstellungen des Nahostkonflikts und Israels

Der israelbezogene Antisemitismus ist nach dem Berichten von RIAS für NRW und bundesweit die am häufigsten auftretende Form. Daher nimmt sie auch für die Präventionsarbeit eine zentrale Rolle ein. Israel darf nicht nur im Kontext von Kriegen und Krisen thematisiert werden. Eine ausgewogene Darstellung der demokratischen Strukturen und diversen Gesellschaft ist wichtig, auch wenn man die Politik des Staates kritisiert. Ebenso darf die Darstellung des Nahostkonflikts nicht verkürzt geschehen. Der Konflikt ist komplex und hochemotional, daher muss hier besonders sensibel agiert werden, um einseitigen Bildern entgegenzuwirken.

Austausche zwischen Israel und Deutschland wirken dieser Einseitigkeit entgegen. Schon bestehende Partnerschaften müssen gepflegt, vertieft und neue Verbindungen initiiert werden. Seien es „klassische“ Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften oder neue Verbindungen wie über den Sport, den Jugendaustausch, die Kultur oder die Wissenschaft. Es geht darum, die Vielfalt der israelischen Bevölkerung zu zeigen und mit ihr in Kontakt zu kommen.

Sichere Gesprächsräume

Begegnungen und interreligiöser Austausch müssen ausgebaut werden. Wer persönlichen Kontakt zu Jüdinnen und Juden hat, ist weniger anfällig für antisemitische Feindbilder. Begegnungsprogramme, Austauschinitiativen, Projekte wie „Meet a Jew“ oder deutsch-israelische Jugendwerke sind deshalb keine „Extras“, sondern zentrale Präventionsmaßnahmen. Nur wer sich kennenlernt, baut Vorurteile ab, vertieft Wissen und schafft persönliche Beziehungen. Dafür bedarf es sicherer Räume, in denen auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt auch schwierige Fragen gestellt werden können und jeder die Möglichkeit hat, ohne Angst seine Sichtweisen in Debatten einzubringen. Begegnungen auf Augenhöhe müssen dabei das Ziel haben, Beziehungen zu schaffen und nicht zu belehren.

Grundsätzlich sollten alle Maßnahmen anhand nachvollziehbarer Zielgrößen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Die wirksame Prävention, die Stärkung jüdischen Lebens und eine lebendige Erinnerungskultur bleiben eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die in allen Bereichen verankert und verstärkt werden sollte.

6. Anlage: IHRA-Definition

Die Arbeitsgrundlage der Beauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen für die Bekämpfung des Antisemitismus, für jüdisches Leben und Erinnerungskultur ist die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), die am 26. Mai 2016 in Bukarest von der Vollversammlung der damals 31 Mitgliedsstaaten beschlossen wurde.

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Jüdinnen und Juden, die sich als Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

- Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.
- Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:
- Der Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung sowie die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung.
- Falsche, entmenslichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Jüdinnen und Juden oder die Macht der Jüdinnen und Juden als Kollektiv – insbesondere aber nicht ausschließlich die Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Jüdinnen und Juden.
- Das Verantwortlichmachen der Jüdinnen und Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Jüdinnen und Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nichtjüdinnen und Nichtjuden.
- Das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust).
- Der Vorwurf gegenüber den Jüdinnen und Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen.
- Der Vorwurf gegenüber Jüdinnen und Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblich bestehenden weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer.
- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das Verwenden von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz bestimmt sind (z. B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Jüdinnen und Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Jüdinnen und Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Herausgeberin

Beauftragte des Landes Nordrhein-Westfalen
für die Bekämpfung des Antisemitismus,
für jüdisches Leben und Erinnerungskultur
Horionplatz 1
40213 Düsseldorf

Gestaltung

UNICBLUE Brand Communication GmbH

Druck

jva druck+medien geldern

Bildnachweis

Titelbild: [iStock.com/mammuth](https://www.istock.com/mammuth)

Stand

Juni 2026

